



46. Sitzung

Mittwoch, 24. September 2003

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder,
Vizepräsident Peter Paul Müller, Vizepräsident Farid Müller,
und Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung der
Tagesordnung

2687 A

Aktuelle Stunde

2687 A

Fraktion der FDP:

**DNA-Analyse in Hamburg: Erfolgreiches rechts-
staatliches Sonderinstrument – kein polizeiliches
Routinewerkzeug!**

Burkhardt Müller-Sönksen FDP

2687 B

Michael Neumann SPD

2688 A

Viviane Spethmann CDU

2688 B

Frank-Michael Bauer

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

2688 C

Christian Maaß GAL

2689 B

Dr. Roger Kusch, Senator

2690 B

Leif Schrader FDP

2691 A

Robin Schenk

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

2691 B

Fraktion der SPD:

**Chronik des Versagens – zwei Jahre Rechtssenat in
Hamburg**

Walter Zuckerer SPD

2692 C

Dr. Michael Freytag CDU

2693 B

Norbert Frühauf

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

2694 B

Christa Goetsch GAL

2695 B

Ekkehard Rumpf FDP

2696 B

Michael Neumann SPD

2696 C

Bernd Reinert CDU

2697 C

Manfred Silberbach

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

2698 B

Dr. Willfried Maier GAL

2699 C

Britta Ernst SPD

2700 A

Fraktion der CDU:

**Rotgrüne Novelle der Handwerksordnung gefährdet
Ausbildungs- und Arbeitsplätze**

(Nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

Hamburgs Kleingärten sind nicht in Gefahr

(Nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Fraktion der GAL:

**Falsche Kriminalitätsstatistik: noch eine Pleite des
Senats**

(Nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Senatsmitteilung:

**Abberufung eines stellvertretenden Vorsitzenden
der Kommission für Bodenordnung aus seinem
Amt und Wahl eines Nachfolgers**

– Drs. 17/3296 –

2700 D

Beschluss

2701 A

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für
Umwelt und Gesundheit**

– Drs. 17/3363 –

2700 D

Ergebnis

2705 D

Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offen-
sive, der CDU und der FDP:

**Förderung von Quartiersgaragen in verdichteten
Wohnquartieren**

– Drs. 17/3324 –

2701 B

und

Antrag der Fraktion der GAL:

Förderung von Quartiersgaragen in verdichteten Wohnquartieren

– Drs. 17/3365 – 2701 B

Karl-Heinz Winkler

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2701 B

Rolf Polle SPD 2702 A, 2705 C

Bernd Reinert CDU 2703 A

Jörg Lühmann GAL 2703 C

Ekkehard Rumpf FDP 2704 B, 2705 D

Mario Mettbach, Senator 2704 D

Beschlüsse 2705 D

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode

– Drs. 17/3201 – 2706 A

Walter Zuckerer SPD 2706 A

Frank-Thorsten Schira CDU 2708 C

Stephan Müller

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2710 A

Christa Goetsch GAL 2711 D

Ekkehard Rumpf FDP 2713 A

Elisabeth Kiausch SPD 2714 A

Christian Maaß GAL 2716 A

Beschluss 2717 C

Antrag der Fraktion der SPD:

Aussetzung der Planungen zum Verkauf des LBK

– Drs. 17/3308 – 2717 D

Dr. Mathias Petersen SPD 2717 D

Dietrich Wersich CDU 2718 D

Wolfgang Barth-Völkel

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2719 A

Jens Kerstan GAL 2720 B

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2721 A

Rolf Gerhard Rutter

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2722 B

Peter Rehaag, Senator 2722 C

Beschluss 2723 D

Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:

Eigentumsmaßnahmen durch Verkauf von Wohnungen an SAGA- und GWG-Mieter

– Drs. 17/3327 – 2723 A

Klaus-Peter Hesse CDU 2724 A

Barbara Duden SPD 2725 B

Jens Pramann

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2725 C

Antje Möller GAL 2725 D, 2727 D

Ekkehard Rumpf FDP 2726 C, 2728 A

Hans-Detlef Roock CDU 2727 B

Beschlüsse 2728 B

Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:

Bundratsinitiative zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V)

– Drs. 17/3323 – 2728 C

Beschluss 2728 C

Antrag der Fraktion der GAL:

Für eine Hamburger Vorreiterrolle bei der Fusion von Arbeits- und Sozialämtern

– Drs. 17/3322 – 2728 C

Jens Kerstan GAL 2728 C

Gesine Dräger SPD 2729 C

Dr. Andreas Mattner CDU 2730 C

Richard Braak

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2731 B

Rose-Felicitas Pauly FDP 2732 C

Beschlüsse 2732 D

Senatsantrag:

Kategorisierung der unmittelbaren Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg und der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH; Beantwortung des Bürgerchaftlichen Ersuchens aus der Drs. 17/1894 "Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen"

– Drs. 17/3280 – 2732 D

Rose-Felicitas Pauly FDP 2733 A

Erhard Pumm SPD 2734 B

Barbara Ahrons CDU 2735 B

Manfred Silberbach

Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2736 B

Dr. Willfried Maier GAL 2737 A, 2738 D

Dr. Wolfgang Peiner, Senator 2737 C, 2739 A

Beschluss 2739 B

Antrag der Fraktion der SPD:

Zukunft der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen

– Drs. 17/3212 – 2739 B

Beschluss 2739 B

Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:

Für eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft

– Drs. 17/3213 (Neufassung) – 2739 C

Beschlüsse 2739 C

A

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet und ich begrüße Sie sehr herzlich. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates sind die Fraktionen übereingekommen, dass die Tagesordnung um einen Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich um die Drs. 17/3363: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Umwelt und Gesundheit. Die Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 5 a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

DNA-Analyse in Hamburg: Erfolgreiches rechtsstaatliches Sonderinstrument – kein polizeiliches Routinewerkzeug!

von der SPD-Fraktion

Chronik des Versagens – zwei Jahre Rechtssenat in Hamburg

von der CDU-Fraktion

Rotgrüne Novelle der Handwerksordnung gefährdet Ausbildungs- und Arbeitsplätze

von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Hamburgs Kleingärten sind nicht in Gefahr

B und von der GAL-Fraktion

Falsche Kriminalitätsstatistik: Noch eine Pleite des Senats

Wir kommen jetzt zum ersten Thema unserer Aktuellen Stunde. Als Erster meldet sich Herr Müller-Sönksen. Bitte, Sie haben das Wort.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die DNA-Analyse ist aus der Verbrechensaufklärung nicht mehr wegzudenken. Kriminaltechnisch kann man von einer Erfolgsstory sprechen. Viele erhebliche Straftaten wurden und werden mit ihr aufgeklärt.

Die Untersuchungen um den Mord an der schwedischen Außenministerin Lindh und hier in Hamburg der Fall einer mutmaßlich schwerkriminellen Jugendlichen haben einer breiten Öffentlichkeit das Instrument der DNA-Analyse und die damit verbundenen Chancen und – das möchte ich hier ergänzen – Risiken wieder in Erinnerung gebracht.

Was ist die DNA-Analyse? Sie bedeutet die Entnahme und Untersuchung von Körperzellen und die Speicherung der dabei gewonnenen DNA-Identifizierungsmuster, der so genannte genetische Fingerabdruck. Dieser technische Fortschritt ermöglicht einen Abgleich der mutmaßlichen Täter-DNA mit Verdächtigen. Hierfür gibt es auch eine DNA-Datenbank, die zentrale Gen-Datei in Wiesbaden.

Seit 1999, als das DNA-Identitätsfeststellungsgesetz in Kraft getreten ist, werden in Wiesbaden die genetischen Fingerabdrücke von Schwerkriminellen gespeichert und für einen Abgleich bereitgehalten. An dieser Stelle möch-

te ich auf einen Punkt verweisen, den wir unserer gemeinsamen erfolgreichen Halbzeitbilanz hinzufügen können. Noch unter Rotgrün hatte Hamburg die rote Laterne beim Abarbeiten der Altfälle für die zentrale Gen-Datei. Mit dem neuen Senat sind wir hier aber einen deutlichen Schritt vorangekommen. 14 077 Fälle aus der Juli-Statistik sind abgearbeitet.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Stimmt die?)

Die Arbeitsgruppe von Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft hat hier also respektive Arbeit geleistet.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wenn Sie behaupten, das stimme nicht, so sind Ihre Zahlen von damals so schlecht, dass man nicht einmal einen Fehler zu machen braucht und sie sind trotzdem noch schlecht. Es bleibt aber noch viel zu tun, insbesondere sind derzeit noch über 900 rückfallgefährdete Schwerkriminelle zur Fahndung ausgeschrieben, weil diesen noch der genetische Fingerabdruck abgenommen werden muss.

Noch einmal zum DNA-Identitätsfeststellungsgesetz. Ich freue mich sehr, dass sich diese Koalition auf eine Änderung des Gesetzes einigen konnte. Hamburg wird am Freitag im Bundesrat der Regelung eines Gesetzentwurfes zustimmen, wonach zukünftig bei zulässigen DNA-Analysen eine Geschlechtsbestimmung möglich sein wird.

Meine Damen und Herren! Wie Sie sehen, sprechen wir uns deutlich für die Nutzung und Fortentwicklung dieses rechtsstaatlichen Instruments aus. Um es aber auch klar zu sagen: Hamburg hat und wird sich nach Willen der FDP bei allen Bundesratsinitiativen zur Ausweitung der DNA-Analyse enthalten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Denn wir müssen uns immer vor Augen führen, dass dieses Instrument nicht ohne Risiken ist. Die DNA-Analyse ist ein schwerwiegender und nachhaltiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Als Gesetzgeber sind wir – auch informationell hier in der Hamburgischen Bürgerschaft – aufgefordert, das Augenmaß im Umgang mit der DNA-Analyse zu wahren. Augenmaß bedeutet für mich hierbei, dass immer ein Richter über die Anordnung der DNA-Entnahme und –speicherung entscheidet. Solch schwerwiegende Maßnahmen lassen einen Verzicht auf diesen so genannten Richtervorbehalt nicht zu. Eine DNA-Analyse als Standardmaßnahme zur Identitätsfeststellung kommt für uns nicht infrage. Nur bei erheblichen Straftaten, bei Sexualstraftaten, Mord, Totschlag, Raub, Menschenraub, wie auch jetzt in der Strafprozessordnung aufgelistet, kann die DNA-Analyse angeordnet werden. Das ist eine klare Absage an die Speichelprobe bei allen anderen Straftaten und Straftätern. Genauso erteilen wir Liberalen einer Datenbank mit dem Erbgut, beispielsweise der gesamten männlichen Bevölkerung, eine definitive Absage.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei Ingo Egloff SPD)

Wir lassen mit dieser Haltung auch nicht zu, dass Prinzipien, wie die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung, einfach außer Kraft gesetzt werden. Da ist diese Unschuldsvermutung auch mal in ein Gesetz oder eben nicht in ein

C

D

- A Gesetz hineinzugeben. Die Mittel, die unserem aufgeklärten Rechtsstaat zur Verfügung stehen, sind wirksam und effektiv. Wir als Parlament sollten sie nicht leichtfertig schlecht reden oder schlechte Mittel herbeireden, sondern an der Verbesserung der wirksamen Mittel arbeiten. Meine Damen und Herren, genau das tun wir. Es geht um ein Gesetzesvollzugsdefizit und nicht um ein Gesetzesdefizit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Wir Hamburger Sozialdemokraten stehen für die entschlossene und konsequente Anwendung von Recht und Gesetz

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist aber neu!)

zur Bekämpfung von Kriminalität in Hamburg und auch in Deutschland. Dazu gehört auch die Nutzung der Regelungen des genetischen Fingerabdruckes. Das ist für uns selbstverständlich und deshalb bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Spethmann.

- B **Viviane Spethmann CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Neumann, das war ja erfrischend kurz.

(Beifall bei der FDP – Dr. Willfried Maier GAL: Alles, was zu sagen war!)

Ich werde es trotzdem etwas länger machen. Ich hätte mir auch mehr Differenzierung bei der SPD gewünscht. Das wäre spannend gewesen.

Die DNA-Analyse ist ein effektives, verlässliches und mittlerweile unverzichtbares Mittel in der Verbrechensaufklärung und Verhinderung von Straftaten geworden,

(Uwe Grund SPD: Erklären Sie uns das mal genau!)

insbesondere auch als Beweis zur Entlastung zu Unrecht Beschuldigter.

Nach einhelliger Meinung von Experten ist dieses System unerlässlich. Ihre Anwendung müsste daher ausgeweitet werden. Ich befürworte die Ermittlung und Speicherung des so genannten DNA-Identifizierungsmusters, denn hier muss man auch anfangen zu differenzieren. Das ist genauso wie der Fingerabdruck als ganz normaler Bestandteil der erkennungsdienstlichen Behandlung eines mutmaßlichen Täters zu machen. Es besteht in diesem Zusammenhang eine unbegründete Angst vor dem Missbrauch dieser Untersuchungsmethode, deren Technik sich dem Nichtfachmann nicht ohne weiteres erschließt.

Dieses DNA-Identifizierungsmuster lässt nach Auskunft von Sachverständigen ausschließlich nur den Rückschluss zu, ob das aufgefundene Spurenmaterial vom Täter stammt oder nicht. Mehr nicht. Es dient also, wie der konventionelle Fingerabdruck, allein und nur der Identifizierung. Es entsteht nicht der gläserne Mensch.

C Damit ist auch eine Verletzung des Persönlichkeitsrechtes von Betroffenen nicht gegeben.

Wir setzen uns als Union ferner dafür ein zu prüfen, ob auf den Richtervorbehalt bei der Untersuchung von anonymem Spurenmaterial verzichtet werden kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Bauer hat das Wort.

Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die im April 1998 eingerichtete DNA-Analyse-Datei des Bundeskriminalamtes umfasst derzeit mehr als 250 000 Datensätze. Mit Hilfe dieser Datei gelang bis Ende 2002 die Aufklärung von fast 10 000 Straftaten. Aufgeklärt wurden zu meist Einbruchsdiebstähle. Aber auch weit zurückliegende Morde und Vergewaltigungen konnten mit Hilfe dieser Datei aufgeklärt werden. Folglich würden ohne DNA-Analyse heute noch viele Mörder frei rumlaufen.

Die DNA-Identitätsfeststellung, der sogenannte genetische Fingerabdruck, muss selbstverständlicher Bestandteil als Standardmaßnahme jeder erkennungsdienstlichen Behandlung nach Paragraph 81 b der Strafprozessordnung werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei der CDU)

Von jedem Straftäter, von dem bisher ein Fingerabdruck genommen und ein Fahndungsfoto angefertigt werden darf, muss künftig auch eine Speichelprobe zur Erstellung des genetischen Fingerabdrucks genommen werden. Dass dies aufgrund der restriktiven Rechtslage zurzeit noch nicht möglich ist, ist sowohl unverständlich als auch auf Dauer mit Blick auf die Opfer nicht zu verantworten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sagt die FDP!)

Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wird auch gewahrt, denn bei Tätern von Bagatelldelikten, wie zum Beispiel Schwarzfahren, wird keine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt.

Nochmals, meine Damen und Herren, hier geht es nicht um Schwarzfahrer, sondern um Täter, die erkennungsdienstlich behandelt werden und das sind nun einmal andere Kaliber. Das geltende Recht berücksichtigt auch nicht, dass kriminelle Karrieren häufiger mit weniger gewichtigen Straftaten beginnen. Derzeit darf eine DNA-Probe für Zwecke künftiger Strafverfahren nur genommen werden, wenn der Betroffene eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen hat und künftig weitere Verfahren wegen erheblicher Straftaten zu erwarten sind. Im Klartext: Zurzeit darf von keinem Exhibitionisten, so genannten Busengrabschern oder sexuell motivierten Drohanrufern, eine DNA-Probe genommen werden, auch wenn schon jetzt Anhaltspunkte bestehen, dass sie künftig schwere Sexualdelikte begehen.

Dasselbe gilt für Drogendealer, denen man nur den Besitz kleiner Drogenmengen nachweisen kann, aber klar vorhersehbar ist, dass sie künftig im großen Stil mit Drogen handeln werden.

Meine Damen und Herren! Bei der Verbrechensbekämpfung wird sich die DNA zur Krone der Beweisführung

- A entwickeln und den Tätern in vielen Bereichen überhaupt keine Chance mehr geben, nicht enttarnt und ermittelt zu werden. Unter diesem Gesichtspunkt kann der genetische Fingerabdruck äußerst präventiv wirken und die Kriminalpolizei hat die Chance, erfolgreicher bei der Aufklärung von Straftaten zu werden, denn, meine Damen und Herren, es gibt kein Grundrecht auf unentdeckte Begehung von Straftaten.

Die öffentliche, zum Teil auch verquerte Diskussion um die DNA-Identitätsfeststellung ist ein deutsches Musterbeispiel für das Problem, dass falsch verstandener Datenschutz zum Täterschutz wird und damit zum Nachteil des Opfers des Verbrechens gerät.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die liberalen Niederländer – ich betone, die liberalen Niederländer – haben dieses Problem nicht. Sie entscheiden pragmatisch. Ein Gesetzentwurf sieht vor, das DNA-Muster eines unbekannten Täters, den man am Tatort sicherte, auf Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit zu analysieren. Weiterhin sieht das Gesetz vor, die DNA-Analyse auf weitere Möglichkeiten auszudehnen, sobald dazu in Zukunft die technische Möglichkeit besteht und diese Merkmale für die Strafverfolgung nützlich sind. Damit könnte die DNA auch dahingehend untersucht werden, welche Augen- oder Haarfarbe diese Person hat. Einzige Einschränkung – und das ist wichtig –: Die Analyse soll jedoch auf alle Merkmale beschränkt werden, die äußerlich sichtbar und von Geburt an gegeben sind. Erbkrankheiten – das ist wieder wichtig – oder erblich bedingte Charaktereigenschaften sind von einer Analyse ausgeschlossen und das ist auch gut so.

- B Nach einer Umfrage akzeptieren rund 80 Prozent der Niederländer die DNA-Analyse ohne Einschränkung, denn es besteht großes Interesse, dass mehr Straftaten aufgeklärt und alle Möglichkeiten der DNA-Analyse dazu genutzt werden können.

Meine Damen und Herren! Ich bin ganz sicher, dass die Bundesbürger das mehrheitlich auch so sehen. Ob alle hier anwesenden Parteien das auch so sehen, darüber bin ich mir nicht so sicher. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Jetzt hat Herr Maaß das Wort.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin noch etwas verwundert darüber, dass uns als Opposition hier auf dem Präsentierteller ein koalitionsinterner Konflikt vorgesetzt wird.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Da bin ich jetzt aber gespannt!)

Eigentlich erfreut mich das. Hier wird versucht, uns eine entschlossene Enthaltung des Senates am kommenden Freitag im Bundesrat als Erfolg darzustellen. Dazu kann ich nur sagen, wenn man sonst keine Erfolge hat, dann muss eben auch mal eine Enthaltung als Erfolg herhalten, liebe FDP.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die FDP behauptet, dass die DNA-Analyse in Hamburg lediglich ein erfolgreiches, rechtsstaatliches Sonderinstrument und kein polizeiliches Routinewerkzeug sei. Da

muss man feststellen, dass sich die Forderungen aus der Schill-Partei – und Herr Bauer hat das eben auch noch einmal wiederholt – vollkommen entgegengesetzt anhö-

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Was wollen Sie denn nun? Was will denn die GAL?)

Ich zitiere die "Frankfurter Rundschau" vom 12. September:

"Nockemann will DNA-Test für jugendliche Straftäter. Hamburgs neuer Innensenator fordert genetischen Fingerabdruck als gängiges Mittel der Polizeiarbeit."

– Ich komme gleich dazu, Herr Müller-Sönksen. Herr Bauer fordert die DNA-Analyse auch als Standardinstrument. Ebenso die Forderung des Polizeipräsidenten Nagel und Ronald Schill, den DNA-Test als Standardmaßnahme auch bei Ladendieben und Schwarzfahrern anzuwenden.

"Das Ziel sei,"

– ich zitiere –

"möglichst viele Menschen in die DNA-Datei zu bekommen."

So Herr Schill im "Hamburger Abendblatt" nach dem bekannten Motto: Viel hilft viel. Soweit also die Meinung der Schill-Partei. Aber das haben offenbar viele Abgeordnete noch nicht begriffen, denn Sie haben der FDP Beifall geklatscht. Soviel zum Niveau dieser Debatte.

Um es deutlich zu sagen: Wer Gentests für Gelegenheitskiffer und Schwarzfahrer einfordert, der bewegt sich außerhalb der Verfassung und außerhalb der derzeitigen Rechtsprechung zum Rechtsstaat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach festgestellt, dass die Erfassung des genetischen Materials einen erheblichen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung beinhaltet, der nur bei schweren Straftaten und ungünstiger Sozialprognose gerechtfertigt ist und der nur vom Richter angeordnet werden darf. Genau hierum geht es – das wurde auch mehrfach genannt –, um die Abschaffung des Richtervorbehaltes, die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse.

Meine Damen und Herren! Diese Forderung verstößt in so eindeutiger Weise gegen die Verfassungsrechtsprechung, dass sich die Schill-Partei tatsächlich fragen lassen muss, wie oft sie sich außerhalb des rechtsstaatlichen Konsenses in dieser Republik stellen will und warum die CDU ihr dabei folgen will.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Rolf Kruse CDU: Reine Übertreibung!)

Wir Grüne halten die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur DNA-Analyse für ausreichend.

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wie überraschend!)

Das heißt, bei erheblichen Straftaten, insbesondere bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wird bei gleichzeitiger negativer Sozialprognose Genmaterial entnommen und zentral gespeichert. Dabei steht außer Frage, dass zahlreiche Straftaten dadurch aufgeklärt wer-

- A den konnten und auch in Zukunft werden können und dass dies zu begrüßen ist.

Die derzeitige Debatte von der Schill-Partei halten wir jedoch aus mehreren Gründen für verkehrt, abgesehen von der bereits festgestellten Verfassungswidrigkeit der Vorschläge.

Erstens werden aus meiner Sicht überzogene Erwartungen an das Instrument der DNA-Analyse geweckt. Das sagt sogar die Gewerkschaft der Polizei. Sicherlich ist die DNA-Analyse ein nützliches Instrument, wenn man bei schweren Gewalttaten genetisches Material am Tatort feststellt, aber eben keine Wunderwaffe im polizeilichen Alltag. Ich halte es auch für politische Schaumschlägerei, wenn dem neuen Innensenator im Zusammenhang mit Mädchenkriminalität nichts anderes einfällt, als hier die DNA-Analyse zu fordern. Herr Nockemann, die verdächtigten Mädchen waren stadtteilbekannt, sowohl den Opfern als auch allen anderen. Der ganze Stadtteil wusste, wer diese Mädchen waren. Welche zusätzliche Erkenntnis erhoffen Sie sich denn hier von einem DNA-Test?

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Rolf Kruse CDU*: Aber was schadet es?)

Diese Forderung ist sachlich schlicht ungeeignet zur Kriminalprävention und hat ungefähr das Niveau, als würden Sie Hubschraubereinsätze für Anlagebetrüger fordern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist schlicht populistisch und der Bürgermeister sieht dabei einmal wieder regungslos zu.

- B Kommen wir zu den Kosten. Anders als beim Fingerabdruck entstehen erhebliche Kosten für die DNA-Analyse. Man muss sich fragen, ob in Zeiten knapper Kassen derartige Kosten tatsächlich im Verhältnis zum fraglichen zusätzlichen Nutzen stehen.

(*Manfred Silberbach SPD*: An die Opfer denken Sie nicht, oder?)

Es ist nicht nachvollziehbar, dass mehr Daten auch mehr Sicherheit bedeuten, denn die Grundannahme, von der Sie ausgehen, ist alles andere als gesichert, nämlich die Annahme, dass Schwarzfahrer häufiger dazu neigen könnten, in Zukunft schwere Straftaten zu begehen. Das ist statistisch nicht belegt.

Ich komme zum Schluss. Es gilt, alle Bedenken, die ich genannt habe, zu berücksichtigen. Deswegen müssen wir auch auf Bundesebene neue rechtliche Instrumente schaffen, die klarstellen. Es wäre erfreulich, wenn sich dieser Senat einigen könnte und wir in Zukunft auch die Position des Senats hören könnten und nicht nur über Enthaltung reden müssen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Senator Dr. Kusch.

Senator Dr. Roger Kusch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die zeitnahe und konsequente Erfassung und Weitergabe der genetischen Fingerabdrücke an die zentrale Gen-Datei des Bundeskriminalamtes wird sichergestellt. Das steht in unserer Koalitionsvereinbarung. Der Hintergrund dieser Festlegung der Koalitionsvereinbarung war folgender:

Am 2. November 2001 – ich wundere mich auch, dass es nicht der 1. November ist, aber ich kann Ihnen nur den 2. November bieten – hatte Hamburg 1378 DNA-Personenidentifizierungsmuster an Wiesbaden gemeldet. Zum damaligen Zeitpunkt – nur, damit Sie mal einen Größenvergleich haben – hatte Bayern über 32 000 Identifizierungsmuster gemeldet. Hamburg war unter dem rotgrünen Senat bei dieser Tätigkeit nach absoluten Zahlen auf Platz 14 – bundesweit.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wir sind ja auch das drittkleinste Land! – *Uwe Grund SPD*: Bayern ist auch ein bisschen größer!)

Die Statistik vom 31. August 2003 bedeutet, dass Hamburg 5643 Personenidentifizierungsmuster nach Wiesbaden gemeldet hat und damit mittlerweile auf Platz 8 in der absoluten Bundesstatistik ist. Während sich die insgesamt von allen Bundesländern nach Wiesbaden in den letzten eindreiviertel Jahren gemeldeten Identifizierungsmuster nur verdoppelt haben, haben sich die Hamburger Zahlen in der Zeit dieses Senats vervierfacht. Soviel zu den Erfolgen unseres Senats auf dem Sektor der DNA-Identifizierungsmuster.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben in diesen eindreiviertel Jahren einen unerträglichen, katastrophalen Zustand nicht nur in ein normales, noch nicht einmal Mittelmaß gebracht, sondern überproportional aufgearbeitet und sind mittlerweile, was die absoluten Zahlen angeht, besser als viele andere Bundesländer. Ich verweise auf Berlin. Immerhin mit doppelter Einwohnerzahl hat Berlin nur 5219 Muster gemeldet, das heißt, in absoluten Zahlen weniger als Hamburg. Stichtag 31. August 2003.

Nun gibt es bei dem von der FDP angemeldeten Thema noch eine zweite Komponente, nämlich die rechtspolitische Möglichkeit, bei der Sie an den Wortbeiträgen gemerkt haben, dass innerhalb der drei Parteien, die den Senat tragen, und der drei Fraktionen keine völlige politische Einmütigkeit herrscht.

Meine Damen und Herren! Wir haben zurzeit in den Medien vielfach die Analyse der Halbzeitbilanz des Senats. Ich glaube, es wäre ganz interessant, sich auch einmal eine Halbzeitbilanz der Oppositionsarbeit vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Bernd Reinert CDU*: Bloß nicht! – *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*: Da kann man nichts bilanzieren!)

Die Frage, wie wir mit der DNA-Analyse umgehen, ist in der Tat rechtspolitisch schwierig, auch innerhalb der CDU. Ich glaube, innerhalb aller Parteien gibt es auch schwierige Auseinandersetzungen, weil die Abwägungen nicht leicht zu treffen sind. Bei einem derart schwierigen rechtspolitischen Thema darf der arme rechtspolitische Sprecher der SPD noch nicht einmal das Wort ergreifen und der anerkannte Strafprozessexperte Neumann sagt, es gibt nichts zu sagen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Bei dieser Art der Oppositionsarbeit bleibt es den Regierungsfractionen gar nicht erspart, dass sie die Meinungsvielfalt selber produzieren. – Vielen Dank.

C

D

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Schrader.

Leif Schrader FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Dr. Kusch, es ist natürlich auch schwierig, wenn eine Partei wie die SPD nach wie vor gerne ihren Wählern vorgaukelt, sich für das Thema Innere Sicherheit seit der Wahl besonders zu interessieren und dann eben doch die internen Spannungen überbrücken muss.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hat sie nicht!)

Dass die nichts zu sagen haben, war mir klar bei diesem Thema, dass es so deutlich würde, hätte ich allerdings nicht gedacht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

In der Tat, meine Damen und Herren, gibt es eine Spannweite der Meinungen zu diesem Thema innerhalb der Koalitionen. Ich finde das weder außergewöhnlich noch versteckenswert. Die FDP hat nichts gegen DNA-Analysen auf der jetzigen gesetzlichen Grundlage. Im Gegenteil. Vollkommen richtig wurde hier schon gesagt, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, die bestehende gesetzliche Regelung endlich konsequent anzuwenden und sie auch umzusetzen. Das ist dem Senat bislang gelungen und das begrüßt die FDP ausdrücklich.

B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Um auch dieses kleine Missverständnis aufzuräumen, am Freitag wird dieser Senat für die Freie und Hansestadt Hamburg im Bundesrat die Zustimmung der dortigen Initiative erklären und sich nicht etwa enthalten, denn es geht nicht um eine Ausweitung der gesetzlichen Regelung, sondern nur um ein Anwendungsmerkmal, das erweitert werden soll. Hier wird der Senat zustimmen.

Es ist auch nicht dasselbe – um die andere Seite dieser Diskussion zu beleuchten –, ob wir über Fingerabdrücke oder über eine DNA-Analyse reden. Ein Fingerabdruck hat erheblich weniger Merkmale, die gespeichert werden können. Aus diesem Grund ist es mit zu Recht niedrigen Schwellen versehen, einen Fingerabdruck zu hinterlegen, zu Recht mit hohen Schwellen versehen, DNA-Analysen, die ein Auskunftsprofil in ganzer Bandbreite über einen Menschen geben, zu speichern. Dass hier die gesetzliche Regelung restriktiv ist, ist richtig und nach unserer Meinung soll und wird es auch so bleiben, meine Damen und Herren.

Eine Ausweitung ist schon deswegen nicht sinnvoll, weil jede Ausweitung des Datenbestandes nur wieder dazu führen würde, dass eben keine Bearbeitungsmöglichkeit besteht, dass eben nicht zügig geklärt werden kann, ob eine DNA-Spur mit einer im Archiv hinterlegten übereinstimmt. Hier gibt es gewichtige Stimmen aus der Polizei, der Menschen, die damit arbeiten müssen, die davor warnen, zu breit gefächerte Datenbanken anzulegen, weil dann eben nicht mehr einfach und schnell geklärt werden kann, ob eine Spur bereits einmal aufgetaucht ist oder auch nicht.

Ich begrüße sehr, dass Herr Bauer von der Fraktion Rechtsstaatlicher Offensive hier heute erklärt hat, dass es keine Absicht ist, solche Analysen auf niedrigschwelligere Delikte auszudehnen. Das klang in der Vergangenheit anders. Wenn das die Quintessenz dieser Debatte ist, dann ist es schon ein großer Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Dieser Senat und die ihn tragenden Parteien werden weiter unter der Prämisse arbeiten, dass das Thema Innere Sicherheit vorderrangig kein Thema für schärfere Gesetze ist, sondern ein Thema, das man durch Arbeit vor Ort in den Polizeirevieren unterstützen muss, ein Thema ist, das man durch mehr Kräfte im Polizeivollzugsdienst unterstützen muss, das man notfalls auch mit geschlossener Unterbringung für jugendliche Straftäter unterstützen muss, im Einzelfall gewiss auch auf bestehender gesetzlicher Grundlage eine DNA-Analyse bei straffälligen Mädchen vornehmen muss. Das ist alles richtig, aber hier werden wir weiterarbeiten. Schärfere Gesetze will die FDP nicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Schenk hat das Wort.

Robin Schenk Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine der bedeutendsten kriminalistischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts war die Daktyloskopie, das Fingerabdruckverfahren. Kein Mensch könnte sich heute vorstellen, dass irgendeine Ermittlungsbehörde der Welt bewusst und gewollt auf dieses Instrumentarium verzichten würde.

Eine der bedeutendsten und wichtigsten kriminalistischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ist die DNA-Analyse, also – kurz gesagt – die Möglichkeit, genetische Spuren des Täters mit genetischen Spuren Verdächtiger zu vergleichen.

Für den repressiven Bereich hat der Gesetzgeber reagiert. DNA-Analysen dürfen nahezu uneingeschränkt bei allen Spuren durchgeführt und sie dürfen mit dem DNA-Material eines Beschuldigten verglichen werden. Das Vorliegen einer bestimmten Schwere oder eines bestimmten Delikts ist nicht erforderlich. Diese Maßnahme kann vielmehr nach einem Verbrechen genauso durchgeführt werden wie nach einer Sachbeschädigung.

Im präventiven Bereich haben wir diesen Fortschritt noch lange nicht erreicht. Das Einstellen genetischen Materials eines Beschuldigten in die DNA-Datei ist nur zulässig bei Verbrechen und bei bestimmten Vergehen wie beispielsweise Erpressung oder gefährlicher Körperverletzung.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Dann muss Schill das ja abgeben!)

Diesen Luxus werden wir uns nicht mehr lange leisten können. Die Bevölkerung erwartet von der Politik zu Recht, dass sie den Ermittlungsbehörden adäquate Instrumente an die Hand gibt, mit denen sie Straftaten aufklären können. Die Bevölkerung hat – wiederum zu Recht – kein Verständnis dafür, dass erhebliche Hürden für Maßnahmen aufgestellt werden, die vergleichsweise

C

D

- A geringer Intensität sind, deren Eingriffsintensität nicht über der einer Fotografie liegt.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nur nicht so informationsreich!)

Dies gilt umso mehr, als dass bereits eine Reihe erheblicher Taten nur aufgrund des DNA-Materials von Beschuldigten in völlig anderen Verfahren aufgeklärt worden sind. Und dies gilt umso mehr, als dass ein unglaubliches Potenzial an Aufklärungsmöglichkeiten in künftigen Verfahren liegt.

Mit der Maßnahme der präventiven Einstellung in die DNA-Datei ist nichts Definitives verbunden. Sollte sich der Tatverdacht nicht erhärten oder wird jemand wegen eines Delikts freigesprochen, wird das zu präventiven Zwecken gespeicherte DNA-Datenmaterial selbstverständlich wieder gelöscht. So ist es bereits heute bei erkennungsdienstlichem Material – beispielsweise Porträtfotos oder Fingerabdrücken – üblich.

Früher oder später wird die deutsche Politik nicht umhinkommen, die Speichelprobe und damit die DNA-Analyse ähnlich der Abnahme von Fingerabdrücken und der Fertigung von Lichtbildern als Standardmaßnahme zu etablieren.

Voraussetzung für erkennungsdienstliche Maßnahmen, wie die Abnahme von Fingerabdrücken oder das Fertigen von Lichtbildern, ist das Erstellen einer individuellen kriminalistischen Negativprognose durch die Kriminalpolizei. Nichts anderes sollte erforderlich sein, um eine Speichelprobe im Rahmen einer solchen Identitätsbehandlung gleich mit anzuordnen.

- B Eine DNA-Analyse wäre also auch beim Herabsetzen der Eingriffsschwelle beim einmaligen oder auch mehrfachen Schwarzfahren überhaupt nicht möglich. Es ist nicht nachvollziehbar, aus welchem Grunde eine niedrigschwellige Maßnahme wie eine Speichelprobe einen Richtervorbehalt vorsieht. Die Abnahme eines Porträtfotos weist mindestens eine gleiche Intensität auf und ist, wie geschildert, vernünftigerweise auch ohne Richtervorbehalt zulässig.

Als Landespolitik haben wir in dieser Frage nicht wesentlich mitzuentcheiden. Ich bin mir allerdings sicher, dass die bestehende gesetzliche Regelung innerhalb der nächsten zehn Jahre ausgeweitet werden wird und dass es hierzu überhaupt keine Alternative gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem ersten Thema? – Die sehe ich nicht. Dann rufe ich jetzt das zweite Thema auf. Von der SPD-Fraktion wurde angemeldet

Chronik des Versagens – zwei Jahre Rechts-senat in Hamburg

Wer wünscht das Wort? – Herr Zuckerer, bitte, Sie haben es.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Genauso kurz wie Herr Neumann, bitte!)

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Wir freuen uns immer, wenn die Regierungskoalition die Op-

positionsarbeit bewertet. Es war aber nicht unser Anliegen, Ihre internen Meinungsverschiedenheiten kennen zu lernen und ein Thema, das die FDP verzweifelt gesucht hat, damit sie überhaupt irgendwo zeigt, dass sie liberal stattfindet, auszuweiten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir haben Ihre kenntnisreichen Vorträge gerne zur Kenntnis genommen. Das eigentliche Thema des heutigen Tages ist aber die Halb- oder Zweijahresbilanz dieses Senats. Irgendwie wollen Sie nicht so recht dazu kommen. Das verwundert uns nun wiederum nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann kommen wir zu Ihrer Halbjahresbilanz und damit zu den Realitäten der Stadt und nicht zu 22 Seiten Papier, die Sie uns vorgelegt haben. Das Leitbild des Senats ist die Metropole Hamburg als wachsende Stadt und die Metropole Hamburg als wachsende Stadt kann an der Realität der Freien und Hansestadt Hamburg überprüft werden. Was ist nun die Realität unserer Stadt? Die Arbeitslosigkeit wächst und in Hamburg wächst sie stärker als im Bundesgebiet. 18 000 Arbeitslose sind hinzugekommen und die Realität ist: Wir liegen auf dem letzten Platz. Die Realität ist außerdem, dass mindestens 3500 Schulabgänger in Hamburg aktuell ohne Lehrstelle sind. Allein im vergangenen Jahr wurden in Hamburg 15 Prozent der Ausbildungsplätze abgebaut. Das bedeutet, wir sind das Schlusslicht in Deutschland.

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Bei der Schulpolitik, die Sie geleistet haben!)

Die Realität ist, dass in Hamburg Kindertagesheimplätze fehlen, mindestens 4000 berufstätige Eltern vor dem Nichts stehen und weitere 10 500 Kinder im Januar ihren Platz verlieren werden. Das bedeutet, Hamburg mag irgendwo wachsen, aber eine wachsende Stadt für Familien ist das ganz sicher nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Realität unseres Bildungssystems ist auch eine andere als die, die Sie immer darstellen. Kaum jemand in dieser Stadt glaubt, dass die Chancen für Kinder und Jugendliche an unseren Schulen jetzt besser sind als vor Ihrem Regierungsantritt.

Die Realität in dieser Stadt ist auch: Hamburg ist schön und international, Hamburg hat eine Hochglanzseite. Die mögen wir uns wieder auf die Hauptstadt des Verbrechens zu oder sind wir im Auf und Ab oder wo sind wir eigentlich? Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(Wolfgang Drews CDU: Was sagt Schröder denn dazu?)

Die Realität in dieser Stadt ist auch, dass Sie irgendetwas vergessen. Gab es da nicht einen kleinen Skandal um eine Kriminalitätsstatistik? Was ist nun eigentlich? Bewegen wir uns wieder auf die Hauptstadt des Verbrechens zu oder sind wir im Auf und Ab oder wo sind wir eigentlich? Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mein Fazit. Was in dieser Stadt wächst, sind die Probleme und eine Besserung ist nicht in Sicht. Diese Stadt wächst nicht zusammen, in dieser Stadt wachsen die Gegensätze.

C

D

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Vor dieser Realität, Herr von Beust, zerbricht Ihre politische Rhetorik. Da ist sie mehr als hohl. Die Politik dieses Senats ist kein Erfolgsmodell, diese Politik ist vielleicht dem schönen Schein verpflichtet und die wachsende Stadt ist derzeit ein Drehbuch ohne Inhalt. Sie betreiben Politik wie eine Verkaufsveranstaltung und wie sonst gar nichts und nicht, um die Chancen für die Menschen in der Stadt zu stärken und die Risiken zu mindern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dafür steht auch dieser Senat. Will irgendjemand hier im Hause behaupten, dass Herr Senator Lange in dieser Republik ein Erfolgsmacher ist?

(Heiterkeit bei der SPD)

Will irgendjemand behaupten, dass die Kultursenatorin Dana Horáková die führende Kulturpolitikerin der Republik ist und nicht etwa das Ärgernis des Jahres?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gäbe es eine Rangfolge der Regierungen in dieser Republik, wo würde dann der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sein?

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Hinter Gerhard Schröder!)

Würde er in der Spitzengruppe sein? Im Mittelfeld? Oder glauben Sie nicht, dass Sie mit Recht auf dem Abstiegsplatz landen?

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

So sage ich zum Abschluss, ich will fair gegenüber dem Senat sein. Er hat sich wirklich bemüht. Aber, sich zu bemühen, ist für Hamburg nicht gut genug. Sie waren schlecht und alle wissen es.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Drews CDU: Ach ja, ach ja!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Meine Damen und Herren! Eines muss man der SPD lassen, das von ihr angemeldete Thema zur Aktuellen Stunde ist immerhin zur Hälfte richtig. In der Tat gibt es eine zweijährige Chronik des Versagens, aber nicht dieses Bürgersenats, sondern von einer völlig überforderten Opposition.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Ha, ha, ha!)

Der Senat blickt auf eine Chronik des Erfolgs zurück. In den ersten zwei Jahren hat die Regierungskoalition konsequent die richtigen Weichen für die Zukunft unserer Stadt gestellt: Die Metropole Hamburg als wachsende Stadt in der ersten Liga.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Trotz der Regierung!)

Heute leben in Hamburg 1 730 000 Menschen. Dies ist die höchste Bevölkerungszahl seit 1974. Die Stadt ist eine internationale, attraktive und lebenswerte Metropole und Hamburg wächst weiter. Die Sofortprogramme des Senats ermöglichen 30 000 neue Wohneinheiten und

269 Hektar neue Gewerbeflächen. Auch die HafenCity wächst – ein Juwel für die Zukunft Hamburgs.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Hamburg ist nicht mehr die Hauptstadt des Verbrechens. Die Sicherheit für die Menschen hat sich deutlich verbessert. 1000 neue Polizisten zeigen Wirkung, die Kriminalität ist im Jahre 2002

(Dr. Andrea Hilgers SPD: 2003 haben wir jetzt!)

um 15,5 Prozent zurückgegangen. Das sind 49 400 Straftaten und somit 49 400 Opfer weniger. Wir sind besser als Rotgrün, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Hamburgs Wirtschaft ist Spitze. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 70,4 Milliarden Euro erreichte Hamburgs Wirtschaft in 2002 eine Wachstumssteigerung, die doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt. Hamburg gehört zu den drei bedeutendsten Luftverkehrsstandorten der Welt. In Hamburg wird das größte Flugzeug der Welt gebaut.

(Oh-Rufe von der SPD und der GAL)

Bei Airbus entstehen 2000 neue Arbeitsplätze. Bei Ihnen schafft das Unruhe, wir sind in dieser Stadt stolz auf Airbus.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben den Instandsetzungsstau bei Straßen mit einem Sonderinvestitionsprogramm von 18 Millionen Euro in Angriff genommen. Schon im ersten Jahr dieses neuen Senats wurden 68 Straßen saniert, zehnmal mehr als unter Rotgrün. Auch das ist eine Erfolgsbilanz.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

In Hamburg können Jugendliche, wie international üblich, künftig das Abitur nach zwölf Jahren machen. Die Bildungspläne werden überarbeitet und zukunftsgerecht ausgestaltet. In eineinhalb Jahren sind bereits sechs neue Ganztagschulen geschaffen worden. Hamburgs Hochschulen werden ebenso fit gemacht für die Zukunft, Doppelangebote werden vermieden, Studien und Forschungsmöglichkeiten werden flexibler. Es wird Qualität und nicht Quantität gefördert. Es gibt in Hamburg jetzt 50 000 Kindertagesheimplätze, so viel wie nie zuvor, mit einem Fördervolumen von 300 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Kulturetat wurde deutlich gesteigert. 2001 gab es dafür unter Ihrem Senat noch 186 Millionen Euro. Im Haushalt 2004 wird es 222 Millionen Euro geben – diese Steigerung ist deutschlandweit ohne Beispiel –, ebenso wie die Verpflichtung von Spitzenkünstlern an die Spitze der Theater und Opern unserer Stadt. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sozialhilfemissbrauch wird konsequent bekämpft. 2800 Missbrauchsfälle im Volumen von 4,5 Millionen Euro

C

D

- A wurden aufgedeckt. Für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger wird gemeinnützige Arbeit geschaffen. Jedes Jahr investiert der Hamburger Senat 1 Milliarde Euro insbesondere in den politischen Schwerpunktbereichen Bildung, Innere Sicherheit, Verkehr und wachsende Stadt. Gleichzeitig werden die Schulden gesenkt, jedes Jahr 50 Millionen Euro Nettokreditaufnahme weniger.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Erfolg wird von den Bürgern geschätzt. Die große Mehrheit dieser Stadt will, dass Ole von Beust und dieser Senat die Arbeit fortsetzen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die SPD befindet sich im freien Fall. Seit Bundeskanzler Schröder in Berlin regiert – seit 1998 –, haben Sie 100 000 Mitglieder verloren. Sie sind bundesweit und in Hamburg Nummer zwei. In Hamburg ist die CDU Nummer eins und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die SPD liefert heute mit ihrem Antrag auf Neuwahlen echte politische Realsatire, denn sie weiß selber nicht, wen sie zur Wahl stellen will. Die gesamte Stadt voller Plakate zu stellen nach dem Motto "Neuwahlen, SPD, wir sind bereit" ist eine Lachnummer und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Glocke)

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Dr. Freytag, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

(*Michael Neumann SPD*: Schade! – Oh-Rufe von der SPD)

Dr. Michael Freytag (fortsetzend): Ich komme zum letzten Satz. Willfried Maier von der GAL hatte gestern Recht, als er feststellte, die SPD fordere viel zu viel, was sie anschließend nicht bezahlen kann, und sie laufe bei einer Regierungsübernahme Gefahr, die Menschen zu enttäuschen. Richtig, Herr Maier, Ihre Analyse ist zutreffend. Dann stimmen Sie gegen Neuwahlen und stimmen Sie mit uns dafür, die Stadt Hamburg weiter nach vorne zu bringen, die Menschen nicht zu enttäuschen, sondern das Erfolgsmodell mit Ole von Beust fortzusetzen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frühauf.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Anschnallen! – *Ingo Egloff SPD*: Das Eichhörnchen!)

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Freytag hat zutreffend alles aufgezählt, nicht vollständig, aber doch die wichtigsten Eckpunkte der erfolgreichen Arbeit des Senats.

Als ich sah, welches Thema Sie heute für die Aktuelle Stunde angemeldet haben, habe ich gedacht, es könnte sich eigentlich nur um eine Debatte über das Versagen

der SPD handeln, denn jemand anders hat in dieser Stadt nicht versagt. Es ist beachtenswert, Herr Zuckerer, wie Sie eine Sachlage dieser Stadt schildern, die ganz allein von Ihnen verursacht und hinterlassen worden ist. Damit es auch hier der Letzte kapiert, muss man es wahrscheinlich jedes Mal wieder klar machen, dass unsere Arbeit eine Kehrtwende zu Ihrer verfehlten Politik bedeutet hat.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Man bezeichnet unsere Partei im Übrigen gern als die CSU des Nordens. Das muss Ihnen eigentlich zu denken geben, denn wir bringen Hamburg nach vorne und Sie leisten sich einen bayerischen Fraktionsvorsitzenden. Ich bin sicher, nachdem, wie er eben geredet hat, kommt er auch auf 18 Prozent.

(*Ingo Egloff SPD*: Sie können froh sein, wenn Sie 5 Prozent kriegen!)

Die Chronik des Versagens der SPD in den letzten Jahren ist sehr lang. Sie haben mit viel mehr Geld weniger zustande gebracht, als dieser Senat bereits jetzt mit geringeren Haushaltsmitteln auf den Weg gebracht hat. Sie haben die verfehlte Schulpolitik der letzten Jahre zu vertreten, beispielsweise PISA. Trotz der höchsten Ausgaben pro Schüler haben Sie die schlechtesten Ergebnisse erzielt. Diese Situation wollen Sie uns doch nicht ernsthaft in die Schuhe schieben, wenn unser Senator versucht, eine Kehrtwende herbeizuführen?

Sie haben eine verfehlte Politik der Inneren Sicherheit gemacht – Hamburg war die Hauptstadt des Verbrechens –, ebenso eine verfehlte Drogen-, Grün- und Sauberkeitspolitik. Auch bei der Integrationspolitik sind Sie gescheitert. Wer hat die Stadtteile Wilhelmsburg, Veddel, Rothenburgsort da hinkommen lassen, wo sie sich jetzt befinden? Das waren doch Sie. Sie haben von Integration geredet und nichts getan.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir haben endlich die Sprachförderung für ausländische Mitbürger verstärkt und erstmals auch in diesen Stadtteilen Ergebnisse erzielt.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Im einstelligen Bereich!)

Wie wollen Sie uns weismachen, dass wir diese Zustände zu vertreten hätten?

Das Einzige, was Sie noch hinbekommen haben, ist die flächendeckende Versorgung von SPD-Leuten mit Pöstchen jeder Art. Sie haben das Parteibuch als großen Befähigungsnachweis eingeführt und wenn wir jetzt daran gehen, einzelne Stellen anders zu besetzen, dann schreien Sie nach Untersuchungsausschüssen. Das ist lächerlich.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Herr Zuckerer, Sie haben in Ihrer Rede keine Alternativen aufgezeigt. Sie haben gesagt, alles sei schlecht und alles könne man nur mit viel mehr Geld besser machen. Im Grunde ist das nicht glaubwürdig, denn Sie kennen die Haushaltslage genauso wie wir.

Statt mit Politikalternativen beschäftigen Sie sich mit sich selbst. Das macht ja auch viel mehr Spaß. Die "Bild"-Zeitung hat Herrn Zuckerer als "Kai aus der Kiste" mit

- A dem Kasperlehut zutreffend abgebildet und die weiteren Kandidaten laufen hier als neurotische Ich-AGs durch die Stadt und stellen sich bei der Basis vor. Aber entscheiden möchte sich niemand.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Auch wenn einer der Kandidaten mit seinem eleganten Jaguar vor Ort bei der Basis vorfährt, so ersetzt auch ein Zwölfzylinder nicht den Inhalt und so kann man auch zum politischen Zweitakter werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Sie fahren eine Ente, nicht?)

Herr Voscherau hat gesagt, er stehe für eine Politik der praktischen Vernunft. Er hat aber auch gesagt, dass er und seine Politik noch von 150 SPD-Funktionären angefeindet und bekämpft wird. Ich habe schon lange den Eindruck, dass die SPD die praktische Vernunft in dieser Stadt bekämpft.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Die Koalition hat bereits auf vielen Feldern praktische Vernunft bewiesen. Wir haben aus praktischer Vernunft viele richtungsweisende Entscheidungen getroffen und die wichtigen Maßnahmen auf den Weg gebracht. Und – das ist der zweite Teil des Themas – es gibt keinen Anlass, weitere zwei Jahre hier nichts zu machen, sondern wir brauchen noch weitere zehn Jahre, um die Misere, die Sie auf den einzelnen Feldern verursacht haben, aufzuarbeiten. Das ist die Wahrheit und Sie wissen es.

- B (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Paradox ist es für mich, wenn Herr Voscherau für unsere Politik wirbt, aber bei Ihnen noch Mitgliedsbeiträge zahlt.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Dieser Bürgerserrat hat Zukunft und dieser Bürgerserrat wird in dieser Stadt gebraucht, damit auch Hamburg für die Zukunft gewappnet ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Abgewürgt!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Freytag, ich habe mich sehr gewundert, dass Sie nicht rot geworden sind, obwohl Sie so viel Unwahrheit gesagt haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Michael Freytag CDU*: Das kann ich nicht, schon seit Jahren nicht!)

Sie haben leider ein Spektakel verpasst: Fünf Stunden lang wurde im Haushaltsausschuss das Thema Schule behandelt, fünf Stunden gab es keine Antwort. Sie werden es im Protokoll nachlesen.

Ich will hier nur die vom Senat genannten Schwerpunkte debattieren, da die GAL-Fraktion festgestellt hat, dass in

den anderen Ressorts, wie zum Beispiel beim Verbraucherschutz, der Gleichstellungspolitik oder beim Sozialen, nur schwarze Löcher zu finden waren. Bei den selbst gesetzten Schwerpunkten finden wir allerdings auch nur einen Steinbruch: In der Bildung, nicht nur Baustellen im Verkehr und ziemlich viel Zweifelhafes aus dem Spezialbereich des Herrn Schill, der Innenpolitik. Sie, meine Damen und Herren, sind hier mit dem Vorsatz angetreten: "Weniger Filz, mehr Sicherheit". Was Sie aber abgeliefert haben, ist, in atemberaubender Geschwindigkeit Filzokratie installiert zu haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Beispiele zu nennen, würde die Zeit weit überspannen. Wir haben dafür ja einen PUA.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Kriminalität sollte in einem Jahr auf 50 Prozent gesenkt werden. Im letzten Jahr haben Sie die Kriminalstatistik schön gerechnet, um Erfolge vorzuweisen. Jetzt haben Sie die falschen Zahlen verbreitet. Sie haben einerseits für Gefängnisse und Polizei mehr Geld ausgegeben, aber investiert zulasten anderer Bereiche. Was haben wir letztendlich? Wir haben einen ordentlichen Hauptbahnhof, aber dafür den Harburgern, Herr Frühauf, und den Wilhelmsburgern die vertriebenen Junkies geschenkt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben ein geschlossenes Heim mit hundertprozentiger Ausbruchquote.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben zwar mehr Polizisten, die Harley Davidson fahren und ungesponserte blaue Uniformen tragen, aber dafür höhere Arbeitslosigkeit und mehr Armut in dieser Stadt. Aber sicherer, meine Damen und Herren, ist Hamburg nun wirklich nicht geworden. Da können auch die Bekundungen, Herr Frühauf, in Ihrer wunderbaren Presseerklärung die Dinge nicht schönreden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sicherheit ist aber mehr. Sicherheit ist auch zum Beispiel Sicherheit im Verkehr. Da geht es um Konzepte, um Mobilität für alle und nicht um freie Bahn für Raser.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben bisher für 1,6 Millionen Euro Poller abgebaut und das soll demnächst noch bis zu 3,9 Millionen Euro kosten.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Wie teuer war es denn, die Poller aufzustellen?)

Das heißt, hier gilt es, eine Geldverschwendung anzuprangern, und zwar auf Kosten der anderen Verkehrsteilnehmer, Gefährdung der Fahrradfahrer und der Fußgänger.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich will das Millionengrab U 4 gar nicht erst ansprechen. Die von Ihnen propagierte wachsende Stadt blüht nicht, sie wuchert. Statt nachzuverdichten, statt die Konversionsflächen zu bebauen, wie Sie es in Ihren Reden ja darstellen, werden Naturschutzgrünflächen und die Kleingärtner auch noch zum Opfer gebeten. Es geht sogar so weit, Herr Müller-Sönksen, dass Sie auf einer Halbzeit-

C

D

- A veranstaltung in Niendorf die Kleingärtner als Besitzstandswahrende beschimpfen. Meine Damen und Herren! Die Stadt gehört allen und nicht nur denjenigen, die einen Alsterblick haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Erste Bürgermeister hat in einer großen Kampagne versprochen, dass er die grünen Walddörfer schützen will. Die Bewohner der Walddörfer fühlen sich aber durch Ihre Versprechungen, Herr von Beust, betrogen, weil Sie dort jetzt bauen wollen. Versprechungen werden Luftblasen. Alles ist nur warme Luft.

Herr Mettbach, auch wenn Sie für teures Geld ein paar Gummitiere über den Kiez hängen wollen, kann das nicht von Ihren Baustellen in Ihrer Politik ablenken. Allein am Spielbudenplatz wurden 100 000 Euro in den Sand gesetzt. Außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Selbst die Handelskammer ist insgesamt nicht nur begeistert und spricht in ihrer Halbezeitbilanz nur vom Richtfest. Sie fordert einen Innenausbau, aber bei Ihrem Schwerpunkt Bildung muss man eher von einem Abbruchunternehmen als vom zu erwartenden Innenausbau sprechen.

Das Kita-Chaos ist schon angesprochen worden. Es ist standortgefährdend. In den Schulen gibt es weniger Lehrer, mehr Schüler und schlechtere Unterrichtsqualität. Es gibt bei Eltern aufgrund der Konzeptionslosigkeit und schon lange angemahneter Stümperei handwerklicher Art des Herrn Lange so große Verunsicherung, wie es sie in den letzten 20 Jahren nicht gegeben hat.

- B Zu guter Letzt kommen wir zu den großen Visionen, die Sie, Herr von Beust und Herr Peiner, nie und nimmer mit der Schill-Fraktion umsetzen können, denn gerade beim Thema Einwanderung stehen sie im krassen Widerspruch zu Ihrem Koalitionsvertrag. Was steht da? Abschiebung auf "Deubel komm raus" und ein "Alibi-Abnick-Integrationsbeirat".

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Goetsch, ich muss Ihnen mitteilen, dass auch Sie die fünf Minuten überschritten haben.

(Dr. Michael Freytag CDU: Gefühlte zehn Minuten!)

Ich bitte Sie, mit einem Satz zum Schluss zu kommen.

Christa Goetsch (fortfahrend): Ich komme zum Schluss. Sie haben Hamburg nicht sicherer und vielfältiger gemacht. Die Stadt ist ärmer geworden. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind gern bereit, mit Ihnen über unsere Halbezeitbilanz zu reden, wenn Sie uns ansprechen.

(Erhard Pumm SPD: Es geht um die Halbezeit des Senats und nicht um Ihre!)

Das Thema lautet: "Zwei Jahre Rechtssenat in Hamburg". Es gibt in Hamburg keinen Rechtssenat, sondern einen bürgerlichen Senat mit liberaler Beteiligung.

(Lachen bei der SPD und der GAL sowie Zurufe)

Wenn Sie das endlich begreifen, dann reden wir hier weiter.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich will Ihnen heute zwei Flugblätter zeigen, die Herr Kusch noch vor einigen Tagen in St. Georg verteilt hat und auch die Schill-Partei am Tag der offenen Tür im Rathaus.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wir haben auch Werbemittel!)

Nicht nur, dass die Befürchtung des Abgeordneten Schill, der heute nicht da ist, offensichtlich eingetreten ist, dass die CDU die Vorgabe macht und die Schill-Partei dann zwei Tage später stumpf den Text abschreibt und identische Flugblätter herausgibt, nein, es ist auch deutlich geworden, dass auf beiden Flugblättern das Senatsmärchen vom Kriminalitätsrückgang in Hamburg erzählt wird, gerade so, als sei es 2002 nicht so gewesen, dass man 48 000 Fälle aus der Wirtschaftskriminalität herausgerechnet hat. Hat nicht der Innensenator mit seinem Polizeipräsidenten in der letzten Woche einräumen müssen, dass die festgestellte Kriminalität in diesem Jahr um weitere 2,8 Prozent zugenommen hat?

Nun will ich Ihnen, Herr von Beust, nicht persönlich vorwerfen, Sie hätten diese Zahlenmanipulation angeordnet. Aber so zu tun, als gäbe es diese miserablen Zahlen nicht, heißt, die Realität in unserer Stadt nicht wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich muss den Senat und auch Sie ganz persönlich, Herr von Beust, fragen: Für wie dumm halten Sie eigentlich die Bürger unserer Stadt? Machen Sie sich mit der Schönrechnerei nichts vor und verstecken Sie sich mit Ihrem Innensenator nicht hinter angeblich menschlichem Versagen in der Polizei. Die Hamburger Bürger durchschauen dieses Spiel.

Sie erleben tagtäglich, dass das Motto dieses Senats lautet: Versprochen und gebrochen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Betrachtet man die Zahlen der Kriminalitätsbelastung in den letzten zwei Jahren, so ergibt sich für Hamburg ein dramatisches Bild. Niemals nach dem Zweiten Weltkrieg war die Kriminalität so hoch und gleichzeitig die Aufklärungsquote in Hamburg so niedrig wie unter der Verantwortung von Herrn von Beust. Und niemals hat vorher ein Senat versucht, die Menschen so mit Zahlenmanipulationen hinter das Licht zu führen.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ha, ha!)

- A Niemals wurden die Menschen von einem Senat und auch dem Ersten Bürgermeister so enttäuscht und getäuscht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dafür, Herr von Beust, haben Sie 26 Prozent der Wähler vor zwei Jahren nicht gewählt. Sie haben im Wahlkampf gemeinsam mit Herrn Schill Erwartungen geweckt, die niemals erfüllt werden konnten, schon gar nicht mit dieser Art von Politik, wie Sie sie machen.

Ich möchte kurz zwei Beispiele nennen, die Jugendkriminalitätsbekämpfung und die Drogenpolitik. In der Drogenpolitik sind die Hilfsangebote für die Kranken abgebaut und dramatisch eingeschränkt worden und gleichzeitig wurden die Kranken und die Dealer über die gesamte Stadt verteilt; Harburg ist da der hauptleidtragende Stadtteil.

Wir haben nach Aussagen des Senats weiterhin mehr als 10 000 Drogenkranke, mehr als 350 Intensivdealer und das Schlimmste dabei ist, dass der Preis für die Drogen stabil geblieben ist. Daran wird doch deutlich, ob Drogenbekämpfungspolitik erfolgreich ist. Stiege der Preis, wäre sie erfolgreich. Er steigt aber nicht und selbst das Bundeskriminalamt stellt fest, dass die Politik in Hamburg – gemessen am Drogenpreis – gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Erster Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Die Bekämpfung der Jugendkriminalität reduziert sich auf die Cop4U, das sind die bürgernahen Beamten, die den gleichen Job machen wie vorher. Nicht ein Polizist ist mehr eingesetzt worden,

B

(Klaus-Peter Hesse CDU: 234, Herr Neumann!)

nicht ein neues Konzept ist eingesetzt worden und gleichzeitig hat man die Misserfolgsgeschichte des geschlossenen Heims aufgebaut. Man hat teilweise den Eindruck – die Kollegin hat das schon angesprochen –, es gäbe eine Drehtür. Die waren schneller wieder draußen, als sie eingewiesen worden sind.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie wissen gar nicht, worüber Sie reden!)

Deshalb, Herr Bürgermeister, kommt es aus unserer Sicht darauf an, Kindern und Jugendlichen eine Chance in unserer Stadt zu bieten, Zukunftsperspektiven aufzuweisen und nicht eine Politik zu machen, die genau diese Zukunftsperspektiven verbaut. Das tun Sie mit Ihrer Kita-Politik, mit Ihrer Schulpolitik, mit den nicht vorhandenen Ausbildungsplätzen und der völlig gescheiterten Wirtschaftspolitik.

(Beifall der SPD und der GAL)

Die Menschen in unserer Stadt erwarten eine Politik aus einem Guss, erwarten Besonnenheit, Engagement und Augenmaß und keinen Schaum vor dem Mund und sie erwarten, dass Politik ihnen hilft.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Deshalb wählen sie ja die SPD!)

Wir müssen als Politiker Chancen eröffnen und nicht verbauen. In diesem Sinne waren die letzten zwei Jahre des Rechtssenats – und es ist ein Rechtssenat, Herr Rumpf – für Hamburg und seine Bürger verlorene Jahre und diesen Senat hat Hamburg nicht verdient.

Ich möchte noch einmal auf das Loblied des Herrn Freytag eingehen. Er hat in seinem Statement hier von Dingen gesprochen, die zumindest in der Stadt, in der ich lebe, nicht wiederzufinden sind. Wenn es wirklich so ist, dass Sie so eine erfolgreiche Politik für Hamburg machen, dann wäre es ja kein Problem, nachher unserem Antrag auf Neuwahlen zuzustimmen. Es wäre ja eine Erfolgsgeschichte, Sie müssten ja auf einer Woge der Sympathie durch die Stadt getragen werden und deshalb habe ich hier für die drei Fraktionsvorsitzenden noch einmal drei "Feiglinge" der Marke von Beust. Vielleicht klappt es nachher, dass Sie ein wenig mehr Mut haben, Neuwahlen zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von der GAL wird gerade die nicht unberechtigte Frage gestellt, ob das Verteilen von Alkohol während der Sitzung zulässig sei.

(Dr. Willfried Maier GAL: Verteilen ja, nur nicht trinken!)

Aber das kann vielleicht an anderer Stelle geklärt werden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herr Zuckerer, Ihnen zu gratulieren, nicht zur Rede, nur zur Wiederwahl. Aber lassen wir uns gemeinsam davon ausgehen, dass Sie zunächst einmal für zwei Jahre wiedergewählt worden sind.

Wir stehen hier zur Halbzeit der Wahlperiode und nicht kurz vor ihrem Ende und haben – da möchte ich wieder ein Wort von Frau Goetsch aufgreifen – in der Tat endlich wieder einen Bürgermeister, der dieser Stadt Perspektiven aufzeigt, der Visionen entwickelt. Genau das haben wir in den letzten vier Jahren vermisst.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Da wurde lediglich abgearbeitet, was der Amtsvorgänger von Herrn Runde, nämlich Bürgermeister Voscherau, als Arbeitsaufträge hinterlassen hatte. Darauf hat man sich geeinigt und mehr passierte nicht.

(Ingo Egloff SPD: Was machen Sie denn, Herr Reinert?)

Einige kurze Bemerkungen zu Herrn Neumann. Herr Neumann, Sie wissen auch, dass die Gewaltkriminalität in Hamburg im vergangenen Jahr um 7,7 Prozent zurückgegangen ist. Das ist eine unbestreitbare Tatsache, das ist ein eindeutiger Erfolg der Sicherheitspolitik dieses Senats.

(Michael Neumann SPD: Aber wenn der Rückgang ein Erfolg ist, dann ist die Zunahme ein Gewinn!)

Herr Neumann, jetzt müsste man Prozentrechnung können. Wenn es in einem Jahr einen deutlichen Rückgang gibt und im nächsten Halbjahr einen winzigen Anstieg

(Zurufe von der SPD)

– nun hören Sie doch einmal zu – ...

(Zurufe von der SPD)

C

D

- A Es hat keinen Sinn, sagen wir es einfach so: Wir haben, obwohl wir verstärkt gegen die Drogenkriminalität vorgehen, nach wie vor insgesamt einen deutlichen Rückgang der Kriminalität zu verzeichnen. Und wenn die Zahlen des ersten Halbjahres dieses Mal nicht so erfreulich sind, dann ist uns das eher Ansporn, in den verbleibenden zwei Jahren der Wahlperiode weiter daran zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das erleben Sie nicht!)

Wir werden diese Politik fortsetzen

(*Michael Neumann SPD*: Haben Sie schon einen genommen?)

– jetzt werfe ich hier schon mit Wasser, aber eben nicht mit Wein – und dabei auch erfolgreich sein.

Frau Goetsch sagte, in der Bildung hätten wir gegenwärtig einen Steinbruch

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Da hat sie Recht!)

und es hätte im Haushaltsausschuss überhaupt keine Antworten gegeben. Wenn man das Protokoll nachliest, Frau Goetsch, so hat es jede Menge Antworten gegeben. Offenbar passten Ihnen die Antworten nicht. Und wenn Sie jetzt behaupten, wir hätten einen bildungspolitischen Steinbruch, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass ein Steinbruch auch notwendig ist. Wenn man Ruinen übernommen hat, dann muss man etwas Neues bauen und dazu braucht man einen Steinbruch.

- B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Altes muss sterben, damit Neues entstehen kann!)

Erinnern Sie sich doch bitte einmal an die Debatten in der letzten Wahlperiode, als von unserer Seite ganz klar angemahnt wurde, im Hamburger Bildungssystem müssten bessere Ergebnisse erzielt werden. Was ist uns aus Ihrer Ecke immer entgegengetönt? Das Schwein wird nicht vom Wiegen fett. Mit anderen Worten: Es bringt überhaupt nichts, das zu messen. Die einzige Messung, die es bisher gegeben hat, die PISA-Studie, hat für Hamburg katastrophale Ergebnisse gezeitigt. Wir haben die Umsteuerung eingeleitet, wir sorgen dafür, dass es einheitliche Abschlussprüfungen für die Hauptschule und die Realschule und auch gleiche Abiturstandards in dieser Stadt gibt. Und damit weiß jeder – Lehrer, Schüler und auch Eltern –, dass wir daran arbeiten, das Bildungssystem dieser Stadt wieder auf Vordermann zu bringen. Das ist in der Tat ein Prozess, bei dem wir nach jahrzehntelangem Schlurenlassen viel, viel Arbeit vor uns haben. Ich bin sicher, dass, wenn wir diesen Kurs fortsetzen, wir auch die Erfolge haben werden. Kurz gesagt: Ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre und dann können wir eine wunderschöne Schlussbilanz für die erste Wahlperiode dieses Senats ziehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Ingo Egloff SPD*: Und die letzte!)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Silberbach.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zuckerer, Sie haben gesagt, dass die Arbeitslosen-

zahlen in Hamburg gestiegen seien; das ist richtig. Im ganzen Bundesgebiet sind die Arbeitslosenzahlen gestiegen

(*Barbara Duden SPD*: Bei Ihnen besonders!)

durch die miserable Politik, die auf Bundesebene auf allen Ebenen gemacht wird.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Weiter haben Sie gesagt, dass viele Schüler keinen Arbeitsplatz in Hamburg bekommen hätten. Sie haben Recht, die Ausbildungsplätze werden zumindest zu einem großen Teil an Schüler vergeben, die aus dem Umland kommen. Das liegt einfach daran, dass Sie eine katastrophale Bildungspolitik gemacht haben.

(*Michael Neumann SPD*: Wofür bekommt der Senat eigentlich Geld, wenn er für nichts verantwortlich ist? Wir brauchen den gar nicht!)

Diese Schüler sind acht bis zehn beziehungsweise 13 Jahre unter Ihrer Schulpolitik gewesen und wir tragen die Verantwortung für die letzten zwei Jahre. An wem liegt also die Schuld, dass zum Beispiel die Kammern sagen,

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Das begründen Sie mal!)

dass bei den Grundfächern die Ausbildung derartig schlecht sei, dass sie diese Schüler teilweise von Hamburg gar nicht mehr nehmen und ins Umland ausweichen. Also ist die Schulfrage doch wohl ganz klar.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dann haben Sie gesagt, dass zum Beispiel in der Schulpolitik zu wenig geschehen sei. Wir haben den Sprachunterricht eingeführt. Nun sagen Sie nicht, wir hätten ihn gleich in den ersten Monaten einführen sollen. Sie haben schon lange festgestellt, dass dieses notwendig war, hatten es aber nicht für nötig gehalten, den Kindern unserer ausländischen Mitbürger einen Sprachunterricht zukommen zu lassen. Sie haben sozusagen die Kinder unserer ausländischen Arbeitnehmer ausgegrenzt und das nennen Sie auch noch Integrationspolitik. Es ist schon ein tolles Stück, was Sie sich hier leisten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Der Höhepunkt ist doch wohl der, dass Sie sagen, die soziale Schere klaffe in dieser Stadt immer weiter auseinander. Wer hat denn diese chaotischen Verhältnisse in Billstedt, Rothenburgsort, Wilhelmsburg und Harburg geschaffen? Das sind doch Sie gewesen und kein anderer. Sie tragen ganz alleine dafür die Verantwortung.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Goetsch, haben Sie auch noch gesagt, dass die Junkies nach Harburg beziehungsweise Wilhelmsburg vertrieben worden seien.

(*Barbara Duden SPD*: Das stimmt ja auch!)

Irgendwo muss man anfangen. Wir haben sie aus der Innenstadt vertrieben und sie werden auch aus Harburg, Wilhelmsburg und Rothenburgsort vertrieben werden.

A (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wenn man jahrelang nichts gemacht hat wie Sie, dann ist natürlich ganz klar, dass man irgendwo beginnen muss. Spätestens nach weiteren anderthalb Jahren werden auch diese Stadtteile befriedet sein, was die Junkies betrifft.

Und dann haben Sie gesagt, dass die Kriminalitätsentwicklung im letzten halben Jahr nicht so gewesen sei, wie es in der Zeitung gestanden habe. Eines ist sicher, dass zum Beispiel 15 Prozent mehr Junkies geschnappt worden sind. Aber das liegt daran, dass die Polizei in die Lage versetzt worden ist, diesen Täterkreis überhaupt dingfest zu machen. Zu Ihrer Regierungszeit war das gar nicht möglich, Sie haben die Polizei derartig geschwächt, dass sie gar nicht in der Lage war, diese Arbeit zu machen. Und wenn sie einmal gefasst wurden, dann wurden sie gleich wieder auf freien Fuß gesetzt und haben dadurch auch noch die Polizei demotiviert. Da sollten Sie sich einmal an die eigene Nase fassen. Diese 15 Prozent, die jetzt mehr geschnappt worden sind, sind nur der Tüchtigkeit unserer Polizei und dieser Regierung zu verdanken.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Drogenabhängige sind aber keine Straftäter!)

Dann haben Sie gesagt, die Kriminalität in Hamburg habe um 2,3 Prozent zugenommen.

B (*Dr. Andrea Hilgers* und *Michael Neumann*, beide SPD: 2,8 Prozent! – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: So viel Zeit muss sein!)

Das ist im Bundesdurchschnitt ein sehr gutes Ergebnis. Trotzdem kann man nicht begeistert sein, denn in allen Bundesländern hat die Kriminalität mehr zugenommen als in Hamburg. Aber eins sollte dabei nicht vergessen werden, damit Sie nicht gleich dazwischenrufen, die Arbeitslosen seien an der Kriminalitätssteigerung schuld

(Glocke)

– ich komme sofort zum Ende –,

(*Barbara Duden SPD*: Wer hat das denn gesagt?)

eins kann man nicht von der Hand weisen: Je mehr Arbeitslose wir in diesem Land haben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Kriminalität durch die Not zunimmt, und darum muss in diesem Fall dafür gesorgt werden, dass auch die Arbeitslosigkeit zurückgeht.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie sind weit über die Zeit.

Manfred Silberbach (fortfahrend): Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, auch die Opposition hat das verstanden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Freytag, Ihre Auftritte bekommen zunehmend etwas Wilhelminisches, einen extremen Selbstlobfaktor! Was noch fehlt, ist der "Es ist erreicht!"-Schnauzer.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Als Juwel der Tätigkeit dieses Senats nennen Sie die HafenCity, wunderbar.

(*Michael Neumann SPD*: Ein Gebäude!)

Dann haben Sie in Ihrer Selbstlobreihe noch die Airbus-Ansiedlung gebracht. Wer hat denn die Bewerbung durchgebracht und die Finanzierung organisiert? Waren Sie das?

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Wir haben immer für Airbus gestimmt!)

Dann erzählen Sie, die Schulden würden bei Ihnen langsamer wachsen. Tatsächlich wachsen sie, seitdem Sie dran sind, von Monat zu Monat um 88 Millionen stärker als in den vier Jahren zuvor; das haben Sie erreicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Bürgermeister sagte heute in der Zeitung, nach seinem größten Erfolg gefragt, eigentlich sei es der Wechsel selber.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Da ist was dran. Seitdem ist auch nicht mehr viel passiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Mettbach nennt als seinen größten Erfolg die Orts-umgehung Finkenwerder.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Sie haben sie doch nicht zustande gebracht!)

Gegen wen hat er den denn erzielt? Gegen seine eigene Koalition, denn Rotgrün hatte die Planung angeschoben. Dann haben Sie sie gestrichen, denn es sollte nur die A 26 kommen, und anschließend wurde ein Verfahren wieder in Gang gesetzt, das wir in der letzten Legislaturperiode eröffnet hatten. Sein größter Erfolg!

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Lange wird nach seinem größten Erfolg gefragt, gerät ins Stottern und sagt, die ganze Stadt verstehe ihn nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist sehr gut für einen Bildungssenator, dass man ihn nicht versteht. So etwas lieben wir in Bezug auf Bildung.

Schließlich die Frage der Neuwahlen. Wir schlagen keine Neuwahlen vor, weil die SPD oder wir so besonders gut oder besonders schlecht aufgestellt wären. Wir schlagen Neuwahlen vor, damit die Regierung dieser Stadt vom Einfluss des Herrn Schill befreit wird. Das ist der Grund, warum wir Neuwahlen vorschlagen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und daran, Herr Bürgermeister, sollten Sie selber ein Interesse haben, denn jetzt hat Herr Schill, in dieser Fraktion sitzend, es in der Hand, den Zeitpunkt und Anlass des nächsten Konfliktes zu bestimmen bis hin zu Neuwahlen. Sie geben diese Frage aus der Hand, weil Sie nicht mutig sind und das ist schlecht.

A (Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Michael Freytag CDU*: Machen Sie sich mal keine Sorgen um uns, Herr Maier!)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst für noch vier Minuten.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe FDP, es wundert uns nicht, dass die Bilanz für Sie eigentlich nicht stattfindet, dass der Schulsenator hier nicht auftaucht,

(*Ekkehard Rumpf FDP*: Der ist in Berlin, das wissen Sie auch!)

dass Sie die Aktuelle Stunde nicht nutzen und keinen Debattenbeitrag abhalten. Das wundert uns nicht angesichts der Bilanz, die Ihr Schulsenator in dieser Stadt zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unser Eindruck ist, dass Sie insgesamt ganz gerne auf diese Debatte verzichtet hätten, weil erkennbar geworden ist, dass Sie nichts vorzuweisen haben. Herr Silberbach, ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass man, wenn man anfängt, die Kriminalitätsstatistiken schönzureden, schon verloren hat. Wir wissen, wovon wir reden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister, Sie wollten doch selber durch eine Senatsumbildung die Schwächen dieses Senats verändern und hier einen anderen Schwerpunkt setzen. Aber statt zu handeln haben Sie sich den ganzen Sommer lang nicht eingemischt, das Kita-Chaos seinen Lauf nehmen und den Staatsrat der Innenbehörde seine Privatschichte machen lassen. Es war wohl so schön im Urlaub für den Bürgermeister.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In der Zeit wurden die Koalition und Sie, Herr Dr. Freytag, gar nicht müde, von einer Kampagne der Opposition zu reden. Sie haben insgesamt dem Parlament einen Bärendienst erwiesen, denn es ist unsere Aufgabe, den Senat zu kontrollieren,

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Dann machen Sie es doch auch!)

und da haben Sie vollständig versagt und sich dazu nicht geäußert. Ihr Abgeordnetenkollege Ehlers ist schon unruhig geworden bei Ihrer Schönrede, die wir uns hier über Monate anhören mussten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister, weil Ihre Bilanz so mager ausfällt, haben Sie gestern versucht, mit einer Rede vor dem Übersee-Club ein wenig aufzupeppen. Ich kann Ihnen versichern, dass man sich an diese Rede in Hamburg nicht lange erinnern wird.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wir werden daran erinnern!)

Es wird Ihnen nicht gelingen, an die großen Reden sozialdemokratischer Bürgermeister anzuknüpfen, die Perspektiven für die Stadt formuliert haben. Sie haben gestern versucht, durch hektische Scheinaktivitäten vom völligen Versagen abzulenken. Was soll die Ankündi-

gung, Hamburg in 20 Bezirke aufzuteilen? Das ist ein Ablenkungsmanöver, weil Ihre Bilanz so negativ ausfällt.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Noch einmal zum Thema Schulpolitik, Herr Bürgermeister. Schulpolitik ist in anderen Bundesländern Chefsache, auch bei Ihren konservativen Kollegen. Aber hier wird verzweifelt vermieden, mit dem Schulsenator Lange irgendwie in Kontakt gebracht zu werden. Und ich sage Ihnen, Herr Bürgermeister, Sie werden damit nicht durchkommen, dass in Hamburg die Schulen in diesen Zustand gebracht werden, dass in Hamburg auch Eltern, die berufstätig werden wollen, keinen Kita-Platz bekommen.

(*Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Was hätten Sie denn besser gemacht?)

Es wird Ihnen nicht gelingen, das ausschließlich auf den kleinen Koalitionspartner abzuladen. Das sind auch Dinge, bei denen Sie gefragt werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Anknüpfend an die Vorrede: Von weiterführenden Visionen ist bei Ihnen nicht die Rede. Herr Dr. Freytag, was Sie hier genannt haben, sind ausnahmslos sozialdemokratische Projekte gewesen,

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Wer Visionen hat, der muss zum Arzt, sagt Helmut Schmidt!)

die auf den Weg gebracht worden sind. Sie haben in diesem Parlament noch nicht einmal eine Mehrheit, um die Rahmenbedingungen für Airbus abzusichern und schmücken sich hier mit fremden Federn. Und dass Sie nicht rot werden, daran haben wir uns inzwischen schon gewöhnt.

D

(Beifall bei der SPD)

Der Bürgermeister erklärt heute in der Zeitung, es mache ihm nichts aus, wenn hamburgische Unternehmen abwanderten. Das ist die negative Bilanz in dieser Stadt, die hier auch deutlich geworden ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Willfried Maier GAL*)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind im Übrigen auch zeitlich am Ende der Aktuellen Stunde angekommen. Dann ist dieselbe beendet.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 5 und 5 a auf, Drs. 17/3296 und 17/3363: Abberufung eines stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung aus seinem Amt und Wahl eines Nachfolgers sowie Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Umwelt und Gesundheit.

**[Senatsmitteilung:
Abberufung eines stellvertretenden Vorsitzenden der
Kommission für Bodenordnung aus seinem Amt und
Wahl eines Nachfolgers – Drs. 17/3296 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürger-
schaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für
Umwelt und Gesundheit
– Drs. 17/3363 –]**

- A Zunächst haben wir über den ersten Spiegelstrich aus dem Petition der Drs. 17/3296 abzustimmen. Der Senat bittet die Bürgerschaft um Zustimmung, den derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung, Herrn Leitenden Regierungsdirektor Dr. Ulrich Niere, aus diesem Amt abzurufen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen. Damit ist eine Ersatzwahl erforderlich, die wir gleich vornehmen werden.

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen haben vereinbart, die heute vorzunehmenden beiden Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Zettel nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen führen zur Ungültigkeit. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nunmehr Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln beginnen beziehungsweise fortfahren zu wollen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist erkennbar der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben werden.*

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 60 auf, Drs. 17/3324. Antrag der Koalitionsfraktionen: Förderung von Quartiersgaragen in verdichteten Wohnquartieren.

- B **[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:
Förderung von Quartiersgaragen in verdichteten Wohnquartieren
– Drs. 17/3324 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 17/3365 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Förderung von Quartiersgaragen in verdichteten Wohnquartieren – Drs. 17/3365 –]**

(Unruhe im Hause)

Bevor hierzu das Wort begehrt wird, wünsche ich, dass ein wenig mehr Ruhe in diesem Haus einkehrt, denn sonst vermag man nicht einmal mehr die Wortmeldung zu hören.

Der Abgeordnete Winkler bekommt das Wort.

Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anstatt notwendige Maßnahmen zu ergreifen, wurden unter den vergangenen Senaten überall im öffentlichen Straßenraum Parkplätze beseitigt. Dies geschah mehr oder weniger schleichend. An der chronischen Parkplatznot waren nach rotgrüner Lesart die motorisierten, umweltverachtenden Mobilitätsfetischisten, sprich Autofahrer, doch selber schuld. Auch dies war Teil jener allseits bekannten, von Ihnen noch längst nicht überwundenen, ideologisch bornierten Verkehrspolitik, die nur Radfahren, Zufußge-

hen und ÖPNV gelten lässt. Wer hieran noch den geringsten Zweifel hat, der möge den Zusatzantrag zu dieser Sache von links außen lesen, der an ideologischer Verschrobenheit nur schwer zu überbieten ist.

Mit unserer Initiative für mehr Quartiersgaragen nehmen wir die längst überfällige Parkraumproblematik endlich in Angriff. Wir brauchen eine intelligente und schnelle Lösung, die auch innovative Ansätze und moderne technische Lösungen der Parkraumbewirtschaftung berücksichtigt. Nach der einhelligen Meinung von Verkehrsexperten ist die Einrichtung von Quartiersgaragen ein wichtiges Instrumentarium eines nachhaltigen Parkraummanagements. Deshalb ist es wichtig, weitere Standortvorschläge für Quartiersgaragen zu erarbeiten und insbesondere Finanzierungsmodelle zu prüfen. Das heißt aber auch, den Dialog mit Investoren zu stärken und diese nicht abzuschrecken.

Weiterhin ist zu prüfen, ob der Aufbau eines Parkplatzinformations- und Monitoringsystems für Hamburg sinnvoll ist. Ein solches System kann weitaus mehr leisten als ein herkömmliches Parkleitsystem. Eine optimale Lösung wäre gegeben, wenn jeder interessierte Hamburger Bürger und jede Bürgerin auf eine Datenbank zurückgreifen könnte, die für die gesamte Stadt Parkplatzdaten umfasst, um individuell relevante Parkrauminfos abzufragen.

Bislang liegen für Hamburg keine bündigen, homogenen Datenbestände zur Parkplatzsituation vor. Diese sind, wenn überhaupt vorhanden, in den einzelnen Bezirken verstreut. Wertvolle Ansätze zum Aufbau eines solchen umfassenden Parkrauminformationssystems liefert in diesem Zusammenhang das Vorbildprojekt MOBINET der Stadt München, das in Zusammenarbeit mit dem Bund durchgeführt wurde.

Meine Damen und Herren! Wer sich die tägliche nervenaufreibende Parkplatzsuche ersparen möchte, der wird gerne einen angemessenen Betrag für einen sicheren wohnungsnahen Stellplatz zahlen. Voraussetzung ist allerdings die Bereitstellung ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen! Der Redner ist nur sehr, sehr schwer zu verstehen, wenn Sie sich in diesem Saal so intensiv austauschen oder so intensiv Zeitung lesen. Ich bitte, beides draußen zu machen.

Fahren Sie bitte fort.

Karl-Heinz Winkler (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich wiederhole, dass die Voraussetzung zur Anmietung die Bereitstellung von entsprechenden Angeboten ist. Die geplante Förderung und Erstellung von drei neuen Quartiersgaragen mit etwa 270 Stellplätzen verdient hier uneingeschränktes Lob, reicht aber bei weitem nicht aus. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Polle.

*Ergebnisse siehe Seite 2705 D

- A **Rolf Polle SPD:*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden trotz der verbalen Ausfälle meines Vorredners diesem Antrag zustimmen.

Der SPD-Fraktion und der rotgrünen Koalition war es ein Anliegen, besonders in den älteren Wohngebieten der inneren Stadt zusätzlichen Parkraum zu schaffen. Insofern ist das, was eben gesagt wurde, völlig unzutreffend. Wir haben sehr wohl auch die Interessen von Autohaltern und Autohalterinnen im Auge gehabt. Dieses sehen Sie auch, wenn Sie in den Verkehrsentwicklungsplan schauen, den diese Regierung jetzt verwirklicht. Das ist altes rotgrünes Gedankengut, was jetzt verwirklicht wird. Es steht auf Seite 77 des Verkehrsentwicklungsplans.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich zitiere mal ein paar Sätze:

"Besonders in den älteren Wohngebieten der inneren Stadt gibt es ein merkbares Defizit verfügbarer Stellplätze im Vergleich zu den vorhandenen Kfz der Bewohnerinnen/Bewohner. Dies ist darauf zurückzuführen, dass beim seinerzeitigen Bau der Wohngebäude – anders als heute – keine privaten Stellplätze hergestellt werden mussten. Der nachträgliche Bau von Stellplätzen in Hoch- oder Tiefgaragen erfordert Platz, einen Betreiber und ist teuer. Aus diesem Grunde"

– das ist wichtig –

"werden die unrentierlichen Kosten mit Zuschüssen aus angesammelten Ausgleichsbeträgen gefördert, wenn Platz vorhanden und ein Betreiber bereit ist. Unter dieser Voraussetzung ist zu prüfen, wo verstärkt bei Stellplatzengpässen Quartiersgaragen errichtet werden können. Dies muss nachfolgend begleitet werden von Maßnahmen, die das Wohnumfeld verbessern."

B

Das ist eine umfassende und sprachlich geglückte Formulierung, die dieses Problem lösen sollte. Deswegen hat der Senat seinerzeit auch erhebliche Mittel aus der Stellplatzabgabe zur Verfügung gestellt und die entsprechenden Presseerklärungen sehen nicht anders aus als die, die jetzt verteilt wurde. Sie sind nur ein paar Jahre älter.

Insgesamt muss man aber sagen, dass es sehr bedauerndswert ist, dass die jetzige Bürgerkoalition, der Rechtsenat, das Geld ausschüttet, was unter der erfolgreichen Leitung von Bausenator Eugen Wagner seinerzeit auch für diese Zwecke angesammelt wurde. Und Sie selbst bringen den Inhalt dieses Topfes zum Versiegen. Das fügen Sie in Ihren Presseerklärungen immer in Nebensätze ein. Nach unseren Informationen sind die Abgaben aus der Stellplatzabgabe, die Einnahmen also, innerhalb von zwei Jahren um fast zwei Drittel gesunken. Sie werden also demnächst keine Stellplätze mehr bezuschussen können oder nur noch ganz kärglich. Sie wollten damit damals einen Bauboom auslösen. Davon ist in dieser Stadt überhaupt nichts zu merken. Zu merken ist nur, dass dieser Topf geringer wird.

Insgesamt muss man sagen, dass Ihr Antrag insofern einen richtigen Weg aufzeigt und deswegen werden wir ihm auch zustimmen. Allerdings sieht das Münchner Forschungsprojekt MOBINET auch anderes vor. Darin ist zum Beispiel eine Parkraumbewirtschaftung angekündigt und sie wird teilweise realisiert. Das heißt, die Bewohner müssen für das bevorrechtigte Anwohnerparken Geld

bezahlen. Würde Rotgrün das einführen, würden Sie das wieder "Abzocke von Autofahrern" nennen.

(Barbara Duden SPD: Genau!)

Wenn Sie jetzt wollen, dass MOBINET hier in Hamburg eingeführt wird, dann schlagen Sie indirekt genau das vor. Wo ist da der Unterschied?

Dann haben Sie sprachliche Formulierungen gewählt, bei denen ich nur staunen kann. Ich lese das mal vor:

„Es ist zu prüfen, ob auch für die Stadt Hamburg ein flächendeckendes Informationssystem zur Parkraumverfügbarkeit mit öffentlichem Nutzerzugriff sinnvoll ist, welches als Daten-Komponente die bestehenden heterogenen Parkraum-Datenbestände integriert und als multifunktionales Informations- und Monitoringssystem über Funktionalität der vorhandenen Parkleitsysteme hinausreicht.“

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Ekkehard Rumpf FDP)

Welch ein sprachliches Ungetüm.

Welche Zielgruppe wollen Sie mit diesem Wortgeklingel eigentlich erreichen? Das kann man einfacher ausdrücken. Ich werde es mal versuchen.

Die Autofahrerinnen und Autofahrer in dieser Stadt wollen wissen, wo sie in der Nähe parken können. Wenn sie durch den Einsatz von Telematik einen freien Parkplatz finden, ist das gut. Die Möglichkeiten eines solchen Einsatzes sollte der Senat prüfen. Hätten Sie das gesagt, würde das jeder Mensch verstehen, auch wenn er „Bild“-Zeitung liest.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Burkhard Müller-Sönksen FDP: Was soll das denn heißen?)

Allerdings wird auch ein solches Parkplatzinformationssystem die Menschen zutiefst deprimieren. Sie werden nämlich in den meisten Stadtteilen feststellen, dass es dort schlichtweg keine Parkplätze gibt. Bei uns in Eimsbüttel-Nord gibt es ein Drittel mehr Autos als legale Parkplätze.

(Wolfgang Drews CDU: Sie haben in Eimsbüttel Parkplatzvernichtung betrieben!)

Dreimal dürfen Sie raten, wo diese parken. Das wird geändert. Noch unter der rotgrünen Regierung ist zum Beispiel ein Bauwagenplatz geräumt worden, wo jetzt ein Parkhaus gebaut wird. Das haben wir durchgesetzt. Also, Ihre Scheuklappen passen in keiner Weise mehr.

Sie müssten eigentlich auch einmal in das Internet gucken, was Ihre Kolleginnen und Kollegen in Deutschland so insgesamt machen. Ihre Dortmunder Parteifreunde zum Beispiel. Die haben den Landtag aufgefordert, die Stellplatzabgabe weiterhin in vollem Umfang aufrechtzuerhalten, denn sie wollen natürlich Quartiersgaragen bauen. Der Antrag steht im Internet. In Frankfurt hat die CDU-Fraktion 2001 gefordert: Frankfurt braucht Quartiersgaragen. Was antwortet der Magistrat? Dafür stehen leider personell und finanziell keine Mittel zur Verfügung. Das gleiche Theater letztes Jahr noch einmal. Im Mai wieder diese Aussage. Also muss man sagen, den armen Leuten fehlt die Stellplatzabgabe. Sie haben ein voll gefülltes Säckel von Bausenator Wagner übernommen. Darauf können Sie jetzt bauen. Wenn der leer ist, regieren wir wieder.

C

D

A (Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herr Polle, dann ist es ja ganz einfach: Lassen wir immer eine halbe Million im Topf drin, dann kommen Sie nie wieder dran.

(Beifall bei *Christian Brandes* und *Jens Pramann*, beide *Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

Ansonsten bin ich gern bereit, Ihre stilistische Kritik an dem Antrag zu akzeptieren. Wir müssen das einmal unter den Koalitionsfraktionen besprechen. Vielleicht laden wir Sie das nächste Mal als Redakteur ein, wenn das denn die Zustimmung Ihrer Fraktion sichert.

Die Quartiersgaragen können in der Tat eine ganze Menge Probleme lösen und den Parkplatzmangel für die Anwohner reduzieren. Wenn für die Anwohner schon zu wenig Parkplätze vorhanden sind, dann erst recht für die Kurzzeitparker, die in eines der umliegenden Geschäfte gehen wollen, um kurz einzukaufen, was dann wiederum in manchen Fällen zum illegalen Zweiteiheparken führt. Wenn wir es schaffen, den Parkdruck durch Quartiersgaragen zu reduzieren, dann tun wir etwas, was allen Verkehrsteilnehmern zugute kommt. Ich möchte darauf hinweisen, dass diesem Antrag eine Große Anfrage vorangegangen ist. In dieser Großen Anfrage ist als eine Quartiersgarage auch der Burchardplatz genannt worden. Ich glaube in der Tat, dass dieses ein ganz gewaltiger Gewinn für das Stadtbild wäre, wenn wir es schaffen würden, dies zu realisieren und den Platz selbst für eine andere Nutzung freizubekommen.

(*Dr. Willfried Maier* GAL: Ich esse da immer zu Mittag!)

– Im Auto? Darüber können wir uns nachher einmal unterhalten.

Ein paar kurze Sätze, Herr Polle, muss ich dann aber doch noch ernsthaft zu dem Thema „Stellplatzablöse“ sagen. Das System, welches unter dem vorigen Senat und unter dem vorigen Senator praktiziert wurde, war in der Tat ein System der Stellplatzabzocke. Wir haben es jetzt zu einem echten System der Stellplatzablöse gemacht,

(*Barbara Duden* SPD: Oh ja!)

welches funktioniert, Einnahmen für die Stadt bringt und auch Investoren dazu anhält, Stellplätze zu bauen. Nur wird dafür niemand mehr zur Kasse gebeten, dass er etwas Bestimmtes nicht tun darf, was er eigentlich und aufgrund einer staatlichen Vorschrift tun müsste. Diese Unlogik haben wir abgeschafft und wir haben immer noch Geld im Topf, das wir weiterhin nutzen werden, auch für Quartiersgaragen. Aber nicht nur dafür. Der Senat hat gerade gestern oder vorgestern bekannt gegeben, dass 27 Millionen Euro aus diesem Sparschwein, welches angelegt wurde, jetzt endlich zum Einsatz kommen und die Verkehrssituation in dieser Stadt verbessern wird. Insofern ist dieses hier mit den Quartiersgaragen ein Beitrag auf diesem Wege und wir werden weiterarbeiten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Interesse an dieser Debatte ist verständlicherweise eher gering. Gestern noch schrieb die „taz“ hierzu,

(*Burkhard Müller-Sönksen* FDP: Wo ist denn da der Zusammenhang?)

dass dieses Thema doch offensichtlich für die Regierungsfraktion so wichtig ist, dass sie es noch vor einem möglichen Abwahantrag unter Dach und Fach bringen wollen.

(Heiterkeit bei *Barbara Duden* SPD)

Tatsächlich aber ist gestern vom Senat eine Entscheidung gefällt worden, die diese Debatte endgültig zur Farce macht, denn unter dem Titel: „Hamburg kriegt 1000 neue Parkplätze“ werden tatsächlich 300 Parkplätze in Quartiersgaragen beziehungsweise ihre Förderung zugesagt. Dazu muss ich Ihnen wirklich sagen: Schlechtes Timing, nicht wahr? Also, den Antrag einen Tag später hier in die Bürgerschaft einzubringen, ist schon etwas peinlich für Sie.

(Beifall bei der GAL – *Dr. Willfried Maier* GAL: Intervention)

Trotzdem möchte ich hier Missverständnisse ausräumen, Herr Winkler. Wir könnten dem Antrag zustimmen, sofern unser Zusatzantrag mitbeschlossen würde,

(*Bernd Reinert* CDU: Das reicht!)

weil, wie Herr Polle richtig beschrieben hat, aus dem Ganzen erst etwas wird, wenn man sich das Wohnumfeld auch gleich mit ansieht. Herr Reinert, Sie selbst haben es ja beschrieben: Der Burchardplatz soll eine Tiefgarage erhalten, um den Platz umgestalten zu können und nicht, um oben und unten wie wild zu parken.

(Beifall bei der GAL)

Der von Ihnen attestierte hohe Parkdruck in den Quartieren Hamburgs wird allgemein in den Quartieren erreicht, die die Zerstörung des Zweiten Weltkrieges glücklicherweise unbeschadet überstanden haben und die in einer Zeit gebaut und geplant wurden, in der es noch nicht selbstverständlich war, dass wir den öffentlichen Straßenraum den Autos komplett überlassen. Diese Quartiere sind es, die heute noch unsere Vorstellung von Stadtbild und richtiger Großstadt prägen und die ganz deutlich machen, dass das Auto in diesen Bereichen nicht hinreichend versorgt werden kann. Das geht einfach nicht. Wir haben in diesen Quartieren den Platz zum Autofahren und Abstellen nicht in dem Maße, wie Sie es hier gerne hätten. Deswegen lautet Ihre Lösung auch, dass jetzt Quartiersgaragen gebaut werden sollen. Diese Quartiersgaragen können allerdings nicht zu den wahren Mietkosten vermietet werden, weil dann wahrscheinlich dort kein Mensch sein Auto parken würde. Stattdessen wird hier mit 14 700 Euro pro Stellplatz subventioniert.

(*Bernd Reinert* CDU: Maximal!)

Diese maximale Förderung würde zum Beispiel bedeuten, dass man den Leuten genauso gut eine ProfiCard für die Großräume A, B und C des HVV für über 24 Jahre geben könnte. Dann stellt sich doch die Frage, ob das

D

- A nicht die nachhaltigere Lösung für Verkehrsprobleme in innerstädtischen Quartieren wäre.

(Beifall bei der GAL)

Das zweite Problem ist auch, dass diese Förderung deswegen immer unterlaufen wird, weil die Menschen gar nicht – selbst nicht zu den geförderten Mieten – in nennenswertem Maße in diese Quartiersgaragen hineingehen, sonst hätten Sie in diesen Quartiersgaragen keine Leerstände von 40 bis 45 Prozent. Die Alternative für die Autofahrerinnen und Autofahrer ist immer noch klar ablesbar. Der Stellplatz in der Straße kostet nichts und auch ein illegaler Stellplatz wird von der Polizei weitgehend geduldet.

Das bedeutet in der Konsequenz, dass Sie viel Geld ausgeben, dass aber längst nicht alle etwas davon haben. Den Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern, vor allen Dingen aber den Kindern und Senioren fehlt der für sie notwendige Platz. Kinder, schrieb die Bundesanstalt für Straßenwesen, werden in ihrer altersgemäßen Entwicklung durch die Aufteilung des Straßenraums massiv behindert. Sie verbringen weit weniger Zeit im Freien als zum Beispiel Sie, Herr Rumpf, und ich es noch in der Jugend getan haben. Sie werden dadurch in der Entwicklung ihrer motorischen Fähigkeiten behindert, ebenso in der Entwicklung ihrer Selbstständigkeit.

Es gibt noch eine zweite Gruppe Menschen, die neben dem Auto ganz wesentlich auf andere Verkehrsmittel, zum Beispiel auf das Zufußgehen und das Radfahren angewiesen ist. Das sind die Senioren in dieser Stadt. Senioren brauchen deutlich mehr Raum. Das bedeutet, dass wir für diese beiden Gruppen nur dann wirklich in der Stadt etwas tun, wenn wir die Straßenräume neu gestalten, und zwar so gerecht aufteilen, dass jede und jeder in dieser Stadt einen gerechten Zugang zum öffentlichen Straßenraum hat.

(Beifall bei der GAL)

Wir fordern daher mit unserem Zusatzantrag die Einführung einer allgemeinen Parkraumbewirtschaftung nach dem Berliner Modell,

(Ekkehard Rumpf FDP: Oh je!)

eine dauerhafte Verhinderung des wilden Parkens sowie eine umfassende Neuordnung des öffentlichen Straßenraumes, besonders zugunsten von Kindern und Senioren. Wir bitten Sie, in sich zu gehen und diesem Zusatzantrag zuzustimmen. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und bei Michael Dose SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält dann der Abgeordnete Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herr Lühmann! In Stadtentwicklungsfragen gibt es bei uns in der Tat gelegentlich die eine oder andere Übereinstimmung. Beim Verkehrsthema – und Sie begreifen es scheinbar vornehmlich als ein Verkehrsthema, was auch einer der Unterschiede zu unserem Antrag ist – sieht es schon etwas anders aus.

Wir sind uns in einem einig. Der Straßenraum, und zwar jeder Straßenraum ist zu kostbar, um Autos darauf abzustellen. Die Autos müssen im Straßenraum fahren können und auch andere Verkehrsteilnehmer müssen sich

bewegen können. Da endet die Einigkeit aber auch schon.

(Jörg Lühmann GAL: Oooh!)

Bevor ich nämlich die Nachfrage erhöhe, durch was auch immer – ich komme gleich darauf zu sprechen –, muss ich erst einmal das Angebot schaffen. Sie versuchen wieder, wie in den vier Jahren Ihrer Regierungsbeteiligung, zunächst die Nachfrage durch alle möglichen Maßnahmen zu erhöhen. Das Parken, Herr Lühmann, wird von der Polizei nicht geduldet.

(Jörg Lühmann GAL: Oh doch! – Dr. Willfried Maier GAL: Da sind sogar Poller beseitigt worden!)

– Nein, das ist nicht so. Dulden tue ich etwas, wenn ich etwas sehe und es wissentlich zulasse. Fakt ist aber, dass wir schlicht und ergreifend noch mehr Polizei auf der Straße bräuchten, um sämtliche Parkplatzsünder in dieser Stadt nachhaltig dabei zu erwischen. Dass ausgerechnet Sie das haben wollen, finden wir ja gut, aber verwundert uns an dieser Stelle sehr.

Der Weg muss ein anderer sein. Wir müssen erst das Angebot schaffen. Das tut dieser Antrag der Regierungsfractionen mit den angekündigten 27 Millionen Euro aus der modifizierten Stellplatzabgabe. Ich darf nochmals daran erinnern, seit wir an der Regierung sind, zahlt die Stellplatzabgabe nur noch derjenige, der einen Parkplatz bauen könnte, es aber nicht will. Das war ja mal anders.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das war anders auch sinnvoller!)

Die lange Zeit stattfindende Zweckentfremdung dieser Abgabe wird damit auch beendet. Jetzt wird sie ordnungsgemäß erhoben, so wie sie eigentlich mal gemeint war, und sie wird zweckgebunden für mehr Stellplätze verwendet. Wenn diese Stellplätze dann zur Verfügung stehen, können Sie Ihren Antrag nochmals stellen. Heute lehnen wir ihn ab. – Danke.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Sodann bekommt das Wort Herr Senator Mettbach.

Senator Mario Mettbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lühmann, um bei Ihrem Sprachgebrauch zu bleiben: Vielleicht werde ich ja hier meine letzte Rede in dieser Funktion vor der Neuwahl halten. Ich will die Gelegenheit einfach noch einmal nutzen, wobei ich gar nicht wusste, dass es ein Misstrauensvotum gegen den Bürgermeister gibt.

Jetzt eine ernsthafte Frage: Glauben Sie wirklich, dass, wenn wir den Menschen von den Zuschüssen für die Quartiersgaragen 24 Jahre eine ProfiCard finanzieren würden, auch nur ein einziger sein Auto deswegen abschaffen würde?

(Jörg Lühmann GAL: Das müsste man als Bedingung festsetzen!)

Das wäre nämlich die Konsequenz und das wird vermutlich nicht der Fall sein. Aber ich habe mich einfach nochmals zu Wort gemeldet, um Herrn Polle dieses oder jenes zu erwidern.

- A Herr Polle, wir bemühen uns ja in letzter Zeit darum, nicht immer deutlich zu machen oder immer zu wiederholen, was Sie in den vergangenen Jahren Ihrer Regierungsverantwortung für diese Stadt alles nicht oder falsch gemacht haben, sondern wir versuchen schon langsam herunterzufahren und uns auf die letzten zwei Jahre zu beschränken und darauf, was wir anders gemacht haben.

Nur wenn Sie uns dann die Vorlage geben und meinen, Ihre eigenen Fehler hier offenbaren zu müssen und daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass das, was wir machen, falsch ist, wenn Sie sagen, bereits im Verkehrsentwicklungsplan ist die Frage von Quartiersgaragen und auch das Ziel, diese zu schaffen, beschrieben worden, frage ich Sie allen Ernstes: Warum haben Sie es denn bitte nicht gemacht? Warum haben Sie nicht Ihr Ziel, das Sie im VEP definiert haben, auch in die Tat umgesetzt? Warum wird sich hingestellt und argumentiert: Man hätte einen Topf gefüllt, der eigentlich dafür da sei, um Stellplätze zu schaffen, die andere nicht geschafft haben, obwohl sie es eigentlich hätten machen müssen?

Es ist keine besonders gute Leistung, einen großen Topf zu hinterlassen, in dem sich Gelder angesammelt haben. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten diese 1000 zusätzlichen Stellplätze heute nicht bauen müssen, wenn sie vordem gebaut worden wären, nämlich genau aus diesem Topf. Deswegen ist es genau richtig, dieses Ziel zu verfolgen. Ich weiß nicht, was daran zu kritisieren ist, und Sie machen damit auch noch deutlich, dass Sie selber Ihre eigenen Ziele, die Sie definiert haben, nicht erfüllt haben.

- B (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich finde es auch bedenklich, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, ein neu einzuführendes Parkleitsystem unter den Voraussetzungen, wie sie genannt wurden, würde zu Depressionen führen, denn der Autofahrer würde nur feststellen, dass Stellplätze fehlten. Warum haben Sie nicht zeitgerecht dafür gesorgt, dass diese Stellplätze vorhanden sind? Warum müssen wir jetzt die Arbeit nachholen, anstatt uns auf andere Dinge zu konzentrieren? Deswegen, weil Sie nicht einmal mehr Ihre eigenen Ziele umgesetzt haben.

An dieser Stelle möchte ich auch nochmals auf das hinweisen, was meine beiden Kollegen vordem schon ausgeführt haben. Die Stellplatzabgabe selber ist sicherlich keine unsinnige Maßnahme. Aber das moderne Raubrittertum, nämlich Leute zur Kasse zu bitten, denen man vorher untersagt hat, Stellplätze zu bauen, ist nicht in Ordnung. Lediglich mit dieser Unsitte haben wir Schluss gemacht. Von daher können Sie gewiss sein, dass wir auch in Zukunft weiterhin Gelder in diesen Topf bekommen werden, die wir dann allerdings auch wieder für die Maßnahmen ausgeben werden, für die sie vorgesehen sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Polle.

(Bernd Reinert CDU: Die Spannung steigt ins Unerträgliche!)

Rolf Polle SPD:* Ja, dann und wann muss man gegen das Vergessen anreden. Ich habe hier die Presseerklärung der Baubehörde, die immer noch im Internet verfügbar ist, aber aus 2001 stammt. Bausenator war Eugen Wagner. Es steht darin:

„Weitere 47 Millionen D-Mark“

damals gab es noch keine Euros

„für P+R-Plätze, Quartiersgaragen, Verbesserung öffentlicher Verkehrsmittel: Bau P+R-Haus Bergedorf, Tiefgarage Falkenried, Tiefgarage Erikastraße, Tiefgarage Georg-Thielen-Gasse, behindertenfreundlicher Ausbau und Haltestelle Neuwidenthal, S-Bahn Haltestelle Stellingen, Haltestelle Trabrennbahn, Busumsteiganlage Wandsbek-Markt.“

(Ekkehard Rumpf FDP: Das war seine letzte Wahlkampf-Blase!)

Das sind so Sachen, die Sie wahrscheinlich vergessen haben. Das ist alles gemacht worden. Die Presseerklärung davor ist noch ein Jahr älter. Ich verzichte darauf, sie vorzulesen. Bitte wider das Vergessen: Auch unter unserer Regierung sind Tiefgaragen gebaut worden und viele von denen, die Sie jetzt in Volksdorf bauen und so weiter, sind Planungen, die in rotgrüner Zeit auf den Weg gebracht wurden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dann rücken wir das auch noch einmal gerade, Herr Polle. Wie üblich bei Ihrem Bausenator, war auch das nur eine Ankündigung.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Ingo Egloff SPD: Stimmt doch nicht!)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der GAL-Fraktion, Drs. 17/3365. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Antrag der Koalitionsfraktionen, Drs. 17/3324. Wer möchte diesen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich angenommen.

Ich komme nunmehr zur Verkündung des Wahlergebnisses.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis ist zweifelsfrei festgestellt worden. Sie können es gern draußen weiter diskutieren, bitte nicht hier drinnen. Ich verkünde jetzt das Wahlergebnis.

Bei der Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung sind 116 Stimmen abge-

- A geben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig; 115 somit gültig. Der Leitende Regierungsdirektor Martin Huber erhielt 107 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Herr Huber gewählt worden.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Umwelt und Gesundheit sind 115 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig; 114 somit gültig. Herr Christian Sowada erhielt 97 Ja-Stimmen bei acht Nein-Stimmen und neun Enthaltungen. Damit ist Herr Sowada gewählt worden.

Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 42, Drs. 17/3201, Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode
– Drs. 17/3201]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Zuckerer hat das Wort.

Walter Zuckerer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Oh!

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das war schon der erste Fehler! – Dr. Andreas Mattner CDU: Den Redenschreiber sollten Sie rausschmeißen!)

- B Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute zum zweiten Mal über einen monströsen Skandal, der die Freie und Hansestadt Hamburg erschüttert hat. Und zum zweiten Mal deswegen und erst heute, weil die Koalition den Vorschlag der Opposition, eine frühe Sondersitzung der Bürgerschaft zu machen, verweigert hat.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das geht verfassungsrechtlich nicht! – Gegenruf Dr. Andrea Hilgers SPD: Natürlich geht das!)

Das Manöver, das Sie da gefahren haben, nämlich die politische Normalität zu inszenieren und deswegen die Befassung eines Antrags auf Auflösung der Bürgerschaft zu verzögern, war nicht von besonderer politischer Raffinesse. Es war ziemlich durchsichtig und es war ziemlich peinlich. Lassen Sie sich das dann auch in aller Deutlichkeit sagen: Es hatte keinen politischen Stil. Aber politische Stillosigkeit und Peinlichkeiten kennzeichnen ja auch die letzten zwei Jahre Ihrer Regierung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Von der demokratischen Streitkultur halten Sie ziemlich wenig, meine Damen und Herren von der Koalition. Aber was Sie inzwischen wirklich gut können, ist, sich in der Arroganz der Macht zu gefallen. Das ist zwar nicht hanseatisch und gefällt eigentlich niemanden, aber Sie trainieren es.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber alle Demonstration der Routine und der geschäftsmäßige Übergang zur Tagespolitik und alles, was Sie da so veranstalten, die ganze taktische Blendung, kann über eines nicht hinwegtäuschen: Herr von Beust, es ist so, dass sich diese Stadt in einer politischen Krise befindet und dass sie nicht zu Ende ist, was auch immer Sie darüber erzählen wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Schill ist entlassen, Wellinghausen ist entlassen und Nockemann ist zum Innensenator gewählt worden. Die Schill-Partei hat dem Ersten Bürgermeister Treue geschworen. Die FDP hat erklärt, dass sie koalitionstreu ist. Was sie immer ist, solange sie nicht in eine andere Koalition wechseln kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Sie sind ja keine Alternative! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist keine Liebeserklärung!)

Und nun kommt irgendwie das große Vergessen oder das große Vergessen soll organisiert werden. Nichts ist gut. Man kann Schill viel vorwerfen, aber eines nicht. Er ist nicht allein verantwortlich für die Beschädigung des Ansehens unserer Stadt, international und national. Den Versuch der politischen Erpressung kann man ihm persönlich zurechnen, aber was ist mit allem anderen in den letzten zwei Jahren? Waren nicht die CDU und die FDP ständig da, sahen sie zu, haben sie nicht alles geduldet?

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ach!)

Und jetzt soll es vergessen werden. Herr von Beust, meine Damen und Herren Senatoren, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion und insbesondere der FDP-Fraktion, Sie müssen heute nur eine ganz einfache Frage vor dieser Stadt beantworten, nicht vor uns: Wer trägt eigentlich für all das, was geschehen ist, die politische Verantwortung? Die einzige Antwort, die man darauf geben kann, ist: Sie alle tragen sie mit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Degradierung des Zweiten Bürgermeisters Schill zum Hinterbänkler macht Ihre Fehler nicht wieder gut. Und der Skandal im Skandal ist, dass Sie sich aus der politischen Verantwortung klammheimlich verabschieden wollen. Selbst die Schill-Partei will das, als ob sie niemals eine Schill-Partei gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man kann Schill auch vieles mehr vorwerfen, aber wo er Recht hat, hat er auch Recht.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ui!)

Dann muss man Ihnen vielleicht einiges vorhalten und Sie an einiges erinnern. Er hat Recht. Diese Koalition kam nur durch ihn zustande und sie ist seine Konstruktion. Sie mögen es nicht hören wollen, aber die CDU und FDP sind nur die Trittbrettfahrer des erfolgreichen Rechtspopulisten Schill gewesen und sie sind es heute noch.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Und die SPD ist die Mutter von Schill!)

Das alles hatte seinen politischen Preis. Es wäre ja nicht besonders unerträglich, wenn die Koalition diesen Preis nur alleine zahlen müsste. Das Problem ist, dass die ganzen Bürger dieser Stadt ihn mitzahlen müssen und mitbezahlt haben. Damit sind wir bei dem, um was es hier heute eigentlich geht. Wir sind bei schlichten Fragen der Macht und dann kommen wir zum Punkt der Macht.

(Rolf Harlinghausen CDU: Sie haben den Abschied von der Macht immer noch nicht verkräftet!)

- A Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat diese Koalition als den Bastard unter den deutschen Landesregierungen bezeichnet. Das ist hart. Es ist selbst nicht zur Freude einer Opposition, aber es gibt kein Argument gegen diese Einschätzung.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren von der FDP, es ist kein Bürgersenat. Es ist ein Bastard und Sie sind dabei.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die zweite einfache Frage, die Sie der Stadt beantworten müssen, lautet: Warum wollen Sie diese Koalition weiterführen?

(Glocke)

Warum wollen Sie diese Koalition weiterführen?

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Weil sie gut ist!)

Warum wollen Sie diese Bastardkonstruktion weiterführen?

(Zurufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich der Redeweise dieses Hauses anzupassen.

Walter Zuckerer (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Es ist zu einfach, sich auf den Wählerauftrag zu berufen. Die Wähler wählen für vier Jahre. Das ist richtig.

B

(Ekkehard Rumpf FDP: Genau!)

Aber der Wählerauftrag war noch nie ein Blankoscheck und er ist schon gar keine Vollmacht für Parteien, die in Umfrageergebnissen schlechte Werte haben,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: München! – Bernd Reinert CDU: Bayern!)

für ihre Wiederwahl möglichst gut an den Sesseln zu kleben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es ist auch richtig, dass Neuwahlen die Ausnahme sein sollten. Neuwahlen sind in der Regel dann notwendig,

(Karen Koop CDU: In Berlin! – Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: In Berlin, da haben Sie Recht!)

wenn eine Regierung keine Mehrheit hat. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als zusammenzuhalten. Aber wir reden hier nicht über die Regel, wir reden hier über die Ausnahme.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Walter Zuckerer (fortfahrend): Nein.

Hier in Hamburg wurden alle Regeln der politischen Vernunft und des politischen Anstandes und der politischen Ehre verletzt. Wir haben einen Skandal, der nicht nur eine Regierungskrise ausgelöst hat, sondern einen der größ-

ten Skandale, den es im politischen System der Bundesrepublik Deutschland jemals gegeben hat, und davon können Sie nicht ablenken.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der einzige anständige Weg aus dieser Krise sind Neuwahlen und sonst nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wie wir hören und auch lesen durften, wird sich die Schill-Partei in Zukunft RO nennen. Das kann man als interessanten Etikettenschwindel abtun, aber das ist nicht das Problem.

(Karen Koop CDU: Das ist Ihr Problem!)

Ist die Schill-Partei deswegen weniger Schill als vorher? Das ist das Problem. Hat sich die Schill-Partei eigentlich jemals von Schill distanziert? Hat sie sich jemals gegen irgendetwas gewandt, was er gesagt und getan hat? Wenn Schill sich außerhalb des demokratischen Sektors stellte, wo war dann eigentlich die Schill-Partei? Hat die Schill-Partei eigentlich länger als eine knappe Woche etwas Distanz zu Schill gehalten? Und was ist eigentlich jetzt? Schill ist nach wie vor der Landesvorsitzende der Schill-Partei. Schill ist nach wie vor Mitglied der Schill-Fraktion. Schill ist da und, meine Damen und Herren, Sie haben Schill nicht aus Ihrer Fraktion ausgeschlossen. Deshalb muss ich Ihnen sagen, dass es keine politische Reinigung und auch kein politisches Aufräumen gegeben hat. Es ist, wie es war.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sie sind in der Opposition!)

Ich möchte hier sehr offen sagen, als Mensch verdient Schill eine zweite Chance, aber ich sage genauso, als Politiker darf ihm keine zweite Chance gegeben werden.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wer meint, sie ihm geben zu können oder zu müssen und dabei mitmacht, der behauptet eigentlich, dass dieser Skandal kein Skandal war und dass politische Erpressung eine Bagatelle ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: So viel Schwachsinn auf einem Haufen!)

Ich sage dann in Richtung CDU und FDP: Und Sie wollen weitermachen wie bisher? Dann fragen Sie sich, was Sie damit tun.

(Rolf Harlinghausen CDU: Noch besser arbeiten!)

Es ist ziemlich schamlos und skrupellos, aber man kann ja nach diesem Skandal einfach nach der Devise regieren: Ist der Ruf erst ruiniert, regiert es sich ziemlich unge- niert, und das ist er ja.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie sind ein schlechter Verlierer!)

Man kann in dieser Stadt auch nach der Devise regieren, der Zweck heiligt alle Mittel, aber das war noch nie die hanseatische Tradition, aber das schert Sie ja nicht.

Meine Damen und Herren! Darf ich Sie fragen, wie denn Ihr Regierungsprogramm der nächsten Monate oder so- gar der nächsten zwei Jahre aussehen wird.

A (Rolf Harlinghausen CDU: Wunderbar!)

Was kann es denn eigentlich sein? Im Wesentlichen doch ein Mehrheitsbeschaffungsprogramm für die FDP und die Schill-Partei, das Sofortprogramm zum weiteren Machterhalt und zum Ausbau für die CDU. Das ist alles verständlich. Es ist ja auch die letzte Chance für diese Koalition. Aber es geht in Hamburg nicht um die letzte Chance dieser Koalition, es geht um die Zukunftschancen Hamburgs.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Elke Thomas CDU: Dann wollen wir mal abwarten!)

Herr von Beust, Sie haben die Richtlinienkompetenz als Erster Bürgermeister, aber Sie können derzeit und in Zukunft keine einzige geheime Abstimmung riskieren. Sie werden keinen einzigen Senator mehr auswechseln können. Sie haben immer noch eine parlamentarische Mehrheit in offenen Abstimmungen, aber Sie haben keine politische Legitimation.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben gelacht, Herr Bürgermeister, und deshalb sage ich Ihnen, was politische Legitimation ist.

(Bernd Reinert CDU: Das müssen Sie mal erklären! – Rolf Harlinghausen CDU: Dann müsste Schröder längst im Exil sein!)

Nach diesem Skandal hält man in Hamburg und in der Republik nahezu alles für möglich, jeden weiteren Skandal. In dieser Stadt, meine Damen und Herren, herrscht keine Aufbruchstimmung, sondern in weiten Teilen ein ziemlich zynisches Klima.

B (Stefan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Bei der Opposition!)

Anything goes, nichts ist unmöglich und sogar die Manipulation der Kriminalstatistik wird auf der Straße nicht ausgeschlossen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auf dieser Grundlage kann man die Freie und Hansestadt Hamburg nicht in die Zukunft führen und man sollte es selbst dann nicht, wenn man die Mehrheit noch hat.

(Zuruf von der CDU: Sie schon gar nicht!)

Meine Damen und Herren! Wir sind aufgefordert worden, unseren Antrag auf Auflösung des Parlaments zurückzunehmen. Wir tun es nicht.

(Zuruf von der CDU: Das brauchen Sie nicht! – Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Spielverderber!)

Neuwahlen sind für die Sozialdemokraten eine Frage der politischen Ehre

(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Die haben Sie noch nie gehabt!)

und der demokratischen Kultur. Wir fordern von Ihnen, dass jeder Einzelne namentlich erklärt, ob er diese politische Mesalliance fortsetzen will,

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Es gibt ja keine Alternative! Sie sind keine!)

ob ihm das taktische Machtkalkül wichtiger ist als das Ansehen und die Zukunft dieser Stadt.

C Wie auch immer das heute ausgeht, diese Koalition wird in keinem Fall die nächsten Wahlen überstehen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Flasche Schampus! – Rolf Harlinghausen CDU: Kiste Schampus!)

So brauchen wir uns heute nicht zu streiten, denn abgerechnet wird vor der hanseatischen Geschichte, und ich sage Ihnen, diese Koalition wird eine Episode der hanseatischen Geschichte sein und dafür lege ich die Hand ins Feuer.

(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Verbrennen Sie sich nicht! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Nicht verbrennen! – Dr. Michael Freytag CDU: Eher singt Guido Horn an der Staatsoper!)

Sollte das nicht der Fall sein, wird kein Walter Zuckerer hier mehr als Fraktionsvorsitzender der SPD stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zuckerer, das war in einigen Passagen, wie ich finde, eine schlimme Rede.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Aber die letzte Rede vor dem Antrag!)

Sie haben uns zu Anfang des Tricksens bezichtigt. Ich sage Ihnen dazu, dass wir eine intensive, kontroverse, aber eine sehr sachliche Diskussion im Ältestenrat hatten. Sie haben schlichtweg Ihren Antrag einen Tag zu spät abgegeben und das steht eben für unprofessionelle Oppositionspolitik.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Rose-Felicitas Pauly FDP: So ist es!)

Für Sie können wir nicht die Verfassung und Geschäftsordnung brechen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das stimmt leider so nicht!)

Herr Zuckerer, ich werde nachher noch einmal auf Sie persönlich eingehen. Sie mühen und plagen sich für die SPD, aber Ihre eigene Fraktion, sprich Partei, lässt Sie in vielen Fragen, wie wir heute in der Aktuellen Stunde gesehen haben, einfach im Stich.

In Artikel 24 unserer Verfassung steht im ersten Absatz:

"Die Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie."

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Soweit der Anspruch!)

Und im zweiten Absatz:

"Sie hat die ständige Aufgabe, die Kritik am Regierungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten. Sie ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit."

Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD wird nach unserer Auffassung dem Anspruch dieser Magna Charta der Opposition zurzeit überhaupt nicht gerecht.

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Noch nie hat eine Oppositionspartei in diesem Hause nach Stellung eines Antrags auf Neuwahlen einen dermaßen desolaten Eindruck gemacht wie Sie, die SPD. Alle Hamburger konnten in den letzten Wochen miterleben, wie Sie chaotisch und führungslos agierten. Allen Hamburgern haben Sie auf eindrucksvolle Weise bewiesen, dass Sie nicht den Anspruch der politischen Alternative zur Regierungsmehrheit ausfüllen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Ingo Egloff SPD*: 26 Prozent, Herr Schira!)

Was mussten wir erleben? Wir mussten eine bunte Mischung Namen für Ihren Bürgermeisterkandidaten erleben, ungefragte Kandidaturen, Eitelkeiten eines von der SPD zutiefst verletzten Ex-Bürgermeisters und Olaf Scholz, der von Ihnen in den letzten Tagen vor dem Ende jahrzehntelanger sozialdemokratischer Herrschaft in unserer Stadt gleichsam gefeiert wurde und dem von Ihnen bei seiner Wahl zum Senator erst einmal ein ordentliches Paket Nein-Stimmen verpasst worden ist.

Ihr Parteivorsitzender wollte bis zum Schluss alles für sich offen halten und jetzt, als gar nichts mehr ging in der Hamburger SPD, erklärte er, er wolle seine erfolgreiche Arbeit in Berlin fortsetzen. Was für ein Glück für Sie, was für eine Drohung an alle Bundesbürger.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

B Sehr geehrter Herr Zuckerer! Ich sagte schon zu Anfang, dass Sie einem richtig Leid tun können. Trotz allen politischen Streits schätzen wir Sie. Als eigentlicher Oppositionsführer sind Sie ein natürlicher Kandidat für den Job des Spitzenkandidaten. Ihre Fraktion, Ihre Partei hat Sie offensichtlich nicht einmal gefragt. Im Gegenteil. Ihr Fraktionskollege, Dr. Petersen, möchte gerne Bürgermeisterkandidat werden und ärgert jetzt Herrn Mirow auf gemütlichen Kreisabenden der SPD so sehr, dass dieser mit ihm, seinem Parteigenossen, noch nicht einmal auf einem Podium sitzen möchte. Und wenn dies nicht peinlich genug ist, dann gibt es obendrein die Rache des Dr. Voscherau. Der bisher vorletzte sozialdemokratische Bürgermeister in der Geschichte unserer Stadt rechnet jetzt gnadenlos mit seiner Partei ab. Rund 150 Funktionäre würden ihn seit Jahrzehnten bekämpfen.

Frau Duden aus der SPD-Fraktion hat ihn als Wandsbeker Kreisvorsitzenden noch nicht einmal angerufen. Mit warmen Worten hat er auch den SPD-Kollegen Dobritz bedacht. Der hätte eine ganz besondere Begabung zu freundschaftlichen Anmerkungen, was ihn, Herrn Dr. Voscherau, angeht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Irgendwie ist dies alles peinlich und man möchte es eigentlich gar nicht so ausbreiten. Aber, worum geht es denn hier? Sie, die SPD, hat hier einen Neuwahlantrag gestellt, eine Partei, in der sich solche Dinge abspielen. Man darf schon einmal anmerken, wie es um den Antragsteller SPD politisch, inhaltlich und personell aussieht,

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Zehn-Punkte-Programm jetzt!)

unabhängig davon, dass Sie immer noch keinen Spitzenkandidaten haben. Wie sehen Ihre inhaltlichen Alternati-

ven zur Arbeit der Bürgerkoalition aus? Hier möchte ich mich auf ein Mitglied unseres Hauses berufen, das völlig unverdächtig ist, dem Bürgerserrat nahe zu stehen. Unser verehrter Kollege, Dr. Maier von der GAL, sagte heute gegenüber dem "Hamburger Abendblatt":

"Die Sozialdemokraten sind nicht gut aufgestellt, und zwar nicht, weil sie noch keinen Spitzenkandidaten haben, sondern weil sie programmatisch nicht festgelegt sind. Die SPD wolle für alles mögliche Geld ausgeben – für Polizei, Lehrer und vieles mehr. Das gebe der Haushalt aber nicht her. Alles geht nicht, deswegen läuft die SPD Gefahr, bei einer Regierungsübernahme schnelle Enttäuschungen zu produzieren."

(*Michael Neumann SPD*: Das ist die Rede von Herrn Freytag! – *Dr. Willfried Maier GAL*: Dazu habe ich schon etwas gesagt!)

Sehr geehrter Herr Dr. Maier, in dieser Angelegenheit haben Sie vollkommen Recht. Sie haben alles Wichtige dazu gesagt. Dies kommentieren wir nicht weiter.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es sollte doch auch bei der Opposition, insbesondere bei der SPD, um die großen und kleinen Zukunftsfragen unserer Stadt gehen. Stattdessen geht es bei Ihnen um Funktionäre, Kreisversammlungen und beleidigte Ex-Bürgermeister. Das ist nicht gut für Hamburg und belegt, dass Sie wahrlich keine Alternative zum Bürgerserrat sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mir ernsthaft keinen Hamburger vorstellen, außer vielleicht 150 Funktionäre der SPD, der diese Opposition wieder im Senat sehen möchte.

(*Farid Müller GAL*: Hier sitzen welche!)

Eines haben Sie in den vergangenen Wochen auch dem letzten Hamburger klar gemacht: Sie sind noch lange nicht so weit, Sie haben nach über 40 Jahren Dauerherrschaft mit sich selbst am meisten zu tun und Sie müssen sich Opposition erarbeiten. Sie haben bis heute keinen Spitzenkandidaten als Alternative zu unserem Bürgermeister Ole von Beust. Man hat den Eindruck, Sie nehmen Ihren eigenen Antrag auf Neuwahlen nicht ernst.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dieser Bürgerserrat unter der Führung von Bürgermeister Ole von Beust hat bisher eine hervorragende Arbeit geleistet. Die Bürgerkoalition hat eine feste und verlässliche Mehrheit im Parlament. Die CDU, die Partei Rechtsstaatlicher Offensive und die FDP arbeiten hart und erfolgreich für Hamburg. Es gibt noch genügend zu tun für unsere Stadt und deshalb wollen wir dieses Erfolgsmodell mit unserem Bürgermeister Ole von Beust fortführen und wir werden es fortführen. Wir sagen ja zu diesem vom Wähler gewollten Senat und wir sagen deshalb nein zu Ihrem nicht ernst gemeinten Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Müller.

- A **Stephan Müller** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zuckerer, ich möchte Sie bitten, wenn Sie in Ihren vorangegangenen Reden permanent von Anstand und Ehre sprechen, zukünftig auch Ihre Wortwahl etwas zu überdenken. Wenn Sie uns hier andererseits unterstellen, wir würden bei der verfassungsgemäßen Zustellung Ihres Antrages in irgendeiner Form tricksen, so kann ich das nur unterstreichen, was mein Kollege, Herr Schira, gesagt hat: Sie haben ihn schlicht und ergreifend zu spät geschrieben.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Herr Schill hat seine Presseerklärung zu spät gemacht! Das ist das Problem!)

Es ist eine Frechheit, hier zu behaupten, wir hätten da irgendetwas getrickst. In einer Sache haben Sie natürlich vollkommen Recht, das unterschreibe ich Ihnen sogar: Diese Regierung existiert, weil es einen Ronald Schill gegeben hat,

(Christian Maaß GAL: Da sitzt er!)

aber ein Ronald Schill selbst hat auch immer wieder betont, dass es ihn in der Politik gegeben hat,

(Dr. Willfried Maier GAL: Warum reden Sie in der Vergangenheitsform?)

weil Sie eine desolante Politik in der Inneren Sicherheit hingelegt haben. Das ist doch gar keine Frage.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

- B Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen in der Partei läuft, lieber Herr Zuckerer. Bei uns herrscht Demokratie.

(lachen bei der SPD)

Bei uns ist jemand so lange Landesvorsitzender, bis ein Landesparteitag etwas anderes entscheidet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

Bei uns ist jemand Fraktionsmitglied, weil die Menschen ihn dazu gewählt haben und er ein freies Mandat hat. Das ist sein gutes Recht, nein, es ist auch seine gute Pflicht, hier zu sein und zu sitzen und für diese Hamburger weiter Politik zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei Dr. Michael Freytag und Frank-Thorsten Schira, beide CDU)

Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause alle darüber einig, dass sich diese Koalition tatsächlich in schwerer See befunden hat. Festzustellen ist aber auch, dass genau diese Koalition, aber insbesondere auch unsere Fraktion, diese Krise in einer sehr professionellen Art und Weise gemeistert hat.

(Rolf Kruse CDU: Das ist wahr! Gemeistert hat!)

Noch bevor Sie in der Lage waren, Ihren Antrag zu schreiben, hat unsere Fraktion der Öffentlichkeit bereits einen neuen Innensenator und einen neuen Staatsrat vorgestellt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Lieber Herr Neumann, das zeigt doch ganz offensichtlich, dass dieser Senat in der Lage ist,

(Michael Neumann SPD: Da wusste Herr Nockemann vorher wohl schon mehr!)

auch in Krisen vernünftig zu arbeiten, und bis dato ist hier vernünftig gearbeitet worden und es gibt nicht den geringsten Anlass, hier Neuwahlen herbeizuführen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Aber, Herr Zuckerer, Sie haben es eigentlich gar nicht ungeschickt gemacht. Sie haben natürlich immer auf uns beziehungsweise auf die anderen gezeigt. Ich nehme Ihnen das auch gar nicht übel, das ist die Aufgabe der Opposition.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das macht Herr Schira ganz anders!)

Eine Aufgabe ist es allerdings auch – das haben wir hier von Ihnen seit Tagen, Wochen, eigentlich schon seit zwei Jahren nicht mehr gehört –, den Menschen programmatische und auch personelle Alternativen aufzuzeigen. Da hat uns die Opposition seit Tagen und Wochen ein Schauspiel geboten, welches wirklich seinesgleichen sucht.

Auf das Programmatische möchte ich als Erstes eingehen. Sie haben uns ein sensationelles Zehn-Punkte-Sofortprogramm zur Rettung unserer Stadt auf den Tisch gelegt. Diese Punkte waren inhaltlich genauso dünn wie das Papier, auf dem sie geschrieben waren.

(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Für Hintertupfingen hat es gereicht!)

Als wir Sie im Vorwege angesprochen haben, Herr Zuckerer, was diese zehn Punkte enthalten sollten, sagten Sie uns, das wüssten Sie noch nicht, die müssten Sie noch erarbeiten, aber dass es zehn sind, da waren Sie sich schon sicher.

(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Mehr haben sie nicht!)

Warum eigentlich zehn? Ich weiß es auch nicht. Zehn Gebote? Ich habe keine Ahnung.

Kommen wir zur Kandidatensuche oder – anders gesagt – wer will noch mal, wer hat noch nicht. Die Medien haben Ihnen – Gott sei Dank – zum Teil die Arbeit abgenommen und Ihnen für Sie Kandidaten vorgeschlagen. Darunter waren Henning Voscherau, Thomas Mirow, Olaf Scholz, Sie, Walter Zuckerer, und Sie, liebe Frau Präsidentin. Sie sind dann auch über jedes Stöckchen gesprungen, das man Ihnen hingehalten hat, das war wirklich amüsant. Henning Voscherau musste wieder einmal erkennen, dass sich seine alte Partei nicht geändert hat und er hat sich entsprechend in den Medien beklagt. Sie hätten ihn auch noch öfter bitten können, ob er nicht diesem Amt zur Verfügung steht. Aber das kennen wir von 1997: Voscherau wollen, Runde bekommen. Eine echte Erfolgsstory, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Frau Dr. Stapelfeldt hat für sich erkannt, dass dieses Spiel nur ihr Amt beschädigt. Sie hat sich sinnvollerweise schnell aus dieser Diskussion zurückgezogen. Walter Zuckerer, als Fraktionsvorsitzender immerhin mit gewis-

A sen Ansprüchen auf dieses Amt ausgestattet, wurde gar nicht erst gefragt. Das mag auch an der Erkenntnis liegen, dass es Bayern in Hamburg noch nie ganz einfach hatten. Und der allseits beliebte Olaf Scholz hat in Hamburg reichlich Scherben hinterlassen und möchte erst einmal in Berlin weiter Porzellan zerschlagen.

(*Tanja Bestmann SPD*: Welche Ansprüche hat denn Herr Dr. Freytag?)

Der als sehr extrovertierte bekannte Thomas Mirow warf frühzeitig seinen Hut in die Runde und möchte nun Bürgermeister der Herzen werden, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Jede Ähnlichkeit mit Ortwin Runde ist rein zufällig. Thomas Mirow war auch immer derjenige, der bei den Fehlentscheidungen im Vorgängersenaat am lautesten protestiert hatte.

(*Werner Dobritz SPD*: Sie sind ein Spinner! – Lachen bei der SPD und der GAL – Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Ehlers!

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Herr Ehlers, fast hätte ich Sie jetzt verdächtigt, aber ich tue es nicht. Den Ordnungsruf bekommt Ihr Kollege, Herr Dobritz.

B **Stephan Müller** (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Dann kam noch jemand – er ist gerade zur Tür hereingekommen, ich hatte schon befürchtet, dass er heute nicht kommt –, der sagte sich, was mein Großvater konnte, kann ich schon lange. Herr Dr. Petersen, übernehmen Sie sich da nicht ein kleines Stückchen? Verwandtschaft in der Politik ist – weiß Gott – keine Referenz.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Mein Vater ist Vizepräsident in der Bürgerschaft und ich will nicht Bundeskanzler werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Dass es hier so lustig ist, liegt daran, weil wir die Ernsthaftigkeit Ihres Antrags erkannt haben. Das Wichtigste haben Sie überhaupt vergessen, Sie brauchen doch ein Schattenkabinett. Weil wir dazu von Ihnen nichts gehört haben,

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Ja, viel Schatten!)

habe ich mir einmal Gedanken gemacht, wie denn solch ein Schattenkabinett, natürlich unter Einbeziehung der GAL, aussehen könnte. Da kam ich für die Position des Innensensors auf den stets sachlichen, gut informierten, wahrheitsliebenden Michael Neumann, Bau und Verkehr: Eugen Wagner – der hat das schon immer gemacht –,

(Heiterkeit bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Bildung und Sport: Christa Goetsch – dann bleibt kein Kind mehr in der Schule sitzen, kommt schnell heraus aus der Schule, damit es der PISA-Studie nicht mehr zur

Last fällt –, Justiz: Wolf-Gerhard Wehnert, damit Zellen zu Parzellen werden,

(Heiterkeit und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Finanzen – dieses Ressort ist tatsächlich nur mit einem gewissen Grad an Ironie und Sarkasmus zu ertragen –: Herr Walter Zuckerer, Soziales: Britta Ernst, damit die sozialen Hiobsbotschaften aus Berlin zukünftig kurze Wege haben,

(Heiterkeit und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Kultur: Dr. Maier, weil sich niemand so schön in Szene setzen kann wie er, Gesundheit: natürlich Dr. Petersen, damit auch Thomas Mirow wieder mit ihm spricht,

(Heiterkeit bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wissenschaft: Christian Maaß, weil er als Einziger tatsächlich noch als Student durchgehen würde,

(Heiterkeit und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

und Wirtschaft, meine Damen und Herren, Erhard Pumm, weil er es als Einziger immerhin geschafft hat, auf dem Zweiten Arbeitsmarkt für Vollbeschäftigung zu sorgen.

(Heiterkeit und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Zugabe! Zugabe!)

Meine Damen und Herren! Nun seien Sie ehrlich, Sie hatten doch noch nie so viel Angst wie heute, dass wir D Ihrem Antrag wirklich zustimmen könnten.

(Heiterkeit und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich möchte mit folgenden Worten abschließen: Sie wollen diesen Antrag nicht, wir wollen ihn nicht, die Menschen in dieser Stadt wollen Sie nicht, ziehen Sie ihn doch einfach zurück. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Uwe Grund SPD*: Probiere es doch mal aus!)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Goetsch.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Jetzt tief Luft holen!)

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vom Weihnachtsmärchen wieder in die Realität zurück.

(Oh-Rufe bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Karl-Heinz Ehlers CDU*: Ausgerechnet Sie Märchentante!)

Der Zustand der Koalition ist nach unserer Auffassung auch seit dem Rauswurf von Schill unverändert.

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Das haben wir eben schon gehört!)

Sie haben alle weiterhin Angst vor Schill und das bestimmt die Politik. Da nützt es wenig – auch eben die Versuche von Herrn Müller nützen nichts –, zum Beispiel

A krampfhaft eine Namensänderung zu versuchen. Das artet aus beziehungsweise treibt Blüten bis dahin, dass man beispielsweise während der Debatte am Tag der offenen Tür sagt, bitte sagen Sie doch nur, ich bin Aktive der Bürgerschaft, ohne Nennung der Partei. So weit es schon gekommen. Das sind die Absetzbewegungen.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Sie haben ihn zwar nicht mehr vor sich sitzen, aber er sitzt hinter Ihnen und er wird Ihnen auch noch von hinten auf die Pelle rücken.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Wir zittern schon!)

Herr Schill ist weiterhin Landesvorsitzender seiner Partei mit der Gefolgschaft in der Fraktion – das können Sie gar nicht leugnen –, weiter der Hüter der reinen Lehre und auch anscheinend der Heilsbringer. Er wartet doch auf der Hinterbank nur auf seinen Einsatz. Es wurde hier versucht, ihn tot zu reden. Schill lebt, er klatscht, er ist da.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie alle sind vor der Presse auf Distanz gegangen, aber Sie tragen ihn mit. Sie haben ihn nicht aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Gegenteil. Herr Frühauf hat ihn, den neuen Abgeordneten, letztes Mal in der Bürgerschaft mit Handschlag begrüßt nach dem Motto: Ronald, wie schön, dass du wieder da bist.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ich habe Sie auch einmal begrüßt! Ich habe sogar Sie begrüßt!)

B Und Herr Mettbach, er saß doch bei dem Theater, bei dieser unerträglichen Pressekonferenz, dabei. Er hat dabei geduldet, dass weiter und weiter Schmutzkübel ausgegossen werden konnten. Unter Distanzierung verstehe ich etwas anderes.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage.

Christa Goetsch (fortfahrend): Nein.

Die anderen Fraktionen sind vielleicht ein wenig distanzierter, aber sie führen das Bündnis fort als sei nichts gewesen,

(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das Bündnis der Vernunft!)

allen voran der Erste Bürgermeister. Erst einmal hat er Herrn Mettbach – als Konsequenz aus dieser Pressekonferenz – zu seinem Zweiten Bürgermeister gemacht und mit dem Schill-Schüler Nockemann gleich noch einen Innensenator nachgezogen. Das nenne ich: Konsequenzen aus dem Skandal ziehen.

Warum dieses verkrampfte Gehabe bei der Koalition?

(Elke Thomas CDU: Sie sind doch verkrampft, nicht wir!)

Den Versuch zur Distanzierung kann ich noch nachvollziehen und dass Sie für dieses eklige Verhalten Herrn Schill hinauswerfen, ist auch klar. Dass Sie am liebsten nichts mehr mit ihm tun haben wollen, Herr von Beust, kann ich auch verstehen, aber warum trennen Sie sich dann nicht von ihm?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aus Dankbarkeit, weil er Sie zu dem gemacht hat, was Sie jetzt sind? So viel Ehre hat der Mann doch gar nicht verdient.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Dann reden Sie nicht so viel über ihn!)

Oder hat es mit Abhängigkeit zu tun, letztendlich mit einem unberechenbaren Kantonisten? Ich weiß gar nicht, Herr von Beust, wie Sie diese Tortur hier immer von Angesicht zu Angesicht aushalten. Sie sind der Meinung, Sie hätten ihn ins Abseits geschickt, vom Richter Gnadenlos zum Senator Bodenlos und dann zum Ex-Senator Bedeutungslos. Jetzt ist er aber hier, der Feierabendparlamentarier, der nichts mehr zu sagen hat – angeblich, Appendix, aber das funktioniert so nicht.

Der Mann ist ein Dampfkessel und er wird auch einmal überkochen. Dann müssen Sie, Herr von Beust, die Suppe auslöffeln.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, ich würde gern wissen – auch von Herrn Schill –, wie das eigentlich mit diesen falschen Vorurteilen ist. Sie und Ihr Finanzsenator haben Vorschläge gemacht, qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen, aus Osteuropa, aus China, aus Indien. Wie passt das in das Sicherheitskonzept und wie will er das seinen Wählern verklickern, Stichworte "Wohlstand" und "Frühstück".

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Reden Sie mal zum Thema!)

Wie wollen Sie, Herr von Beust und die Kollegen der CDU und FDP, diesen Spagat schaffen: In der Innenbehörde stehen die Lampen auf Rot, auf Abschiebung, und auf der anderen Seite halten Sie Reden mit Visionen? Wie wollen Sie das schaffen?

Sie haben gerade in der letzten Debatte so viel Wert darauf gelegt,

(Elke Thomas CDU: Das ist doch einfach nicht wahr!)

als Sie sagten, es ginge nicht um Worte, sondern um Taten. Ich bin gespannt, welche Taten Sie im Bundesrat schaffen und wie Sie die Blockade in Ihrer eigenen Partei überwinden werden, dem Zuwanderungsgesetz nicht zuzustimmen. Ich warte auf Ihre Taten und bin gespannt, wie Sie das mit Ihrer Koalitionsfraktion hinbekommen wollen. Wenn Sie sagen, die Worte seien nicht so wichtig, es würden Taten folgen, dann muss man natürlich auch fragen, ob Ihre Rede von vorgestern schon Schall und Rauch ist oder ob Sie, Herr von Beust, den liberal-konservativen CDU-Wählern vielleicht nur deutlich machen wollten, dass Sie sie bei der Stange halten. Die Liaison mit der Schill-Partei ist für echte Liberal-Konservative in den letzten Jahren schon eine Qual gewesen.

(Dietrich Wersich CDU: Das können Sie doch gar nicht nachvollziehen!)

Es stellt sich weiterhin die Frage, wie Sie mit Herrn Schill umgehen wollen, denn einer von Ihnen wird letztendlich der Gelackmeierte sein. Diese Situation wird sicher wieder kommen. Neuwahlen wären die saubere, die einzig

C

D

- A richtige Lösung gewesen, für Hamburg sowieso und für Sie letztendlich auch.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD – *Dr. Michael Freytag CDU*: Das hebt uns jetzt wirklich nicht aus den Angeln!)

Sie hatten nicht den Mut, Herr von Beust, die einzige richtige Lösung, den einzig richtigen Schritt zu machen. Sie stehen jetzt mit Ihrer Koalition auf tönernen Füßen. Aber je prekärer die Lage, desto klebriger die Sitze. Herr von Beust, ohne Neuwahlen kommen Sie nicht aus der Rolle heraus. Ich zitiere noch einmal aus der "FAZ" und man kann es nicht oft genug tun. Dort heißt es, Sie seien der Chef des Bastards unter den Länderkoalitionen der CDU.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Das ist unglaublich! Mit Ihnen setze ich mich nicht mehr in den Ältestenrat; Bastard und so weiter!)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Goetsch, trotz der etwas entgleisten Wortwahl glaube ich Ihnen den Antrag. Das ist auch der Unterschied. Die Frage, wer hier verkrampft wirkt, müssen wir in der Tat noch einmal stellen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B Bislang sind die Verkrampfungen eher auf der linken Seite des Hauses zu finden. Herr Zuckerer, wenn Sie nun schon neuerdings die "FAZ" zitieren – das haben Sie früher als Sozialdemokrat eher selten gemacht –, dann zitieren Sie sie auch von heute. Dort heißt es, die SPD habe sich von dem Machtverlust noch immer nicht erholt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD*: Guido Horn!)

Mit Prognosen wäre ich als Fraktionsvorsitzender der SPD auch ein bisschen vorsichtig. Ihr Vorgänger hat hier auch schon Prognosen abgeliefert, die nicht eingetreten sind. Deswegen bin ich dankbar, dass Sie solche Prognosen abgeben, denn sie werden nicht eintreten. Die Frage, ob Sie wirklich Neuwahlen wollen, müssen Sie sich dann aber schon stellen, liebe Sozialdemokraten. Gucken Sie sich Ihre Situation an. Die SPD ist zurzeit so schlecht wie seit dem Krieg nicht mehr aufgestellt. Das Projekt "18" wurde von uns vorläufig ausgesetzt.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Von Ihnen wird es mit einer Nachhaltigkeit betrieben, die ich mir von meiner Partei immer gewünscht hätte.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Umfragen in Hamburg seien andere, werden Sie jetzt sagen. Liebe Sozialdemokraten, wenn am Sonntag Bürgerschaftswahl wäre, ginge es nur um eine Frage:

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Ob die FDP drin ist oder nicht!)

Ole oder nicht Ole? Und dann kann sich jeder ausrechnen, was dabei herauskommt, und Sie auch. Wollen Sie wirklich Neuwahlen?

(*Michael Neumann SPD*: Ja!)

C

Wenn Sie wirklich Neuwahlen wollen, wo ist dann Ihr Programm? Herr Maier wurde schon mit einer absolut perfekten, treffenden Analyse zitiert. Ich möchte auf zwei Punkte Ihres Zehn-Punkte-Programms eingehen:

Sie wollen 3000 Kita-Plätze, keine Rede mehr von angeblich 18 000 fehlenden Plätzen und keine Deckung.

5000 Langzeitarbeitslose sollen in den Ordnungsdienst. Selbst wenn Sie denen den unsozialen Hungerlohn von 1000 Euro zahlen würden, sind das 60 Millionen Euro im Jahr – ohne Deckung.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Erst einmal!)

Um das abzukürzen: Im Bereich Bildung, Innere Sicherheit und Ordnung wollen Sie das, was wir machen, nur ein bisschen mehr und scheinbar schuldenfinanziert. In den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Umwelt, Gesundheit, Hochschule und Kultur wissen Sie gar nicht, was Sie wollen oder ob Sie überhaupt etwas wollen. Wollen Sie wirklich Neuwahlen?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD*: Ja!)

Und dann die Personalfrage. Zu Henning, dem Tyrannen, schlich Barbara, den Dolch im Gewande. Was willst du mit dem Dolche sprich, die Stadt um einen Kandidaten erleichtern, verstehst du mich. Wir kennen die Ballade und wissen, dass dieser Versuch nicht von Erfolg gekrönt gewesen ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

D

Zurzeit haben Sie zwei, die durch die Kreise tingeln. Der eine traut sich nicht, sich mit dem anderen sehen zu lassen. Der andere antwortet auf die Frage, wie man die Bezirke stärken könnte, damit, man könne ja eine Behörde nach Harburg verlegen. Lesen Sie Ihre eigenen Anträge eigentlich?

Gleichzeitig begeistert der amtierende Bürgermeister mit seinen Visionen von einer modernen und bürgernahen Verwaltung. Ich zitiere wieder Herrn Maier. Er sagte, es sei ihm wurscht, wer für die SPD antreten würde. Uns auch.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Auch wenn die Protagonisten dieser Ballade wahrscheinlich keine innerste Freundschaft verbindet, ahnen wir doch, wie dieses innerhalb der SPD ausgehen wird. Ach, Henning, gewäh' uns die Bitte und sei in diesem Bunde der Dritte.

Wollen Sie wirklich Neuwahlen?

(*Michael Neumann SPD*: Ja!)

Sie widersprechen sich selbst, schon rein formal. Vor zwei Wochen haben Sie an dieser Stelle einstimmig beschlossen, dass zur nächsten Bürgerschaftswahl ein neues Wahlrecht gelten soll, mit Frist für den Verfassungsausschuss bis zum 12. November, damit die Bürgerschaft am 26. November beschließen kann.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ja, das schaffen wir auch!)

- A Wenn Ihr Antrag heute Erfolg hätte, müsste die Neuwahl spätestens am 30. November stattfinden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das reicht!)

Das geht offensichtlich nicht. Was wollen Sie also? Wollen Sie wirklich Neuwahlen?

In Kürze: Sie haben kein Programm, Sie haben keine Personen, Sie haben kein Konzept, Sie haben keine Chance und Sie haben keine Ahnung. Was wollen Sie hier überhaupt?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kiausch.

Elisabeth Kiausch SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, einige Sachpunkte meiner Vorredner aufzunehmen,

(Michael Neumann SPD: Es gab keine!)

um so etwas wie eine Debatte zu führen. Das ist aber relativ schwer, weil vonseiten der Koalitionsfraktionen auf die Debatte, die Herr Zuckerer eingeführt hat, überhaupt nicht eingegangen worden ist.

(Peter Lorkowski Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da hätten Sie Herrn Zuckerer fragen sollen! und weitere Zurufe – Glocke)

- B **Vizepräsident Peter Paul Müller** (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen, das Wort hat Frau Kiausch und niemand anders.

Elisabeth Kiausch (fortfahrend): Ich habe viel Zeit, Sie können gern gleich zuhören. Ich nehme mir auch viel Zeit.

Sie haben sich im Wesentlichen mit der Rolle meiner Fraktion und meiner Partei auseinander gesetzt. Ich darf Sie höflich darauf hinweisen, dass das nicht das Thema ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freitag CDU: Bitte, was denn! Bei Neuwahlen schon! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Was wollen Sie denn bei Neuwahlen machen!)

Es war auf der anderen Seite recht eindrucksvoll, wie Sie sich dekuviert haben. Sie sind auf Herrn Zuckerers Begründungen nicht eingegangen. Der Abgeordnete Müller hat das Ganze zum Anlass genommen, eine Büttenrede zu halten.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Rose-Felicitas Pauly FDP: Anders ist Ihrem Antrag nicht zu begegnen!)

Ich bin der Ansicht, dass ein Antrag dieser Art für eine Büttenrede vollkommen ungeeignet ist und auf die Geisteshaltung der Fraktion zurückfällt, die solche Redebeiträge abliefern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich werde mich jetzt wieder dem eigentlichen Thema zuwenden, weil ich den Eindruck habe, dass das, was Herr Zuckerer ausgeführt hat, von Ihnen nicht verstanden

worden ist. Deswegen werde ich das noch ein bisschen deutlicher sagen, damit Sie es vielleicht verstehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieser Antrag ist gestellt worden, weil wir der Ansicht sind, dass Herr Schill das Ansehen des ganzen Hauses und das Ansehen Hamburgs mit dem Eklat, den er her- vorgerufen hat, in unerträglicher Weise beschädigt hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Er ist nicht nur ein Dorn im Fleische der PRO-Partei, er ist ein Dorn im Fleische des gesamten Hauses, denn er hat unser Ansehen herabgesetzt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Schill hat seinerzeit einen Eid auf die Verfassung geleistet. Er hat ihn gebrochen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nach seiner ersten schrecklichen Entgleisung in Berlin hat er bewiesen, dass er sich nicht geändert hat. Das haben wir Ihnen vorausgesagt. Wir haben vor der Koalition gewarnt und nach dem Eklat in Berlin haben wir wie- der gewarnt.

(Peter Lorkowski Partei Rechtsstaatlicher Offensive: SPD, die Hellseher!)

Er hat sich nicht geändert. Ich darf Sie nur an die Stich- worte "Giftgas" oder "Kirchen" erinnern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann kam die Spitze, nämlich ein Erpressungsversuch. So etwas habe ich in meiner über dreißigjährigen Zuge- hörigkeit zu diesem Hause noch niemals erlebt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: So alt sind Sie schon, das hätte ich nicht gedacht!)

Ich kann Ihnen nur eines warnend sagen: Er hat sich nicht geändert, er wird sich auch nicht ändern. Er hat es doch bewiesen. Er hat weder eingesehen, dass er sich fürchterlich falsch benommen hat, noch hat er es akzep- tiert. Herr Bürgermeister von Beust, wenn Sie heute in einem Zeitungsinterview sagen, Sie seien mit ihm fertig, so nützt das gar nichts. Er ist nämlich nicht mit Ihnen fertig. Das werden Sie noch merken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unser Antrag gibt Ihnen heute eine erneute Chance. Wir haben schon einmal einen Antrag in Bezug auf Schill gestellt. Sie haben ihn abgelehnt. Sie bekommen heute eine erneute Chance, zum Wohle Hamburgs zu handeln. Warum wollen Sie es eigentlich nicht? Haben Sie Angst davor? Sie schütten über meine Fraktion und meine Par- tei die Kübel aus. Wir haben keine Angst davor.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Rolf Harlinghausen CDU: Wer hat Ihnen diesen Redebeitrag angetan?)

Sie, Herr von Beust, hätten zumindest bei Neuwahlen die Chance, Ihre Partner zurechtzustutzen oder loszuwerden. Sie sollten diese Chance nutzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- A Die FDP hat keinen Grund, fröhlich durch die Gegend zu geistern und gelegentlich das liberale Fähnchen zu schwenken.

(Zurufe)

– Ich weiß, Sie machen das, aber es nützt nichts. Es ist auch nicht sehr glaubwürdig.

Sie und Herr von Beust haben schwer an Ihrem Mitglied, Herrn Lange, zu tragen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Nein!)

Der ist nicht gerade ein Synonym für Erfolg. Das muss man wohl noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Es wird damit aber nicht wahrer, wenn Sie es hier behaupten!)

Es ist nicht unsere Sache, für Ihren Erfolg zu sorgen. Das sehen wir nicht so. Aber er belastet die Stadt mit dem, was er mit seiner Politik tut, und das ist zum Nachteil der Stadt und deswegen kann man das hier wohl erwähnen. Ein Senator, der es binnen kurzem versteht, ausnahmslos alle und jeden gegen sich aufzubringen, ist kein Segen für diese Stadt, er nützt nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das lassen Sie mal nicht die Bischöfin hören! – Zuruf von Martin Woestmeyer FDP)

– Ach, ärgern Sie sich, Herr Woestmeyer?

- B Wer so unbelehrbar und so überheblich ist, kann nicht erfolgreich sein. Das müsste eigentlich jeder wissen. Ich habe im Allgemeinen kein gutes Gedächtnis, aber eines will ich in diesem Zusammenhang erwähnen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das haben sie Ihnen doch aufgeschrieben!)

– Nein.

Ein Senator, lieber Herr Müller-Sönksen, der seine Mitarbeiter in der Bürgerschaft öffentlich beschimpft, ist ein unhanseatischer Senator. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jemand, der seine Mitarbeiter als Alibi für Nichtwissen benutzt, gehört nicht in dieses Kabinett. Er ist kein Hanseat und es wiegt besonders schwer. So etwas macht man nicht, vor allen Dingen auch ein ehemaliger Offizier tut so etwas nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist aber nur ein Sidestep, um ganz kurz zu beleuchten, wie die dritte Säule der Koalition, die eigentlich nur ein Säulchen ist, aussieht. Ich wende mich jetzt wieder dem eigentlichen Grund zu, nämlich Herrn Schill.

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wie lange geht das denn noch?)

Sie sollten etwas weiter denken als über den heutigen Tag hinaus, beispielsweise an Ihre viel zitierte "Wachsende Stadt". Hanseatische Offenheit und perspektivisches Denken ist nicht Sache von Schill und seiner Fraktion. Wie wollen Sie das eigentlich durchsetzen? Sie werden eine unwillige Truppe hinter sich herzerren, wenn es um viele Dinge gibt, die der Neuerung der Stadt dienen, und Sie werden damit scheitern.

(Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ja, ja!)

Es werden Hindernisse aufgebaut werden und Sie werden es mit passiver Resistenz zu tun haben. Denken Sie an meine Worte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Bürgermeister, mit diesem großen und dem schwachen kleinen Partner wollen Sie wirklich weiterregieren?

(Martin Woestmeyer FDP: Wir werden ja gleich sehen, wer schwach ist!)

Damit wollen Sie das verwirklichen, was Ihnen so vor-schwebt? Ich brauche nicht über die Sache zu reden. Dazu kommen wir noch.

(Zurufe)

– Nein, heute nicht. Wir haben ja noch Zeit.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Zwei Jahre haben Sie noch Zeit!)

Herr Bürgermeister, Sie sollten sich sehr gut überlegen, ob Sie das wirklich wollen. Diese Vorstellung inspiriert mich nur zu der Frage: Sie scherzen wohl?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Machen Sie einen Schnitt, nehmen Sie unseren Antrag an. Neuwahlen sind der Weg, um hier wieder ordentliche, hanseatische Verhältnisse zu schaffen, und zwar ist es der einzige Weg. Wir haben vor Neuwahlen keine Angst. Das können Sie uns lange erzählen, es ist aber nicht der Fall. Sie sollten eher unser Selbstbewusstsein zum Wohle Hamburgs anerkennen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Rose-Felicitas Pauly FDP: Gucken Sie nach Bayern!)

Ich habe natürlich eine gewisse Vorstellung, wie die Abstimmung heute ausgeht.

(Oh-Rufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Im Gegensatz zu einigen von Ihnen bin ich keine Traumtänzerin.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber dann wird man in spätestens zwei Jahren nachlesen können, wie Sie – vor allen Dingen die CDU – am heutigen Tage versagt haben, versagt im Sinne der Interessen Hamburgs.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie werden mit ziemlich leeren Händen vor relativ vielen Torsi stehen, das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dann wird die milde Bürgermeistersonne, die jetzt noch einiges verklären mag, nicht mehr helfen. Das Einzige, was passiert ist, es ist Zeit vertan worden,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ja, 44 Jahre!)

Zeit, die voller Gefahren und voller Konkurrenzen ist. Es ist ein Jammer.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

A **Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident! Ich gebe dem Ersten Bürgermeister Recht, wenn er sagt, Herrn Schill fehle die charakterliche Eignung für die Ausübung des Amtes eines Hamburger Senators. Aber ich füge eines hinzu: Ronald Schill fehlt auch die charakterliche Eignung, die Geschicke dieser Stadt als Vorsitzender eines Koalitionspartners und als Abgeordneter mitzubestimmen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD – **Rolf Kruse CDU:** Seien Sie nicht so überheblich!)

Solange es so ist, dass von den Launen eines Mannes, den der Erste Bürgermeister der politischen Erpressung bezichtigt hat, die Politik für 1,7 Millionen Hamburger bestimmt, fehlt dieser Koalition die moralische Legitimität, diese Stadt zu regieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dieser Senat ist auch inhaltlich am Ende und weiß vor lauter Schwerpunkten gar nicht mehr so recht, wo er steht. Die Koalitionspartner stehen untereinander auch in einem großen Verdrängungswettbewerb, nicht so sehr die einzelne Partei gegen die andere – da habe ich mehr den Eindruck, dass die CDU ihre beiden kleinen Sorgenkinder als Mehrheitsbeschaffer recht gut pappelt –, aber er läuft auf einer anderen Ebene ab. Das konnten wir bereits in der Aktuellen Stunde sehen. Sie wetteifern, wer die Realität am besten verdrängt.

B Ein Beispiel ist die Innere Sicherheit. Bei der Kriminalitätsstatistik regieren wish for thinking und falsche Zahlen vor der nüchternen Realität, dass die Sicherheitspolitik dieses Senats bisher erfolglos geblieben ist.

(Beifall bei der GAL)

Beim Beispiel Kita-Card sind tausende Eltern verunsichert und in ihren beruflichen Existenzen bedroht. Familien werden im Stich gelassen und der Bürgermeister und Herr Lange stellen sich hin und reden von einem großartigen Erfolg.

Das ist auch beim Beispiel Bildung nicht anders. Die Verunsicherung der Eltern, Schüler und Lehrer war noch nie so groß wie heute, denn Lange verkündet die heile Welt. Nun sagte Herr Reinert in der Aktuellen Stunde, man hätte ja Ruinen vorgefunden. Jetzt wird aber aufstanden aus Ruinen, der Steinbruch ist vorübergehend, der Vierjahresplan wird voll erfüllt werden, könnte man sagen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In Wirklichkeit herrscht Chaos an den Hamburger Schulen. Aber der Realitätssinn dieses Senats hat wirklich Politbüro-Charakter.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es fehlt nur "Der Lange in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf". Wenn ich mir die Verlautbarungen anhöre, dann gewinne ich den Eindruck, als lebte dieser Senat in einer anderen Stadt als die Bürgerinnen und Bürger. Die Realität, wie sie hier so blumig beschrieben wird und wie toll sie angeblich in dieser Stadt sein soll, mag vielleicht in Vaduz, Liechtenstein, so sein oder wo auch immer die Senatsmitglieder ihren Nebentätigkeiten nachgehen,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

aber in Hamburg ist diese Realität leider schlechter.

Der Senat hat auch personell abgewirtschaftet. Diese Stadt kann es sich nicht leisten, weiterhin einen Justizsenator zu beschäftigen, der in puncto Filz neue Maßstäbe setzt

(**Burkhardt Müller-Sönksen FDP:** Dann können wir ja jetzt den Untersuchungsausschuss auflösen, wenn Sie schon alles vorher wissen!)

und der sich unter der schützenden Hand des Bürgermeisters anscheinend alles ungestraft herausnehmen darf.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese Stadt kann es sich nicht leisten, einen Bildungs- senator zu beschäftigen, der in der Bildungspolitik wie ein Schulanfänger agiert.

Diese Stadt kann sich auch keine Kultursenatorin leisten, die es geschafft hat, Hamburg innerhalb eines Jahres von einer Kulturmétropole zum Gespött der überregionalen Feuilletons zu machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – **Dr. Andrea Hilgers SPD:** Die kennen die gar nicht!)

Diese Stadt kann sich auch keinen Umwelt- und Gesundheitssenator leisten, der sich mehr um Nebenämter als um die Lebensqualität der Hamburger kümmert. Herr Müller, die Besetzung des Umweltsenators haben Sie in Ihrer Bütenrede vergessen. Das spricht eigentlich Bände.

(Beifall bei der GAL und der SPD – **Dr. Michael Freytag CDU:** So eine Unverschämtheit)

Diese Stadt kann sich auch keine Staatsräte leisten, die offenbar selbst in den eigenen Reihen als nicht besonders fähig gelten, und schon gar nicht, wenn einer von ihnen vermutlich – davon müssen wir ausgehen – vor allem deshalb zum Staatsrat berufen wurde, weil Herr Marseille, der Hauptsponsor der Schill-Partei, offenbar einen großen Fan bekommen hat.

Damit bin ich beim vierten Punkt. Dieser Senat ist in einem wichtigen Bereich handlungsunfähig, nämlich im Bereich der Personalauswahl. Es war in diesem Sommer, als es nicht nur die Spatzen von den Dächern gepiffen, sondern förmlich gebrüllt haben, dass eine Kabinetts- umbildung bevorstünde. Da hatte Herr Dr. Freytag selbst begonnen, seine – ich zitiere jetzt – "zu lau badenden Staatsräte" zu demontieren. Aber jetzt ist davon keine Rede mehr,

(**Dr. Michael Freytag CDU:** Wir haben Kaltwasser eingelassen!)

es bleibt ja jetzt alles beim Alten. Um eines klarzustellen, wir würden es massiv begrüßen, wenn wenigstens die am wenigsten Fähigen unter den Senatoren und Staatsräten entlassen würden, bevor sie Ruhegehaltsansprüche erwerben und damit dauerhaft Ballast für den Steuerzahler werden. Aber dieser Senat ist unfähig, diese dringlichen Entscheidungen vorzunehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Dieser Senat ist anscheinend auch unfähig, die erforderlichen Sachentscheidungen zu treffen. Die Ideen, die der Erste Bürgermeister im Gefolge des Finanzsenators zur

C

D

- A Zuwanderung geäußert hat, sind durchaus interessant. Aber auf eines warten wir, wir warten auf die Umsetzung. Ich habe große Zweifel, dass diese Ideen mit dieser Schill-Partei auch nur im Geringsten durchsetzbar sein werden. Es wird Stillstand bleiben und Stillstand wird weiterhin als Erfolg verkauft werden, denn etwas anderes wird es nicht geben. So haben wir es bereits heute in der Aktuellen Stunde gesehen. Das ist das Niveau, auf dem wir angelangt sind.

(*Michael Neumann SPD: Morgen bei unserem Antrag stimmen die zu!*)

Herr Müller redete von seinem Parteichef bereits wie von einem Verblichenen. Aber Herr Schill lebt, er ist quicklebendig mitten unter uns. Eigentlich dachte ich, Herr Schill hätte seine Ankündigung wahrgemacht und sei in Kuba, um den morbiden Charme des untergehenden Castro-Regimes zu genießen.

(*Ekkehard Rumpf FDP: Auf Kuba!*)

Aber jetzt ist er doch in Hamburg geblieben. Ich frage mich, warum. Man muss wahrscheinlich wirklich eine Vorliebe für den morbiden Charme untergehender Regime haben, um lieber in Hamburg zu bleiben, als die Sonne in Havanna zu genießen.

(Beifall und Lachen bei der GAL und der SPD)

Offenbar geht vom untergehenden Von-Beust-Senat noch ein interessanter morbider Charme aus. Insofern ist es von Herrn Schill durchaus konsequent, dass er hier geblieben ist. Im Übrigen können, bis das Castro-Regime zusammenbricht, durchaus noch ein paar Jahre vergehen. Ehrlich gesagt, ich gebe diesem Senat weniger Zeit.

B

(*Dr. Michael Freytag CDU: Totgesagte leben länger, Herr Maaß!*)

Deswegen tut Herr Schill vielleicht gut daran, in Hamburg zu bleiben, denn er ist eigentlich derjenige, der für diese Morbidität sorgt. Er ist es, der diesen Senat unter diesem Ersten Bürgermeister in der Hand hat.

(*Dr. Michael Freytag CDU: Das ist auch nicht richtig neu, was er da erzählt!*)

Er wird es sein – und das wissen alle –, der für das Ende dieses Senats sorgt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Bürgermeister sagte, die Koalitionspartner hätten sich jetzt alle wieder lieb, auch Herr Schill würde wieder domestiziert werden und von jetzt an gäbe es nur noch Sachpolitik. Aber ich glaube ihm das nicht und das glaubt ihm auch kein anderer Mensch in dieser Stadt. Ihre Treueschwüre sind ungefähr so glaubwürdig, als wenn Herr Schill verkünden würde, es gebe Zeugen, die aus dem Senatsgehege Geräusche gehört haben wollen, die auf Freundschaftsakte schließen lassen.

(*Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Jetzt wird es geschmacklos. Geh' noch mal in die Schule und lerne, was Geschmack ist!*)

Ich würde einer solchen Aussage nicht glauben. Genau das ist das Problem. Dieser Koalition glaubt keiner mehr, denn jeder weiß, dass es mit einem Herrn Schill in dieser Koalition wieder gewaltig krachen wird und dass Herr Schill selbst der Auslöser sein wird. Diese Koalition ist am Ende, auch wenn Sie es noch nicht wahrhaben wollen. Deswegen machen Sie den Weg frei für Neuwahlen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

Vizepräsident Peter Paul Müller: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die SPD-Fraktion hat gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, Frau Pawlowski, Frau Pauly und Herr Farid Müller werden Sie gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie dem Antrag folgen möchten, antworten Sie bitte mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen, bitte mit Nein und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Farid Müller bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die namentliche Abstimmung wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Es sind alle aufgerufen worden. Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird ermittelt und wird Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt.

(Die Stimmenauszählung wird vorgenommen.)

Bei der Abstimmung über die Drs. 17/3201 gab es 57 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen sowie keine Enthaltungen. Damit wurde der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D

Tagesordnungspunkt 48, Drs. 17/3308, Antrag der SPD-Fraktion: Aussetzung der Planung zum Verkauf des LBK.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Aussetzung der Planungen zum Verkauf des LBK
– Drs. 17/3308 –]**

Wer meldet sich zu Wort? – Herr Dr. Petersen, Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Mathias Petersen SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich warte vielleicht noch einen kleinen Moment.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Sie können noch sehr lange warten, bis Sie Bürgermeister werden! – Unruhe im Hause – Glocke*)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Sie haben es gehört, Ihr Kollege bittet um etwas mehr Ruhe, damit die nächste Debatte stattfinden kann. Wer jetzt etwas zu besprechen hat, soll hinausgehen oder hier bitte zuhören.

Dr. Mathias Petersen (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem Bau des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf und dem Neuaufbau des AK St. Georg Ende des 19. Jahrhunderts war für die Hamburger Senate die Krankenhausversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger ein sehr hohes Anliegen. Die Menschen in Hamburg konnten sich sicher sein,

- A dass ihre Regierenden dafür Sorge tragen, dass eine qualitativ hohe Behandlung in Hamburger Krankenhäusern sichergestellt ist.

Mit dem vorschnellen Verkauf des LBK verabschieden Sie sich von der Sorgfaltspflicht, die alle Vorgängersenate im Bereich der Krankenhausversorgung ausgezeichnet hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie sieht es nun eigentlich mit dem LBK aus? Die Restrukturierungsmaßnahmen, die der LBK in den letzten Jahren durchgeführt hat, haben Erfolg. Durch die Fusion des AK Bergedorf mit dem Bethesda-Krankenhaus ist in Hamburgs Osten ein qualitativ hohes Krankenhaus entstanden. Auch im Hamburger Norden stellt das Klinikum Nord die Krankenversorgung sicher. Die angepeilte sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem AK Harburg und dem Krankenhaus Mariahilf wird im Hamburger Süden für eine stationäre Spitzenversorgung stehen.

Durch die vielen betriebsinternen Strukturierungsmaßnahmen konnten die Kosten des LBK in den letzten Jahren um 25 Prozent gesenkt werden. In Zahlen heißt das für die Betriebsergebnisse der letzten Jahre: 1999 34 Millionen Euro Überschuss, 2000 17 Millionen Euro Überschuss, 2001 34 Millionen Euro Überschuss. Die Sonderbelastungen durch die betrieblichen Altersversorgungen in Höhe von 35 Millionen Euro pro Jahr haben leider dafür gesorgt, dass das Jahresergebnis negativ war. Die Modernisierungsmaßnahmen werden in den nächsten Jahren aber Früchte tragen und dafür sorgen, dass wir ein angepeiltes Betriebsergebnis von 80 Millionen Euro zu erwarten haben.

- B Nur dem außergewöhnlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK ist es zu verdanken, dass sich der LBK aus betriebswirtschaftlicher Sicht so gut darstellt. Dafür danken wir.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie planen nun, den Betrieb in eine Besitzgesellschaft und eine Betriebsgesellschaft aufzuteilen. Diese Umwandlung birgt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein großes Risiko. Sie haben das Rückkehrrecht. Bei dieser Aufteilung wird es so sein, dass Sie das Rückkehrrecht von der Betriebsgesellschaft in die Besitzgesellschaft haben. Dann wird sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Folgendes ergeben: Die Besitzgesellschaft kann sie nicht anstellen, weil sie keine Krankenpfleger und keine Ärzte anstellt, und das Ergebnis wird sein, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betriebsbedingt gekündigt werden kann. Diesen Vertrauensbruch machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich gehe davon aus, dass kein Mitglied des Senats daran denkt, einen solchen Weg zu gehen, und ich würde mich freuen, wenn Sie das hier vor Ort noch einmal klarstellen könnten.

Aus Ihrer Pressemitteilung vom 15. September ist zu entnehmen, Herr Senator Peiner, dass der LBK noch in diesem Jahr verkauft werden soll. Aus den von mir geschilderten betriebswirtschaftlichen Gründen ist ein Eilverkauf in keiner Weise nachzuvollziehen. Nicht nur, dass bei diesem Vorgehen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bestehen würden, nein, Sie treten die Bürgerrechte mit Füßen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Über 100 000 Hamburgerinnen und Hamburger haben sich dafür ausgesprochen, dass der LBK in der Hand der Stadt bleibt. Eine endgültige Entscheidung ist für den Wahltermin der Europawahl Mitte nächsten Jahres vorgesehen. Sie, Herr Peiner, ignorieren diesen Wunsch der über 100 000 Menschen. Die Politikverdrossenheit in unserem Lande ist bereits groß. Das Vertrauen in die Politik insgesamt würde bei einem derartigen Vorgehen mit Recht weiter schwinden. Wir fordern Sie auf: Halten Sie inne, gewähren Sie den Hamburgerinnen und Hamburgern ihre zustehenden Bürgerrechte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein übereilter Verkauf des LBK – um nicht zu sagen, ein Ausverkauf – ist ein durchsichtiges Unterfangen, mit dem Sie sich aus der politischen Verantwortung ziehen wollen. Gesundheit braucht Verantwortung. Stehen Sie dazu.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Tragen Sie Sorge dafür, dass die Patientinnen und Patienten in Hamburg weiterhin unabhängig von ihrem Einkommen behandelt werden. Eine Privatisierung des LBK würde zu einer deutlichen Verunsicherung führen, Renditeinteressen stehen dann vor Patienteninteressen. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg braucht eine gesicherte Krankenhausversorgung. Stellen Sie sich dieser Verantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD verlangt heute von uns, die Planung zum Verkauf des LBK auszusetzen. Zugegebenermaßen sind 100 000 Unterschriften für ein Volksbegehren eine beachtliche Zahl. Auch 100 000 Unterschriften

(Uwe Grund SPD: 111 000!)

entheben aber weder den Senat noch die Bürgerschaft und vor allem auch nicht uns Abgeordnete von der Pflicht, verantwortlich mit dieser Frage umzugehen. Sie dürfen für uns Abgeordnete auch kein Grund sein, die Hände in den Schoß zu legen. Auch angesichts von 100 000 Unterschriften

(Werner Dobritz SPD: 111 000!)

sind wir zu einer Abwägung verpflichtet. Wir müssen die Situation des LBK sehen. Wir müssen die Lasten und Belastungen für den Haushalt sehen. Wir müssen die nicht abgesicherten Investitionsbedarfe sehen. Wir müssen die Umstellung der Finanzierung auf DRG in der Zukunft sehen. Wir müssen aber auch den Erhalt der Arbeitsplätze sehen und am Ende müssen wir auch den Erhalt dieser Krankenhäuser mit ihrer Leistung für die Hamburger sehen. Genau in dieser Abwägung, die wir gemacht haben, kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Planungen weitergehen müssen. Wer jetzt nicht weiter an der Zukunft des LBK arbeitet, verliert wertvolle Zeit, die für die Sanierung des Unternehmens notwendig ist, er riskiert Millionen Lasten für den Hamburger Haushalt und er gefährdet zuletzt die Arbeitsplätze und die Leistungs-

- A Fähigkeit der Krankenhäuser des LBK. Daher werden wir als Regierungskoalition weiterhin die Sicherung des LBK durch Beteiligung privaten Kapitals und Know-hows verfolgen.

Die SPD führt heute mit diesem Antrag bereits zum vierten Mal eine Debatte zu diesem Thema – am 27. November, am 10. Dezember und am 7. Mai noch einmal ganz ausführlich – und jedes Mal wurden die Probleme geleugnet. Kein einziges Mal, in keiner dieser vier Debatten, auch heute nicht, wurden Alternativen aufgezeigt. Es wurde nicht ein einziger Vorschlag gemacht, wie die Strukturprobleme gelöst werden können. Das ist für uns in einem Wort: Statt Kompetenz, Blockadehaltung. Das reicht nicht.

(Uwe Grund SPD: Das ist die Unwahrheit!)

Die SPD führt hier zusammen mit Teilen der Gewerkschaft die Mitarbeiter, aber auch die Bürger in Hamburg, aufs Glatteis. Ein Aussetzen der Planungen heißt, die Zukunft des LBK Hamburg aufs Spiel zu setzen. Das können wir als Abgeordnete auch angesichts von 100 000 Unterschriften nicht verantworten. Deshalb müssen die Planungen weitergehen. – Danke.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Barth-Völkel.

- B **Wolfgang Barth-Völkel** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich Herrn Dr. Petersens Antrag lese, werde ich das Gefühl nicht los, den fünfunddreißigsten Akt eines nicht besonders guten oder unterhaltsamen und nicht enden wollenden Fortsetzungsromans zu lesen. Die SPD-Fraktion und an ihrer Spitze der Bürgermeisterkandidat in spe, Herr Dr. Petersen, führen durch das Weglassen von Fakten unbewiesener Behauptungen und Schauermärchen die Öffentlichkeit absichtlich und bewusst hinter Licht.

Wir führen hier eine Geisterdebatte und das wissen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition. Ihrem Antrag zuzustimmen, Herr Dr. Petersen, hieße, der Stadt bewusst Schaden zuzufügen. Das werden wir mit Sicherheit nicht tun. Sie versuchen, sich hier als Robin Hood der Krankenhäuser darzustellen, der den profitablen LBK vor dem bösen Sheriff von Nottingham und Prinz John respektive dem Gesundheitssenator und dem Finanzsenator retten will. So nun nicht, das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei *Dietrich Wersich* CDU)

Was Sie mit Ihren Anträgen und öffentlichen Äußerungen immer wieder verschweigen, ist die Tatsache, dass die SPD-Senate die finanzielle Schieflage des LBK erst durch ihre Nachlässigkeit verursacht haben. Nix mit Sheriff Forest. Wir räumen hier Ihre Hinterlassenschaften weg und Sie versuchen immer wieder, diese notwendigen Aufräumarbeiten zu sabotieren. Dieser Antrag ist ein weiterer versuchter Sabotageakt.

Das eigentlich Tragische ist aber, dass Sie bewusst mit falschen Prämissen argumentieren. Ich werde es Ihnen an ein paar Punkten deutlich machen. Sie behaupten immer wieder, der LBK würde Gewinn machen. Das ist nachweislich falsch. Der LBK häuft Schulden an; jedes Jahr nur für Pensionslasten weitere 35 Millionen Euro.

Dann vergessen Sie bei Ihrer Rechnung auch gern die Kassenkredite, für die die öffentliche Hand geradestehen muss. Diesen zusätzlichen Schuldenzuwachs von 50 Millionen Euro pro Jahr kann man mit Fug und Recht als dramatisch bezeichnen. Der Liquiditätsbedarf ist momentan so gewaltig, dass bis zum 31. Dezember dieses Jahres wahrscheinlich die 500-Millionen-Euro-Grenze überschritten werden wird. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sprechen immer davon, es würden durch den Verkauf die angeblichen Gewinne des LBK verschenkt. Es gibt diese Gewinne aber aktuell gar nicht. Sollte es der Stadt gelingen, einen privaten Investor zu finden und sollte dieser möglicherweise Gewinne erwirtschaften, hätte der private Investor an diesem Gewinn Anteil. Das ist nun einmal so in der Wirtschaft. Aber dafür hat er auch vorher kräftig investieren und eine Zeitlang die Defizite tragen müssen. Außerdem wird der LBK auf absehbare Zeit mit den jetzigen Kassenkrediten in der genannten Höhe keine Gewinne erwirtschaften. Aufgrund der prekären finanziellen Situation haben wir hier dringenden Handlungsbedarf.

Sie argumentieren immer wieder mit falschen Unternehmenswerten. Das Unternehmen hat bereits heute Verbindlichkeiten in Form von Kassenkrediten in Höhe von mehr als 460 Millionen Euro, die der Wert des Unternehmens nicht hergibt. Außerdem sind da noch die von Ihnen verursachten Altversorgungslasten. Würde man diese kapitalisieren, ergebe sich die Summe von weiteren 386 Millionen Euro Schulden. Insgesamt reden wir hier über 800 Millionen Euro Schulden,

(*Petra Brinkmann* SPD: Das war letzte Woche im Gesundheitsausschuss noch weniger!)

die sich zusammen mit den eben erwähnten neuen Kassenkrediten deutlich auf die 900-Millionen-Euro-Marke zubewegen. Wenn Sie diesen Betrieb, wie er heute ist, morgen zur Gründung einer GmbH anmelden würden, würde er wegen Überschuldung entweder vom Handelsrichter nicht eingetragen werden oder er müsste sofort Insolvenz anmelden.

(*Jenspeter Rosenfeldt* SPD: Wollen Sie das jetzt verschenken?)

Sie behaupten immer wieder, die Stadt habe genug Zeit, in Ruhe nach einem Investor zu suchen, und könne sich dann quasi wie aus einem Korb reifer Äpfel einen herauspicken. Auch das ist falsch. Der Markt für Krankenhausbetriebe ist in den letzten Monaten massiv in Bewegung gekommen. Die Preise für Krankenhausunternehmen sind in den letzten ein bis eineinhalb Jahren kräftig gesunken, denn eine ganze Reihe Städte und Gemeinden bieten momentan zu äußerst günstigen Bedingungen für die Käufer Krankenhäuser zum Verkauf an.

(*Jenspeter Rosenfeldt* SPD: Das ist doch hier kein Flohmarkt!)

Je länger wir warten, desto größer wird also das Angebot.

Wenn auch Ihnen in der SPD wirtschaftliche Zusammenhänge nicht so geläufig sind, ein erhöhtes Angebot drückt die Preise. Je länger wir warten, desto weniger werden wir einen Erlös erhalten.

(*Barbara Duden* SPD: Das ist hier wie auf einem Markt!)

Herr Dr. Petersen, um Ihre Bürgermeisterkandidatur zu begründen, berufen Sie sich gern auf Ihre Vorfahren, die in

C

D

- A dieser Stadt in früheren Zeiten Verantwortung getragen haben. Damals gab es noch den Typus des Hamburger Kaufmanns klassischer Prägung. Vielleicht sollten Sie versuchen, den LBK wie ein Hamburger Kaufmann zu sehen. Wenn ein Unternehmen nicht profitabel ist und – im Gegenteil – sogar Schulden anhäuft, muss man sich beeilen, sich von diesem Unternehmen zu trennen.

(Doris Mandel SPD: Das ist ja schön!)

Die Frage, ob man sofort oder später verkaufen soll, kann auch relevant einfach beantwortet werden. Selbst wenn die Preise nicht wirklich gut sind, lohnt sich das Abwarten nur, wenn man durch die Wartezeit mehr Erlöse erwarten kann, als in der Wartezeit an Schulden angehäuft werden.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Barth-Völkel (fortfahrend): Nein.

Danach sieht es nicht aus und deshalb sollten wir so bald wie möglich verkaufen.

Im Übrigen ist festzustellen, dass Ihr Volksbegehren mit Sicherheit nicht den Preis nach oben treiben wird. Im Gegenteil. Es bleibt die Frage nach dem Fazit der Debatte. Kaufmännisches Denken hat noch keinem geschadet und Sozialdemokraten können eben doch nicht mit Geld umgehen. – Danke.

- B (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Demokratie lebt vom Einsatz und dem Engagement seiner Bürger. Nur dann kann unser Gemeinwesen auch erfolgreich in die Zukunft gehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass das nicht immer so war. Von daher können wir froh und stolz sein, dass wir in Hamburg engagierte Bürger haben, die nicht als Untertanen zusehen, was die Regierung tut, sondern die sich einmischen, die sich über ihre Wahlentscheidung hinaus engagieren, Initiativen ergreifen und für ihre Interessen streiten.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Meinen Sie jetzt Widerstand?)

Meine Damen und Herren, ich, meine Partei und meine Fraktion möchten allen Bürgern, die sich in den vielen und zahlreichen Volksbegehren und Bürgerbegehren engagieren, danken, denn Sie tun damit einen Dienst an der Gemeinschaft und das kann man gar nicht genug unterstreichen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Bürger, die sich für dieses Gemeinwohl engagieren, haben mehr und Besseres verdient als eine pure Nichtachtung und Ignoranz vonseiten der Regierung. Die heutige Debatte zeigt sehr deutlich die Arroganz der Macht auf der Seite der Regierung, die sich noch nicht einmal bemüht, in einer wiederholten Debatte – ich gebe zu, wir haben schon oft über dieses Thema gesprochen – auch nur ein einziges Argument der Bürger aufzugreifen

und auch nur zu versuchen, dieses Argument zu entkräften. C

Worum geht es den Bürgern? Die Bürger haben die Befürchtung, dass die Regierung den Verkauf des LBK allein unter dem Aspekt der möglichst effektiven und effizienten Versilberung von Hamburgs Tafelsilber betreibt.

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Tafelsilber ist gut – Schrott!)

Dieses findet nicht die Zustimmung der Bürger, denn sie meinen, bei dieser Frage geht es auch um die Zukunft der Gesundheitsversorgung in dieser Stadt. Dort müssen auch andere Punkte sichergestellt werden.

Herr Senator Peiner, Sie haben den Bürgern zu Beginn dieser Debatten versichert, sie bräuchten sich auch bei einem mehrheitlichen Verkauf des LBK keine Sorgen zu machen. Nur darum geht es hier. Sie führen immer eine Debatte: Verkauf ja oder nein. Das ist gar nicht der Punkt. Auch das Volksbegehren, auch wir, sind bereit, einen Teil des LBK zu veräußern. Wir werden darum aus wirtschaftlichen Gründen nicht herumkommen. Die entscheidende Frage ist, ob wir die Mehrheit aus der Hand geben und den privaten Investoren die Sicherstellung der qualitativen gesundheitlichen Versorgung unserer Stadt überlassen oder nicht. Es gibt Argumente dafür und dagegen und da muss man argumentieren. Von Ihnen habe ich bisher kein einziges Argument für einen mehrheitlichen Verkauf bekommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Peiner, Sie haben gesagt, auch bei einem mehrheitlichen Verkauf sei die medizinische Versorgung auf einem hohen qualitätsvollen Niveau möglich. Sie würden durch diesen Verkauf den Betrieb des LBK als Ganzes und somit die Arbeitsplätze sichern. Sie würden auch dadurch sicherstellen, dass der Medizinstandort Hamburg gesichert bleibt, indem Sie sicherstellen, dass der Hauptsitz des Unternehmens in Hamburg verbleibt und auch weiterhin in Hamburg innovative Medizin stattfinden kann, und Sie wollen durch einen mehrheitlichen Verkauf die Pensionslasten der Stadt reduzieren und auf null fahren. D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren! Inzwischen sind die Zwischenergebnisse Ihrer Verhandlungen mit den Investoren bekannt und kein einziges dieser vier von Ihnen genannten Ziele haben Sie erfüllt. Der Preis, den Sie auch bei einem mehrheitlichen Verkauf im Moment anstreben, würde die Pensionslasten der Stadt nicht vollständig abdecken.

Der Hauptsitz des LBK wird nicht in der Stadt verbleiben, weil die Investoren sich darauf nicht einlassen werden. Sie reden sogar davon, dass es bisher nicht gelungen sei, Investoren zu finden, die den LBK in seiner Gänze übernehmen. Das heißt, der Betrieb wird zerschlagen und vor allem – das ist das Perfide an dieser Debatte – sagen Sie kein einziges Wort dazu, wie die Qualität sichergestellt werden soll. Das ist die Sorge der Bürger in dieser Stadt und Sie finden darauf keine Antwort. Das ist eine Arroganz der Macht und auch der Grund, warum wir ein solches Volksbegehren brauchen und warum dieses Volksbegehren auch erfolgreich sein muss.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Unter diesen ausgehandelten Bedingungen darf der Senat den LBK nicht verkaufen und wir appellieren an Sie,

- A nicht das Signal an die Bürger in dieser Stadt zu senden, dass ihre Anliegen bei diesem Senat keine Berücksichtigung finden, dass Sie sich nicht dafür interessieren, wie diesen Argumenten inhaltlich begegnet werden kann. Dafür spricht weder inhaltlich das von Ihnen erzielte Ergebnis, noch spricht dafür, welches Signal Sie an die Bürger senden, die damit in ihrem Engagement demotiviert werden. Damit würden Sie vor allem unserer Demokratie einen Bärendienst erweisen.

Von daher bitte ich Sie, den mehrheitlichen Verkauf des LBK auszusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Dr. Petersen. Ich freue mich sehr, dass Sie sich bereit erklärt haben, für ein Spitzenamt zur Verfügung zu stehen. Ich finde es gut, wenn sich Ärzte für politische Spitzenämter bewerben. Sie werden verstehen, dass ich Ihnen keinen Erfolg im Jahre 2005 wünsche, aber dennoch hat mich das gefreut.

Beim LBK finden Sie schon die Begründung, warum ich Ihnen keinen Erfolg wünsche. Sie haben wieder einmal ein Bild vom LBK gezeichnet, das mit der Realität nichts zu tun hat. Hier wurde schon gesagt, dass der Kassenkredit bei der Landeshauptkasse in Kürze die 500-Millionen-Euro-Marke erreichen wird und das Schlimmste daran ist, dass die Verschuldung drastisch zunimmt. Früher waren es 20 bis 30 Millionen Euro pro Jahr, jetzt sind wir bei 50, 60, 70, 80 Millionen Euro im Jahr angekommen. Die Altlasten sind kapitalisiert fast 400 Millionen Euro wert und es besteht ein Investitionsrückstand von etwa 300 Millionen Euro, summa summarum ein Kapitalbedarf von 1,2 Milliarden Euro.

B

(Petra Brinkmann SPD: Siehst du, das wird immer mehr!)

Das ist aber noch nicht alles. Wir haben beim LBK ineffiziente Strukturen zu beklagen. Die vielzitierten Servicebetriebe – ich verweise einmal auf die Wäscherei – arbeiten allesamt mit operativem Verlust. Hier wird ein großer Wasserkopf gezüchtet, der hinterfragt werden muss. Angesichts dieser finanziellen Situation und der Strukturen ist, gerade wenn man nichts macht, beim LBK die gesundheitliche Versorgung gefährdet und deshalb besteht Handlungsbedarf. Im Übrigen besteht eben nicht nur Geld-, sondern auch Know-how-Bedarf.

Private Betreiber können Kranke genauso gut, vielleicht sogar besser versorgen. Nehmen wir nur das Beispiel der Praxis von Herrn Dr. Petersen. Herr Dr. Petersen, behandeln Sie denn Patienten nur nach Ihrem Geldbeutel? Das glaube ich nicht, ich bin überzeugt, Sie behandeln alle Patienten nach medizinischen Bedürfnissen.

(Werner Dobritz SPD: Jeder Krankenschein ist bares Geld!)

Sie sind also ein ganz mieser privater Praxisbetreiber. Aber ich sage Ihnen, was Sie gut machen, machen private Krankenhausbetreiber genauso gut. Oder wollen Sie behaupten, dass im Marienkrankenhaus oder im Albertinen-Krankenhaus in Hamburg nur nach dem Geldbeutel behandelt wird? Nein, da wird nach medizinischen Be-

dürfnissen behandelt. Oder wollen Sie behaupten, dass außerhalb Hamburgs bei den Rhön-Kliniken, den Helios-Kliniken nur nach dem Geldbeutel behandelt wird? Nein, die behandeln nach medizinischen Bedürfnissen. Oder wollen Sie sagen, dass die Endo-Klinik in Hamburg nicht nach medizinischen Bedürfnissen, sondern nach dem Geldbeutel behandelt? Nein. Auch wenn einige das vielleicht aus ideologischen Gründen immer noch glauben, private Betreiber sind keine Gefahr für die gesundheitliche Versorgung, ganz im Gegenteil. Sie werden gerade angesichts der heutigen Situation der öffentlichen Hand sogar besser für die Patienten sein.

C

Allerdings räume ich ein, dass es keine Privatisierung um jeden Preis geben kann. Wir müssen bei einer Privatisierung eine flächendeckende gute Versorgung erwarten. Der Preis muss stimmen und die marktbeherrschende Stellung muss abgebaut werden. Dieses sind, auf einen kurzen Nenner gebracht, die Forderungen – es gibt noch ein paar Punkte mehr, wenn man es genau betrachtet –, die die FDP immer an das weitere Verfahren beim LBK gestellt hat. Dies hat sich nicht geändert und ich weiß nicht, wo Herr Kerstan seine Spekulationen herhat. Sie können doch noch keine Konditionen beurteilen, weil es sie noch gar nicht gibt; die Verhandlungen laufen noch. Aber Sie sind dabei, die Verhandlungen zu stören.

Meine Damen und Herren! Wenn diese von mir gerade genannten drei Kriterien nicht erfüllt sind und es möglicherweise nicht zu einem Verkauf kommt, kann man trotzdem nicht so weitermachen wie bisher. Der laufende Betrieb des Landesbetriebs Krankenhäuser wird von der Landeshauptkasse mit zig Millionen Euro subventioniert. Dies geschieht auf Kosten anderer dringender Bedarfe, zum Beispiel der Schulen, Kitas und vieler anderer Zukunftsprojekte. Das operative Geschäft ist, anders als Herr Dr. Petersen gesagt hat, im Minus. Es besteht Handlungsbedarf, eine entschlossene Restrukturierung wäre notwendig. Unter anderem könnte man über mehr Verantwortung für die einzelnen Häuser, Ausgliederung oder Abschaffung der Servicebetriebe, Fremdvergabe der nichtmedizinischen Tätigkeiten nachdenken.

D

Nun aber zur Frage, ob das eingeleitete Volksbegehren oder der Volksentscheid dazu führen kann oder sogar führen muss, dass wir hierüber zurzeit nicht entscheiden können. Bei dieser Frage müssen wir die entsprechende Rechtslage einmal genau untersuchen. Der erste Schritt der Volksinitiative hat zunächst keinerlei Frist, wie lange man braucht, um Unterschriften zu sammeln. Nachdem die gut 10 000 Unterschriften zusammen sind, hat der Senat zwei Monate Zeit um festzustellen, dass ausreichend Unterschriften gesammelt worden sind. Dann hat die Bürgerschaft vier Monate Zeit, eventuell entsprechend zu verfahren. Nach Ablauf dieser Frist haben die Initiatoren wieder einen Monat Zeit zur Antragstellung für das Volksbegehren. Dann hat der Senat wiederum drei Monate Zeit, dieses Volksbegehren auch durchzuführen. Sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Durchführung wird es dann durchgeführt. Danach besteht zwei Wochen Zeit, sich in die Listen des Volksbegehrens einzutragen, dann prüft der Senat wieder und dann hat die Bürgerschaft auch noch drei Monate Zeit. Wenn Sie das alles zusammenrechnen, kommen Sie auf eine Mindestzeit von 17 Monaten.

(Unruhe im Hause – Glocke)

- A **Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es ist mir entschieden zu laut im Plenarsaal. Ich bitte Sie noch einmal, entweder den Saal zu verlassen oder dem Redner zuzuhören.

Dr. Wieland Schinnenburg (fortfahrend): Eine Volksinitiative dauert minimal 17 Monate, im Regelfall noch wesentlich länger. Ich nenne Ihnen einmal die verschiedenen Verlängerungsmöglichkeiten. Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative kann länger dauern. Die Fristen beziehungsweise die Volksbegehren, der Volksentscheid laufen im Sommer zwei Monate lang nicht. Schließlich ist eine wiederholte Verlängerung um drei Monate möglich.

(*Petra Brinkmann SPD*: Stimmt doch alles gar nicht!)

Im Ergebnis wird meistens eine Verfahrensdauer von zwei Jahren zustande kommen, so auch in diesem Fall. Sie erinnern sich vielleicht, dass das Zustandekommen der Volksinitiative vom Senat am 23. Juli 2002 festgestellt worden ist. Es geht jetzt darum, dass der Volksentscheid im Juni 2004 stattfindet. Auch in diesem Fall haben wir eine zweijährige Verfahrensdauer.

Wenn durch die Einleitung oder das Betreiben der Volksinitiative die Gesetzgebung lahmgelegt werden könnte, und zwar für zwei Jahre oder gar mehr, dann würde die Funktionsfähigkeit des Parlaments ausgehebelt. Deshalb kann ich es nicht nachvollziehen, dass Sie meinen, hier müssten die Planungen angehalten werden, im Gegenteil. Angesichts der dramatischen Lage des LBK ist eine Fortsetzung der Planungen notwendig. – Vielen Dank.

- B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Der nächste Redner ist Herr Rutter.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, Sie haben davon gesprochen, dass wir die Argumente der Bürger nicht aufnehmen würden. Von Argumenten habe ich aber überhaupt nichts gehört und gesehen. Ich habe nur etwas von Befürchtungen gehört und das sind die Befürchtungen, die Sie streuen, und sonst nichts. An den Befürchtungen ist wahrhaftig nichts dran.

(*Jens Kerstan GAL*: Genau das hat er gemeint!)

– Genau das ist das Problem, dass Sie die Befürchtungen streuen, an denen nichts dran ist, und nachher sagen, wir nähmen die Befürchtungen nicht auf. Großartig, eine reife Leistung.

Zum Thema, ob wir die Mehrheit daran behalten oder nicht. Das ist doch eine ganz einfache Geschichte. Suchen Sie sich einmal einen Investor, der bereit ist, ein marodes Unternehmen zu übernehmen, und von vornherein garantiert, dass die Geschäftsführung weitermachen darf wie bisher. Das geht einfach nicht, das funktioniert nicht, damit fahren wir noch weiter in die Schulden hinein.

(Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly übernimmt den Vorsitz.)

Noch etwas zum Thema Volksentscheid. Wenn Sie es wirklich fair betreiben, dann sagen Sie bitte gleich, dass

jeder Bürger sofort 500 Euro spenden muss, ob das ein Säugling oder ein Greis ist. Alle müssen 500 Euro spenden, damit wir das ganze Projekt erhalten können. Wenn wir an den Zeitrahmen denken, den Herr Dr. Schinnenburg eben angesprochen hat, dann heißt das ganz klar, dass die Schulden in der Zeit weiter wachsen. Und wenn Sie jetzt schon wünschen, dass Sie wirklich nach zwei Jahren wieder an die Regierung kommen – ich nehme einmal an, dass Sie sich das wünschen, obwohl es unreal ist –, dann können Sie doch nicht ernsthaft wünschen, dass wir Ihnen solch ein Problem hinterlassen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Senator Rehaag.

Senator Peter Rehaag: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, was man sich bei diesem Thema, insbesondere von Herrn Dr. Petersen und seinen Fraktionskollegen, auch heute wieder anhören musste. Ich empfinde diesen Antrag als zutiefst unaufrichtig und auch als eine gesundheitspolitische Zumutung. Bei diesen Debatten wird lediglich immer wieder vorgegeben, das Wohl des allseits geliebten hamburgischen Unternehmens LBK liege Ihnen am Herzen. Herr Dr. Petersen, mit diesem Antrag haben Sie sich quasi geoutet. Das liegt Ihnen hier nicht am Herzen, sondern in Wahrheit sind Sie nicht der gesundheitspolitische, sondern der gewerkschaftspolitische Sprecher Ihrer Fraktion in dieser Geschichte.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Das muss man so machen, wenn man Bürgermeister werden will!)

Man muss auch hier weiter die Wahrheit sagen. Es geht nicht darum, mit diesem Antrag etwas auszusetzen, sondern Sie wollen den Verkauf dauerhaft vereiteln, obwohl Sie wissen, dass der LBK ohne diese Restrukturierung überhaupt nicht überlebensfähig ist und somit auch Ihr verantwortliches Handeln perspektivisch hunderte, wenn nicht sogar tausende von Arbeitsplätzen in diesem Unternehmen gefährden würde.

Die SPD-Fraktion versucht hier, Fakten zu schaffen, weil sie sehr genau weiß, auf welch dünnem rechtlichem Eis sie sich bewegt. Da das Volksbegehren keinerlei aufschiebende Wirkung, also keinen Suspensiveffekt entfaltet, setzt man auf die normative Kraft des Faktischen und versucht, so viele Fakten wie irgend möglich zu schaffen. Das wird nicht funktionieren, denn es ist immer wieder hier im Hause gesagt worden – auch heute noch einmal –, dass die Rahmenbedingungen, unter denen wir dieses inhaltlich überaus anspruchsvolle und differenzierte Thema LBK-Teilprivatisierung zu sehen haben, überhaupt nicht von diesem Senat oder von diesem hier sprechenden Gesundheitssenator gesetzt worden sind – auch Sie, Frau Brinkmann, wissen das genauso gut wie Herr Dr. Petersen, Sie kennen doch aus jahrelanger eigener Anschauung die Wahrheit und wissen um die Fakten –, sondern der rotgrüne Senat hat seinerzeit viel zu spät auf die Bremse getreten, um die Umstellungen der Altersversorgung zu veranlassen. Seit Mitte der Neunzigerjahre dreht sich über die Kreditmittel der Landeshauptkasse eine Schuldenspirale hoch, wie es heute auch schon immer wieder gesagt wurde.

- A Herr Dr. Petersen, kurz zu Ihnen. Ich wollte eigentlich nicht wieder diese Zahlenlitanei wiederholen, aber eines ist ganz klar. Sie sagen, dass hier Gewinne gemacht würden. Sie ziehen da etwas aus der Tasche, wenn Sie das um die aufgelaufenen Verluste bereinigen; aber das kann man doch nicht machen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Sie reden von Überschüssen. Es gibt zum 31. Dezember 2002 ein Bilanzdefizit von 189 Millionen Euro; da kann man doch nicht von Gewinnen sprechen.

(Petra Brinkmann SPD: Sie trennen das doch auch!)

Im Übrigen wurde auch von Herrn Dr. Petersen die Sorgfaltspflicht genannt, die alle Hamburger Senate gerade bei diesen gesundheitspolitischen Fragen vorher ausgezeichnet hat. Ich frage Sie, wo denn die Sorgfaltspflicht nach 1995 war. Warum wurden nicht die entsprechenden Weichen gestellt, um dieses Problem, das wir heute in riesigen Ausmaßen haben, von vornherein abzuwenden?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich verahre mich ausdrücklich gegen die Anwürfe, der Senat verletze demokratische Grundsätze; Herr Kerstan hat das durchblicken lassen. Der Senat dieser Stadt ist dazu bestellt, in dieser Stadt und für diese Stadt die Weichen für die Zukunft zu stellen und er ist von Amts wegen zum Handeln berufen und wir werden handeln.

- B Angesichts der Größe, der Beschäftigungszahl, der fachlichen Bedeutung und des Innovationspotentials des Unternehmens LBK fordere ich Sie auf, uns hierin zu unterstützen und nicht ständig diese destruktive Blockadehaltung aufrechtzuerhalten. Ich weiß gar nicht, warum Sie die Zahlen und die Situation nicht wahrhaben wollen.

Eine Sache, die heute noch nicht angesprochen wurde, auch das muss in diesem Hause einmal klargestellt werden: In Berlin sitzt Ihre Parteigenossin Ulla Schmidt und setzt für die deutschen Krankenhäuser 2004 den beschämenden Budgetwert von 0,02 Prozent fest. Das ist in den Vorreden heute noch nicht thematisiert worden. Das bedeutet, dass hier eine Krankenhausfinanzierung stattfindet, die sämtliche Häuser, nicht nur in Hamburg, in riesige Bedrängnis bringt und im Übrigen real gesehen eine Verlustgrößenordnung von mindestens 3 bis 4 Prozent des Gesamtbudgets darstellt, und das müssen die Häuser verkraften. Das heißt, wir gehen nächstes Jahr in eine deutliche Minusrunde.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Diese Minusrunde kann logischerweise noch in keiner Planungsrechnung enthalten sein, sodass im Grunde genommen zu den strukturellen Problemen, die der LBK derzeit hat, diese Minusrunde noch on top obendrauf kommt. Wieso verschließen Sie ständig die Augen? Wenn Sie der Auffassung sind, dass im Grunde genommen alles ausgesetzt werden sollte, dass wir uns hinlegen und noch einmal zwei Jahre warten sollten, wenn Sie womöglich der Auffassung sind, dass gar nichts gemacht werden soll, sondern dass das ein Problem der Stadt sei, warum beantworten Sie dann in diesem Hause nach mittlerweile vier Debatten nicht die Frage, woher das Geld dann kommen soll?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

C

Das ist völlig aberwitzig und eine derartige Scheindiskussion, die hier geführt wird, die durch nichts zu überbieten ist, und das kann man so auch nicht weiter mitmachen. Ich verstehe nicht, warum die Leute in Ihrer Fraktion nicht willens und in der Lage sind, sich endlich einmal die Zahlen anzusehen und dieses Schüren von Ängsten zu vermeiden, dass der private Klinikbetreiber, wie es eben gesagt wurde, seine privaten Interessen über die Gesundheit dieser Stadt stelle; das ist aberwitzig. Wer garantiert denn für die Qualität? Das sind doch nicht die Stadt oder der Staat, es sind doch die Krankenkassen, die die Qualitätssicherung durchführen. Das wird von Ihnen einfach nicht zur Kenntnis genommen, sondern nur gesagt, wir wollen den LBK behalten.

Dann wird noch jovial gesagt, man sehe ja, dass hier durchaus ein Problem bestände, und insofern sei man bereit, ...

(Unruhe im Hause – Ekkehard Rumpf FDP: Es ist zu laut hier!)

– Ich sehe, dass das Thema offensichtlich nicht von Interesse ist. Es geht ja auch nur um quasi 1 Milliarde Euro, die dann irgendwo aus dem Haushalt kommen müsste.

Ein Satz noch dazu: Wenn Sie sagen, Sie seien durchaus der Auffassung, es gebe Probleme und man müsse zumindest 49 Prozent abgeben, so ist das eine Scheindiskussion. Es stellt sich nicht die Frage von 49 Prozent, sondern, wenn überhaupt, nur die Frage von 75 oder 25 Prozent. Kein Investor wird in ein Unternehmen mit diesen Problemen und mit der Zukunft, die in Berlin zurzeit gesetzt wird, mit 49 Prozent hineingehen, das Kapital auf den Tisch legen und dann nicht mitreden dürfen.

D

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das ist aberwitzig und eine Scheindiskussion und insofern kann ich Sie nur auffordern, diesen Antrag zurückzunehmen und endlich zur Realität zurückzukommen. Gucken Sie sich die Zahlen an, wenden Sie sich an mich, ich helfe Ihnen da gerne, wir können uns das zusammen angucken, aber hören Sie auf, diese Diskussion zu führen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen zur Abstimmung. Wer möchte den Antrag aus der Drs. 17/3308 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann rufe ich Punkt 63 auf, ein Antrag der Koalitionsfraktionen: Eigentumsmaßnahmen durch Verkauf von Wohnungen an SAGA- und GWG-Mieter.

[Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP: Eigentumsmaßnahmen durch Verkauf von Wohnungen an SAGA- und GWG-Mieter – Drs. 17/3327 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Bau- und Verkehrsausschuss überweisen.

A (Unruhe im Hause)

Bevor ich nun das Wort erteile, möchte ich Sie sehr herzlich bitten, für ein bisschen mehr Ruhe zu sorgen und insbesondere auch diejenigen Abgeordneten bitten, die es betrifft, ihren eigenen Senatoren zuzuhören. Ich darf auch den Senat darum bitten.

Herr Hesse, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hamburg hat 80 Prozent Miet- und Genossenschaftswohnungen. Das macht deutlich, wo der Schwerpunkt der vorherigen Senate war, wo man fördern und was man umsetzen möchte. Das war aus unserer Sicht zu kurz gedacht, denn Hamburg liegt, was die Eigentumsquote angeht, immer noch gemeinsam mit Berlin ganz am Ende im Vergleich zu allen anderen Bundesländern.

Die 80 Prozent Miet- und Genossenschaftswohnungen haben aber auch einen Vorteil, denn sie ermöglichen es uns, der bürgerlichen Koalition, etwas daran zu ändern, damit die Eigentumsquote in Hamburg besser wird. Deswegen haben wir in unserem Koalitionsvertrag auch festgelegt, dass es gerade den Mieterinnen und Mietern der städtischen Wohnungsgesellschaften SAGA und GWG ermöglicht werden soll, ihre Wohnungen zu kaufen.

In den Jahren 2000 bis 2007 werden insgesamt 40 228 öffentlich geförderte Wohnungen aus der Bindung auslaufen. Das ist eine Chance, an diesen 80 Prozent etwas zu verändern und auch in dieser Stadt mehr Eigentum zu fördern. Dabei achtet die Koalition darauf, dass das sozialverträglich geschieht. Es wird vor Beginn der Privatisierung sehr genau geprüft, in welchen Häusern aus Mietkünftig Eigentumswohnungen werden können, und die soziale Verträglichkeit und die Transparenz sind für uns dabei genauso Voraussetzung wie die gute Beratung der Mieterinnen und Mieter, die ein Interesse daran haben, in dieser Stadt Eigentum zu erwerben.

Auch wird das geschehen, was wir damals als Opposition immer wieder gesagt haben: Die Erträge aus den Verkäufen der SAGA- und GWG-Wohnungen wandern nicht in das große Säckel von Herrn Peiner, sondern werden in die Modernisierung investiert, in die Aufwertung unserer Bestände von SAGA und GWG. Wer jetzt Angst hat und denkt, es würden vielleicht irgendwelche Mieterinnen oder Mieter gezwungen oder kämen in Schwierigkeiten, der sei beruhigt. Wer seine Wohnung nicht kaufen möchte, braucht keinesfalls Angst vor einem Wohnungsverlust zu haben, für ihn wird sich nichts ändern. Hamburg will und wird als wachsende Stadt den Eigentumserwerb von Wohnungen sowohl im Neubaubereich als auch durch den Verkauf dieser Bestandsimmobilien erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Duden wird gleich das Wort ergreifen und insofern kann man sich schon denken, was gleich wieder von der Opposition kommt.

(*Barbara Duden SPD: Was Sie sagen, ist doch immer das Gleiche!*)

Ich möchte hiermit auch gleich zu Beginn die Gerüchte, die hier immer verbreitet werden, zerstreuen. Der Verkauf der SAGA- und GWG-eigenen Objekte erfolgt an die Mieterinnen und Mieter zum Zwecke der Eigentumsbildung und nur an diese. Das kann man gar nicht oft genug sagen und das sollte auch in der Öffentlichkeit transpa-

rent gestaltet werden. Frau Möller hat letztens eine Kleine Anfrage gestellt und auch noch einmal in Bezug auf andere städtische Immobilien gefragt, wo denn da der Unterschied sei. Natürlich veräußert die Stadt auch weitere städtisch bebaute Grundstücke nach dem Höchstgebotsverfahren zur Vermögensmobilisierung. Aber das ist nichts Neues, das kommt nicht von diesem Senat, das wurde auch schon unter Rotgrün gemacht und das ist nie erwähnt worden.

(*Bernd Reinert CDU: Eben!*)

Dieser Verkauf findet weiter statt und das hat es bei Ihnen auch schon gegeben.

Um einer weiteren Legendenbildung vorzubeugen – Frau Duden hat es beim Tag der offenen Tür schon wieder behauptet, als wir hierüber eine Debatte hatten –: Es gibt mit diesem Senat keinen Verkauf der beiden städtischen Wohnungsunternehmen. Der Senator hat das auch sehr, sehr deutlich gemacht, indem er die beiden städtischen Wohnungsunternehmen in Kategorie eins gesetzt hat. Darin sind diejenigen, von denen wir uns auch nicht trennen wollen, wo wir ganz klar sagen, hier braucht die Stadt die Mehrheit, hier braucht die Stadt auch das Eigentum an den beiden Immobilienunternehmen.

(*Vereinzelter Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

Warum macht die Koalition genau das, was die jetzige Opposition seit Jahrzehnten nicht gemacht hat? Im Bericht des Statistischen Bundesamts kann man sehr genau nachlesen, dass die ersparte Miete den Rentnern mit Wohneigentum eine zusätzliche Rente von circa 30 Prozent bringt. Sie ist damit eine tragende Säule der Altersvorsorge, das darf man nicht unterschätzen. Die selbst genutzte eigene Immobilie ist nach wie vor die wertbeständigste und sicherste Vermögensanlage. Und viele Mieterinnen und Mieter der SAGA und der GWG haben viele, viele Jahre in ihre Wohnungen und Häuschen investiert. Sie haben damit auch zu einer Stabilisierung verschiedenster Quartiere beigetragen und dies wollen wir belohnen, dies wollen wir verfestigen und sehen dies auch als einen ganz wichtigen Faktor, der von uns auf jeden Fall gefördert und unterstützt werden sollte.

Wie sind die Rahmenbedingungen momentan beim Verkauf von SAGA- und GWG-Wohnungen? Schauen wir doch einmal kurz nach Berlin. Die Bundesregierung hat sich – das ist kein Geheimnis – mittlerweile aus der Neubauförderung zurückgezogen und überlässt alles den Ländern.

(*Jan Quast SPD: Macht sie doch gar nicht!*)

Und nun tritt die Bundesregierung den Wunsch von ungefähr 80 Prozent aller Mieterinnen und Mietern, Wohneigentum zu erwerben, auch noch mit Füßen, indem überlegt wird, die Eigenheimzulage abzuschaffen. Ich nehme mal ein Beispiel. Ein SAGA- oder GWG-Reihenhaus, das zurzeit im Verkauf ist, kostet vielleicht 90 000 Euro und wird den Mietern angeboten. Da beträgt die Eigenheimzulage mit über acht Jahre verteilten Beträgen immer noch 10 000 Euro. Das kann gerade bei dieser Klientel, die wirklich rechnen muss, eine Menge Geld sein und deshalb darf die Eigenheimzulage für diese Menschen nicht gestrichen werden. Wir brauchen sie auch, damit so ein Immobilienerwerb ermöglicht wird.

(*Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

C

D

- A Der Senat hat rechtzeitig mit der Einlösung des Wahlversprechens begonnen. Wir haben und werden bereits dieses Jahr 150 Wohnungen von SAGA und GWG an die Mieterinnen und Mieter verkauft haben. Unsere Initiative heute soll dafür sorgen, dass es noch schneller geht, dass noch mehr Mieterinnen und Mieter in den Genuss kommen, ihre Immobilien kaufen zu können, wenn sie es wollen. Wir wollen, dass endlich alle Mieter einmal befragt werden, um festzustellen, wo denn tatsächlich der größte Bedarf ist, wo der größte Wunsch ist, die Immobilie zu erwerben. Wir wollen, dass bestehende Hindernisse beseitigt werden und auch eine Teilung möglich ist, dass die Bezirksämter zuarbeiten und noch vielen Mieterinnen und Mietern von SAGA und GWG der lang gehegte und von der SPD stets versagte Wunsch erfüllt wird, möglichst schnell den Traum nach eigengenutztem Wohnraum erfüllt zu bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Frau Duden, Sie haben das Wort.

Barbara Duden SPD:* Frau Präsidentin, liebe tapfere Anwesende!

(Vereinzelter Beifall bei allen Fraktionen)

Das verdient doch einen Applaus, das sind dann wirklich diejenigen, die auch am Thema interessiert sind.

- B Ich habe nur ganz wenig Redezeit, will aber deutlich machen, dass der Antrag, den wir heute diskutieren, eigentlich ein Armutszeugnis ist, und zwar ein Armutszeugnis für die Mieter und die Mieterpolitik, die diese Seite des Hauses betreibt, denn eigentlich ist das, was hier passiert, eine erweiterte Werbemaßnahme, sozusagen eine zweite Auflage. Wenn der Wunsch nach Eigentum wirklich so groß wäre, dann hätten sich doch in zwei Jahren nicht nur 150 Mieter – ich glaube, das ist schon geschönt – entschlossen zu kaufen. Von daher glaube ich, dass Hamburgs Mieterinnen und Mieter Ihrer Politik nicht auf den Leim gehen und das ist in der Tat gut so.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber Sie müssen doch noch einmal erklären – ich habe beim Tag der offenen Tür darauf hingewiesen –, dass sich SAGA und GWG natürlich auf der Liste von Herrn Peiner befinden und das macht Unruhe in dieser Stadt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie verbreiten Unruhe, Frau Duden!)

– Ich habe die Liste nicht geschrieben. – Das macht Unruhe in dieser Stadt und Sie äußern sich dazu immer sehr nebulös; das muss man deutlich machen.

Was mir in dem Bereich auch noch ganz wichtig ist, ist die Frage der Abgeschlossenheitsbescheinigung. Da soll es jetzt sozusagen zwei Wartelisten geben. Wer die soziale Erhaltungsverordnung in den Stadtteilen abschafft, schafft doch einen erhöhten Druck bei der Umwandlung von Eigentumswohnungen und schafft natürlich einen erhöhten Druck in den Bezirksämtern bei der Erteilung von Abgeschlossenheitsbescheinigungen. Da kann es nicht zweierlei Recht geben, einmal für die SAGA-Mieter und einmal für die anderen. Dann müssen Sie schlichtweg die Bezirke in diesen Bereichen besser ausstatten. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Jetzt hat Herr Pramann das Wort.

Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine der tragenden Säulen der wachsenden Stadt ist Eigentum in Bürgerhand und das ist die Prämisse, nach der dieser Bürgersenkung handelt.

Zur Reform der Wohnungspolitik: In Hamburg ist es zwingend notwendig, zwischen Privatisierung und staatlicher Regulierung einen Mittelweg zu finden. Die Sicherung gesellschaftlicher Grundwerte und Grundbedürfnisse – hierzu gehört mit oberster Priorität das Recht auf würdiges Wohnen – ist erste Aufgabe des Staates. Vor diesem Hintergrund kann es uns nicht um einen spektakulären Ausverkauf der SAGA- und GWG-Wohnungen gehen. Die Hamburger Bürgerinnen und Bürger, die teilweise jahrzehntelang Mieter der SAGA und GWG sind, sollen vielmehr die Möglichkeit haben, ihr Wohnobjekt zu kaufen. Die Wohnungsbestände selbst umfassen ein breit gefächertes Angebot. Die Erträge aus dem Verkauf wiederum werden zur Renovierung der Wohnungsbestände genommen. Die Verwahrlosung und Verramschung wie damals bei der Neuen Heimat, die dann für 1 DM an einen Bäckermeister verkauft wurde, lassen wir nicht zu.

Trotz der abgekarteten Hetzerei seitens der Opposition ist der Verkauf ohne Verängstigung der Mieter angelaufen.

(Beifall bei Gunnar Butenschön Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Klaus-Peter Hesse CDU)

Ohne Zweifel sind SAGA und GWG schwer manövrierbare Unternehmen. Das gilt ebenso für den komplexen Prozess der Wohnungsveräußerung; das ist auch wiederum nichts Neues. Zu dieser Erkenntnis gelangte der FDP-Bausenator Rolf Bialas bereits 1974. In einer Auseinandersetzung mit den SPD-Ideologen hatte Bialas vorgeschlagen, 30 Reihenhäuser der SAGA an die Bewohner zu veräußern. Die Veräußerung von Wohnungen aus dem Besitz der Stadt ist ein Problem, vor dem sich die Opposition seit Gründung der SAGA erfolgreich gedrückt hat.

(Rolf Kruse CDU: Sehr wahr!)

Wer kauft schon gerne eine Wohnung im achten Stock am Osdorfer Born mit schwierigen Nachbarn? Das will niemand. Der Verkauf der SAGA- und GWG-Wohnungen verlangt einen sensiblen Umgang und muss kontinuierlich, wie in den Punkten unseres Antrags dargelegt, durch entsprechende Maßnahmen zielgerichtet vorangebracht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

All diejenigen, die bisher Wohneigentum erworben haben, wissen um die Wertigkeit. – Danke.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Frau Möller jetzt.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Duden hat es eben schon gesagt: Werbeveranstaltung ist genau die richtige Beschreibung für

- A diese Debatte, die Sie uns hier zu gar nicht so später Stunde, aber vor doch etwas lauem Interesse, präsentieren.

Kommen wir einfach einmal auf die Zahlen zurück. Sie haben den Mieterinnen und Mietern in der ersten Tranche 2200 Wohneinheiten angeboten. Die Mieterinnen und Mieter wurden angeschrieben und 136 haben damals geantwortet; das ist der Stand vom 27. Juli 2002. Vielleicht haben jetzt ein paar mehr geantwortet, aber das war die erste Resonanz. Ungefähr 150 sollen verkauft worden sein, genauere Zahlen konnten wir auch vom Bausenator gestern nicht erhalten. Das heißt, Sie haben bisher über 2000 nicht verkaufte Wohneinheiten aus der ersten Tranche. Jetzt fordern Sie in Ihrem Antrag so schnell wie möglich Verkaufsverhandlungen mit den Mieterinnen und Mietern der zweiten und dritten Tranche. Welche sind das überhaupt? Liegen die Listen schon fest? Wir haben sie noch nicht gesehen, Sie kennen sie vielleicht. Was soll denn das? Dieses Instrument, das Sie hier hin und her bewegen – gerne mit dem Vorwurf an die SPD, sie würde es boykottieren und wir würden das auch noch unterstützen –, ist kein greifendes Instrument auf dem hamburgischen Wohnungsmarkt. Es dient nicht der Eigentumsbildung, es ist gar nicht der Wunsch der Mieterinnen und Mieter, hier so massiv vorzugehen, wie Sie das immer vorschlagen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Woher wissen Sie das, Frau Möller? – Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

- B Sie kommen an dieser Stelle mit Ihrem Konzept nicht durch. Nun ersinnen Sie plötzlich Hemmnisse und, wie Sie es nennen, rechtliche und organisatorische Schwierigkeiten und wo, natürlich wieder am liebsten bei den Bezirken. Der große Hammer wird herausgeholt, es werden sozusagen Notstandsgesetze erlassen. Die Bezirke sollen angewiesen werden, auf Antrag vorrangig diese Abgeschlossenheitsbescheinigungen zu behandeln. Dann soll auch noch – das ist eine viel eklatantere Verletzung des Prinzips, das bisher gilt – das Ermessen so ausgeübt werden, dass im Zweifelsfall die Bescheinigung erteilt wird. Ein Ermessen wird nach fachlichen Gesichtspunkten erteilt und nicht nach politischen Vorstellungen von Projekten, die Sie anders nicht verkaufen können.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Es gibt überhaupt keine erkennbare Notwendigkeit für eine derart eklatante Maßnahme, für ein derartiges Eingreifen in die bezirklichen Kompetenzen. Bei den 170 Wohneinheiten in Langenhorn, die zum Verkauf anstehen, wurde die Abgeschlossenheitsbescheinigung innerhalb einer Woche erteilt. Muss das beschleunigt werden, irgendwie vorrangig gefahren werden? Das ist doch absurd. Beim Projekt, das in Bahrenfeld ansteht – ungefähr 650 oder 670 Wohneinheiten – sind die Abgeschlossenheitsbescheinigungen beantragt worden. Das sind alles einzelne Reihenhäuser, dort soll die Realteilung erfolgen. Es muss Baulast für jedes einzelne Haus festgelegt werden und das dauert. Was wollen Sie denn da noch vorrangig behandeln? Die Verfahren laufen doch. Nur durch das chronologische Prinzip für jeden Antragsteller und jede Antragstellerin geht es gerecht zu. Das wollen Sie aufheben, obwohl diese Verfahren so laufen. Was muss denn da noch bevorzugt gemacht werden?

Sie wollen die Bezirke weiter entmachten, Sie wollen ein politisches Projekt, das in dieser Stadt erkennbar auf

keine Resonanz stößt, auf "zweifelichtigen Wegen" – ich sage es in Anführungsstrichen – voranbringen. Das ist ein Szenario, das die Dimensionen dessen, worum es hier geht, völlig überschreitet.

Der dritte Punkt – Herr Hesse, Sie haben ihn hinten ranhängt, er steht auch nur an dritter Stelle – ist allerdings tatsächlich brisant. Sie wollen, dass die Mieterinnen und Mieter sagen, welches ihre Lieblingsobjekte sind, welche sie gerne kaufen möchten. Bisher läuft das Verfahren zum Glück so, dass die SAGA immer noch nach bestimmten Kriterien die Objekte, die sie zur Mieterprivatisierung voranbringen will, definiert. Jetzt bekommen wir – möglicherweise von mir zugespitzt –, weil einfach das Interesse nicht so da ist, wie Sie es gerne hätten, einen Ausverkauf der Filetstücke der SAGA. Wie soll denn der gesamte Bestand, wenn die Filetstücke langsam in Eigentum übergehen, überhaupt noch gehalten werden können in dieser Stadt? Sie erhöhen die Zinsbelastung, das führt zur Reduzierung der Bewegungsmöglichkeiten der SAGA, zum Beispiel bei den Instandhaltungsmaßnahmen. Sie kürzen das Landesprogramm für Instandhaltungsmaßnahmen und fördern hier scheinbar Eigentumsmaßnahmen, die in dieser Stadt überhaupt nicht auf Interesse stoßen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Herr Rumpf hat das Wort.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Möller, Sie sagen, wir kämen konzeptionell nicht durch. Es sind in der Tat bislang 150 Einheiten verkauft. Die Schwierigkeiten bestehen in dieser Stadt wie in ganz Deutschland mit der Eigentumsbildung. Aber das liegt doch nicht an diesem Senat,

(Heidemarie Scherweit-Müller SPD: Wer hat sie denn verkauft?)

sondern daran, dass die Regierung in Berlin alles tut, um jede Art von Eigentumsbildung im Wohnungsbereich zu torpedieren und die Leute zu verunsichern.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Willfried Maier GAL: Das müsste ja eigentlich zu einer Beschleunigung führen!)

Es ist ja schön, wenn Sie unsere Anträge absichtlich missverstehen, aber, Frau Möller, Punkt drei besagt nichts anderes, als dass die SAGA eine Umfrage machen soll, wo Interesse bei den Mietern über die in der ersten, zweiten und dritten Tranche hinausgehend geprüften Bereiche besteht, die eigenen Wohnungen zu kaufen. Es geht nicht darum, ob mir die Wohnung des Nachbarn gefällt und ich diese eventuell kaufen würde, sondern es geht um die eigene Wohnung.

(Antje Möller GAL: Das habe ich schon verstanden!)

Wenn Sie uns bewusst falsch verstehen, kommen genau diese Geisterdebatten zustande, die wir an dieser Stelle in Bezug auf die SAGA, die wir aber auch schon in Bezug auf die Wasserwerke geführt haben. Es ist einfach nicht seriös, was Sie da machen, denn der Antrag ist nicht in irgendeiner Weise missverständlich.

(Antje Möller GAL: Ich habe ihn auch nicht missverstanden!)

- A Um das abzukürzen: Es gibt in dieser Koalition nur eine politische Kraft, die darüber nachdenkt, Teile des SAGA-Wohnungsbestandes auch an Nichtmieter zu verkaufen,

(Ingo Egloff SPD: Das sind Sie!)

und das sind wir. Ansonsten ist das in dieser Koalition überhaupt kein Thema. Es ist kein Thema des Koalitionsvertrags, es ist kein Thema bei Herrn Senator Peiner und es wird im Zweifelsfall in dieser Legislaturperiode auch kein Thema mehr werden.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Also tun Sie mir den Gefallen und hören Sie auf, die Leute mutwillig zu verunsichern.

Und, Frau Duden, da Sie mit der sozialen Erhaltensverordnung kommen: Wenn sich herausstellt, dass eine Verordnung den gegenteiligen Effekt von dem hat, was eigentlich beabsichtigt war, dann gibt es überhaupt keinen Grund mehr, sie installiert zu lassen. Wir haben uns das nicht leicht gemacht. Wir haben uns das genau angeguckt und ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem die soziale Erhaltensverordnung in den drei Gebieten und die Umwandlungsverordnung auf den Prüfstand gestellt wurden. Wir mussten feststellen, dass trotz der sozialen Erhaltens- und Umwandlungsverordnung die Mietpreise gestiegen sind, dass zunehmend junge und gutsituierte Leute dorthin gezogen sind und die alte Sozialstruktur aufgebrochen worden ist. Wenn eine Verordnung so sinnlos ist, kann man sie auch abschaffen. – Danke.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

B

Vizepräsident Farid Müller: Herr Roock hat das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich angenommen, dass insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der SPD, nach der Aktuellen Stunde und Ihrem Neuwahlantrag, in der Ihr Versagen in der Vergangenheit besonders deutlich klargestellt wurde, wieder zur konstruktiven Politik zurückkehren. Sie scheinen aber nichts davon aufgenommen zu haben. Frau Duden, Sie vermischen einzelne Fakten und versuchen, Ängste der Mieter zu schüren und Mieter zu verunsichern.

(Michael Fuchs CDU: Wie immer!)

Sie wissen, dass die soziale Erhaltensverordnung – Herr Rumpf hat darauf hingewiesen – überhaupt nichts mit dem Verkauf der SAGA zu tun hat. Sie versuchen nur, das so darzustellen. Das ist nicht in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP –
Barbara Duden SPD: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

Herr Rumpf hat auf das Gutachten hingewiesen und aus diesem Gutachten ist klar zu erkennen, dass die soziale Erhaltensverordnung nicht gegriffen hat. Die Fakten liegen auf dem Tisch, nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis. Lesen Sie das Gutachten und dann wissen Sie Bescheid.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Frau Möller, Sie haben ein Projekt in Bahrenfeld angesprochen. Wenn wir in Ihrem Tempo weitermachen würden, bräuchten wir ungefähr dreieinhalb Jahre, um dieses Projekt an die Mieter – es sind ungefähr 600 Wohnungen – zu bringen. Das ist nicht unser Arbeitsstil, wir sind ein bisschen mehr Tempo gewohnt.

(Bernd Reinert CDU: Gut!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht noch einmal deutlich machen, worauf es uns ankommt. Der Verkauf von Wohnungen an Mieter ist und bleibt Schwerpunkt in unserer Fraktion und ist auch Bestandteil der Koalitionsvereinbarung. Ziel ist, die Bildung von Wohneigentum in der Stadt und in den Quartieren sozialverträglich zu fördern, um damit die soziale Stabilität in den Wohngebieten zu unterstützen.

Den Gesichtspunkt der Altersvorsorge im Zusammenhang mit der Eigentumsbildung habe ich schon mehrfach in diesem Haus angesprochen; der Kollege Hesse hat auch noch einmal darauf hingewiesen. Gleichfalls habe ich mehrfach darauf hingewiesen, dass die Wohnungen nur Mietern angeboten werden. Spekulationen mit Wohneigentum wird es mit uns nicht geben, um das noch einmal deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir wollen den Schwerpunkt unserer Koalitionsvereinbarung beschleunigt umsetzen und bürokratische Hindernisse so schnell wie möglich ausräumen; dazu soll dieser Antrag dienen. Eine Beschleunigung ist insofern wichtig, als die Spekulationen um die Eigenheimzulage in Berlin noch lange nicht vom Tisch sind. Für das eine oder andere Flächenland mag diese Kürzung richtig sein, für Hamburg jedoch nicht; das zeigen auch die Zahlen in Hamburg. Hamburg hat lediglich einen Anteil von 20 Prozent im Eigentumsbereich

(Barbara Duden SPD: Das liegt ja wohl am Stadtstaat!)

und das ist schlicht und ergreifend zu wenig. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen auf die Baukonjunktur und den damit verbundenen Abbau von Arbeitsplätzen. Das kann nicht in unserem Sinne sein, das ist auch nicht mit den Zielen der wachsenden Stadt zu vereinbaren, denn wir brauchen Beschäftigungszuwachs.

Die Zusammenhänge sind nun wirklich nicht schwer zu begreifen. Insofern helfen uns verzerrte Darstellungen und das Schüren von Ängsten bei den Mietern nicht weiter. Beschränken Sie sich lieber, Frau Duden, auf konstruktive Kritik zum Wohle der Bürger dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Roock, weil diese Debatte gerade spannend ist, haben wir die Überweisung an den Ausschuss beantragt. Es geht zum Beispiel darum, wieso das in dem einen Fall so lange dauert und in dem anderen nicht. Wie kommen diese drei Jahre zustande und was läuft vielleicht falsch bei Ihrem Ansatz? Ich muss auch nicht immer den prinzipiellen Streit um Ja oder Nein von Miet-

C

D

- A wohnungsprivatisierung haben, aber ich bin es Leid, hier schlecht formulierte Anträge abhandeln zu müssen, die nicht ordentlich fachlich begründet werden und einen Detailgrad haben, sodass wir darüber entweder in einer fachlich spannenden Diskussion im Ausschuss diskutieren sollten oder uns hier gegenseitig nur irgendwelche Vorurteile an den Kopf werfen.

Es ist schade um das Thema, es ist auch schade um den Antrag, wenn er denn so gemeint ist, wie Sie ihn hier vorstellen.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Aber vor allem geht es um das Thema, was man den Bezirken an der Stelle wegnehmen darf und was man vielleicht anders mit der SAGA oder anderen Betroffenen verhandeln müsste, wenn Sie diesen Antrag umsetzen wollen. Das ist das Spannende daran und ich finde es bedauerlich, dass Sie diese politische Diskussion verweigern.

(Beifall bei der GAL – *Hans-Detlef Roock* CDU: Wir bieten Ihnen gleich was an, Frau Möller!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Rumpf hätte gerne das Wort. Bitte schön.

Ekkehard Rumpf FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, vorab werden wir es nicht tun, denn Beschleunigung war gerade Sinn dieses Antrags, aber nachträglich tun wir Ihnen den Gefallen und überweisen das. Okay?

B

(Zurufe von der GAL: Super!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den ersten Überweisungsantrag abstimmen und komme dann auf den anderen zurück.

Wer stimmt vor der Sachabstimmung für eine Überweisung der Drs. 17/3327 an den Bau- und Verkehrsausschuss? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Letztere gab es nicht. Dieser Überweisungsantrag ist abgelehnt.

Dann komme ich zur Abstimmung in der Sache. Wer den Antrag aus der Drs. 17/3327 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen ist der Antrag mit Mehrheit so beschlossen worden.

Es gab aus der FDP den Antrag, diese Drucksache nachträglich an den Bau- und Verkehrsausschuss zu überweisen. Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache an den Ausschuss zu? – Vielen Dank. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 59, Drs. 17/3323. Das ist der Antrag der Koalitionsfraktionen: Bundesratsinitiative zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch.

**[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:
Bundesratsinitiative zur Änderung des Fünften
Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) – Drs. 17/3323 –]**

C

Es gibt Einvernehmen darüber, dass keine Debatte stattfinden wird. Wer den Antrag aus der Drs. 17/3323 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist der Antrag mit Mehrheit so beschlossen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 58, Antrag der GAL-Fraktion, Drs. 17/3322: Für eine Hamburger Vorreiterrolle bei der Fusion von Arbeits- und Sozialämtern.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Für eine Hamburger Vorreiterrolle bei der Fusion von
Arbeits- und Sozialämtern – Drs. 17/3322 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kerstan, bitte.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Deutschland befindet sich in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten und die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickelt sich dramatisch mit ständig steigenden Arbeitslosenzahlen. Vor diesem Hintergrund sind alle Regierungen, ob auf Landes- oder Bundesebene, dazu angehalten zu überprüfen, inwieweit die Arbeitsmarktpolitik effizient und wirkungsvoll ist. Sowohl im Bund als auch in Hamburg finden in diesem Rahmen sehr viele Änderungen statt, aber auch sehr viele Debatten. Wir streiten uns da um den richtigen Weg und das ist auch richtig und sinnvoll.

D

Ein Instrument ist im Moment in der Debatte und wird überparteilich für sinnvoll angesehen. Es handelt sich dabei um die Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe und den anschließenden Aufbau von Job-Centern als gemeinsame Anlaufstellen für erwerbsfähige Arbeitslose. Ziel dieser Operation ist es, Bürokratie abzubauen, Doppelstrukturen abzubauen und Hilfen aus einer Hand für alle, die arbeitsfähig sind, anzubieten, denn wir alle wissen, dass in der Vergangenheit die Strukturen auf kommunaler und auf Bundesebene teilweise aneinander vorbeigearbeitet und dazu beigetragen haben, dass die eine Ebene die Verantwortung für Arbeitslose auf die andere abgeschoben hat, ohne dass damit den Arbeitslosen wirklich geholfen wurde. Diese Art der Verschiebepipeline zwischen staatlichen Programmen muss aufhören und das, so nehmen wir die Debatte wahr, ist ein überparteilicher Konsens und das ist auch gut so.

Dennoch stockt das Projekt. Warum ist das so? Die Bundesregierung hat das Angebot gemacht, die Finanzierung für alle arbeitsfähigen Erwerbslosen zu übernehmen. Das ist im ersten Schritt natürlich ein großes Angebot. Man wundert sich, warum das jetzt nicht weitergeht, worum eigentlich der Streit geht, denn letztendlich wäre das eine Entlastung der Kommunen, auf die die Kommunen sich eigentlich freudig einlassen müssten. Streit gibt es im Moment darüber, wie man das Ganze organisiert, wer zuständig ist, wer den Hut aufhat. Das zuständige Bundesministerium und Teile der SPD wollen, dass die Bundesanstalt für Arbeit die alleinige Zuständigkeit für diesen Bereich bekommt. Die CDU auf Bundesebene möchte

- A diese Zuständigkeit ausschließlich bei den Kommunen angesiedelt haben. Der Hamburger Senat fährt so ein bisschen einen parteipolitischen Geisterfahrruck und unterstützt den Vorschlag der SPD und möchte diese Aufgabe am liebsten gestern als heute loswerden und allein den Bund dafür zuständig sein lassen.

An dieser Frage sollte kein ideologischer Grabenkrieg ausbrechen. Das ist eine organisatorische Frage, die man auch ganz pragmatisch im Sinne der Arbeitslosen und auch im Sinne unserer Haushalte lösen kann. Unbestritten wäre sowohl die Bundesanstalt für Arbeit mit einer alleinigen Zuständigkeit überfordert – das wäre mittlerweile schon die fünfte Großbaustelle innerhalb weniger Jahre, die man dieser Großorganisation zumuten würde –, aber auch die Kommunen würden eine alleinige Zuständigkeit schwerlich verkraften. Es wäre auch fachlich gar nicht sinnvoll, denn beide Seiten haben Kompetenzen, die sie beitragen können, und nur die Kombination dieser Kompetenzen schafft die sinnvollen Synergien, die dieses Projekt erst erfolversprechend machen.

In den Sozialämtern gibt es sehr wirkungsvolle Hilfen zur persönlichen Weiterentwicklung von Erwerbslosen im Falle von Drogenabhängigkeit, Überschuldung und ähnlichen Dingen, die erst gelöst werden müssen, bevor man die Betroffenen in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Die Bundesanstalt hat mit Sicherheit sehr viel arbeitsmarktpolitische Kompetenz. Von daher tut ein sinnvolles Kooperationsmodell Not, das beide Ebenen verbindet, das sicherstellt, dass sowohl der Bund als auch die Kommunen ihre Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen beim Aufbau von Job-Centern fair einbringen und produktiv bündeln können.

- B Der Streit um Zuständigkeiten und die Finanzierung darf die notwendigen Vorarbeiten, die für eine zügige Umsetzung der Job-Center notwendig sind, nicht blockieren, denn diese notwendigen Vorarbeiten können auch unabhängig davon, wie jetzt die Zuständigkeiten geregelt sind und wer die Finanzierung übernimmt, schon heute aufgrund der aktuellen Gesetzeslage durchgeführt werden.

Deshalb fordern wir den Hamburger Senat auf, seiner Verantwortung für die Arbeitslosen in dieser Stadt gerecht zu werden und die Vorarbeiten zur Einrichtung gemeinsam betriebener Job-Center umgehend zu beginnen und voranzutreiben. Dabei muss der Senat in Kooperationsverhandlungen mit dem Arbeitsamt Hamburg eintreten, um dieses sicherzustellen. Diese gemeinsamen Anlaufstellen sollen mit dem bestehenden Personal aus beiden Ebenen besetzt werden und in allen Bezirken in geeigneter Größe mit einem Schlüssel von 75 : 1 vorgesehen werden, wie alle Gesetzesvorschläge das vorsehen.

Ich weiß, dass Sie dagegen Einwände haben werden. Sie sagen, man müsse sich erst auf Bundesebene darüber einigen.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Aber das würde gar nicht gehen!)

Das würde auf diese Art und Weise gar nicht gehen. Ich kann Sie beruhigen, denn das Beispiel, das diesem Projekt zugrunde liegt, ist das Job-Center in Köln. Es wurde vor wenigen Jahren ohne diese Verhandlungen, die im Moment aufgrund der jetzigen Gesetzeslage laufen, mit Erfolg gestartet. Im Job-Center Köln arbeiten jeweils 100 Mitarbeiter aus den Sozial- und Arbeitsämtern. Sie bieten sehr erfolgreich diese Hilfen aus einer Hand an, die fachbezogen und fallspezifisch auf die jeweiligen Probleme

der dort Hilfe Suchenden zugeschnitten sind. Man kann also, wenn man will.

Herr Senator Uldall hat im Haushaltsausschuss gesagt, die Arbeitsmarktpolitik sei auch für die Koalition ein wichtiger Punkt. Ihm gehe es darum, diese effizient und wirkungsvoll zu gestalten. Mit diesem Antrag nehmen wir Sie beim Wort. Hamburg muss sich seiner Verantwortung für die Arbeitslosen in dieser Stadt stellen. Angesichts der dramatischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfen die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen nicht abwarten, bis das aufwendige Gesetzgebungsverfahren im Bundestag, im Bundesrat und dann im Vermittlungsausschuss abgeschlossen sein wird.

Das Ergreifen der Initiative zur von uns allen politischen Kräften gewollten Kooperation von Arbeits- und Sozialämtern ist schon jetzt möglich und dringend notwendig. Hamburg kann und soll hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Darum bitte ich um die Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, Herr Kerstan hat es ausgeführt, ist eines der größten Reformvorhaben der Bundesregierung und auch seit Jahren überfällig. Gerade die jüngeren Abgeordneten dürfen es noch ganz ungeschützt sagen, denn sie sind sicherlich an dieser Verzögerung nicht Schuld. Es ist auch eine Verzögerung, die nicht einer Partei oder einer Regierung zugerechnet werden kann, sondern alle Parteien, alle Regierungen der Vergangenheit sind dieses Projekt nicht angegangen.

Es war eine sehr unselige Situation. Wir hatten zwei nebeneinanderher laufende Programme für Menschen in sehr ähnlichen, in gleichen Lebenssituationen, wir hatten die geschilderten Verschiebepbahnhöfe. Es ist gut, dass es einen breiten Konsens gibt und das ein Ende hat. Ich hoffe, dass diese Übereinstimmung auch soweit trägt, dass die CDU-geführten Länder in dem jetzt beginnenden Gesetzesprozess konstruktiv mitarbeiten und die Gesetze, die jetzt im Bundestag sind, auch sehr schnell und möglichst unverändert durch den Bundestag kommen, wobei die Zuständigkeiten, die wir letztes Mal auch schon diskutiert haben, und die Finanzierung natürlich so geregelt werden müssen, dass für die Länder das Beste dabei herauskommt. Es geht natürlich vor allen Dingen ums Geld, aber diese Debatte haben wir letztes Mal hier geführt und festgestellt, dass wir einen breiten Konsens haben.

Die Aufgaben, die vor den Behörden, den Arbeitsämtern, den Sozialämtern und vor allen Dingen vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegen, sind ungeheuer groß und es wird eine gewaltige Kraftanstrengung brauchen, um diese Aufgaben zu lösen. Ich hoffe, dass auch in Hamburg Sozialbehörde und Arbeitsamt diese enorme Aufgabe zu schultern wissen.

Ich will nur eine Anmerkung machen. Bei diesem Thema wird sehr klar, wie eng Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik miteinander verzahnt sind und wie unselig sich die Trennung von Soziales und Arbeitsmarkt in Hamburg auswirken kann, denn in den Kommunen gibt es die Situ-

- A ation, dass die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik eng zusammenliegen. Das hat vor Ort eine viel größere Bedeutung als auf Bundesebene. Ich hoffe, dass es hier nicht, wie an anderen Stellen, zu Doppelkompetenzen und Verzögerungen kommt, weil nicht richtig klar ist, welche Behörde wann zuständig ist.

Ich interpretiere den GAL-Antrag als einen Versuch, diese und auch die noch offenen Fragen der Zusammenlegung in den parlamentarischen Raum zu bringen, damit wir uns in den Ausschüssen – deswegen beantragen wir auch die Überweisung – ein Bild von dem machen können, was in Hamburg konkret passiert ist, und auch von dem, was noch zu leisten ist. Ich halte es aber auch für richtig, Entscheidungen über die Struktur vor Ort und vor allen Dingen Entscheidungen darüber, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wo machen müssen, in dem Moment zu treffen, in dem auch wirklich klar ist, wie das ablaufen muss. Um bei Ihrem Bild, Herr Kerstan, der Baustelle zu bleiben: Es ist gut, frühzeitig anzufangen zu buddeln, aber man muss auch wissen, wo man buddelt und wie es genau aussehen muss. Deswegen bin ich der Meinung, dass dieser Antrag – ich will nicht sagen aktionistisch – ein bisschen früh ist. Er kann uns und er kann allen helfen, wenn die Koalitionsfraktionen dem zustimmen, im parlamentarischen Raum darüber zu diskutieren. Aber wir konnten nicht so weit gehen zu sagen, wir stimmen dem jetzt schon zu, weil wir der Meinung sind, dass man die Entscheidung abwarten sollte.

- B Deswegen der eindringliche Appell an die Mitglieder der Koalitionsfraktionen – ich habe gehört, Sie wollen einer Überweisung nicht zustimmen – dem Überweisungsantrag zuzustimmen. Er bietet uns Gelegenheit, diese Fragen zu diskutieren, es gibt noch eine ganze Menge Fragen. Lassen Sie uns Arbeitsamt, Sozialbehörde, Wirtschaftsbehörde und die vielen anderen, die damit verbunden sind, hören, denn Job-Center heißt, wenn man noch einmal ins Hartz-Konzept guckt, nicht einfach nur gemeinsame Dienststelle. Die sollen sich ja um vieles andere auch kümmern, Aufgaben, die von ganz anderen Trägern übernommen worden sind. Ich rede nur von der Kinderbetreuung, von Wohnungen und so weiter und so fort. Wir wissen, dass Menschen, die dorthin kommen, eine ganze Reihe von Problemen haben und das wird die Zusammenarbeit von sehr vielen erfordern.

Lassen Sie uns diese Chance nutzen, das Thema in den Ausschüssen zu diskutieren. Ich kann Ihnen auch gleich Folgendes ankündigen: Sollten Sie diesem Antrag beziehungsweise seiner Überweisung nicht zustimmen, werden wir zumindest versuchen, dieses Thema im Wege einer Selbstbefassung noch einmal in den Ausschüssen auf die Tagesordnung zu bringen, denn ich glaube, es tut uns allen gut, das Thema ausgiebig zu diskutieren.

Herr Kerstan, ich möchte noch einen Satz zu den Job-Centern sagen, die Sie angesprochen haben. Natürlich, das Job-Center in Köln ist das Modell für die ganze Reform. Wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, ob das so aussehen wird. Es ist auch richtig, dass man jetzt in Hamburg Job-Center einrichten könnte, aber es könnte uns auch passieren, dass wir sie einrichten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinschicken, alles neu strukturieren, um in einem halben Jahr festzustellen, dass wir wieder neu strukturieren müssen. Das hielte ich für eine Vergeudung von Arbeitskraft und nicht für sonderlich effizient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Als Nächster hat Herr Dr. Mattner das Wort.

Dr. Andreas Mattner CDU:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Herr Kerstan, ich will mit einem Bild anfangen: Sie wollen ein Dach auf ein noch nicht gebautes Haus setzen. Um vielleicht auf Ihr Bild von einem Zug einzugehen, mein Zug ist zwar kein Geisterzug, sondern ein fahrender Zug, aber mein Eindruck ist, Sie haben das Aufspringen verpasst und wollen uns jetzt im Nachhinein weismachen, Sie könnten noch etwas zur Debatte beitragen. Ich glaube das nicht.

Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ist richtig und notwendig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte hierzu bereits in der letzten Legislaturperiode das Papier "Arbeit für alle" beschlossen und sich in den wesentlichen Punkten für die Zusammenlegung ausgesprochen und die Details eingebracht.

Auch wir haben in der Hamburgischen Bürgerschaft gehandelt und im Juli dieses Jahres mit Antrag der Regierungsfractionen vom Juni die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beschlossen, um damit unseren Senat in seiner Durchführung zu unterstützen. Leider konnten Sie sich, Herr Kerstan, damals nicht diesem Anliegen anschließen, obwohl Sie damit eine Möglichkeit gehabt hätten, das Verfahren zu beschleunigen.

Am letzten Donnerstag wurde nun im Deutschen Bundestag in erster Lesung der CDU-Entwurf zum Existenzgrundlagengesetz behandelt. Der Zeitplan der Bundesregierung sieht vor, dass das Gesetzgebungsverfahren bis zum Jahresende abgeschlossen ist und die neuen Regelungen zum 1. Juli 2004 in Kraft treten. Bereits am 26. September wird der Gesetzentwurf im Bundesrat eingebracht, dessen Zustimmung er allerdings bedarf.

Liebe GAL-Kollegen, es ist schon verwunderlich, dass Sie in Ihrer Antragsbegründung – gerade eben auch Herr Kerstan im Parlament – ausdrücklich auf das aufwendige Gesetzgebungsverfahren des Bundes und die damit verbundene Zeitverzögerung hinweisen. Sie sind es gewesen, die fünf Jahre mit einer Reform auf sich haben warten lassen und damit die Situation am Arbeitsmarkt mit verschlechtert haben. Abgesehen davon verfolgen die beiden Bundesgesetzentwürfe in vielen Punkten die gleichen Ziele. Das gegenwärtige Nebeneinander beider Systeme ist in der Tat für Erwerbstätige ineffizient, intransparent und wenig bürgerfreundlich. Da bin ich mir auch einig mit Frau Dräger, die das eben gesagt hat.

Es gibt eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die unbestritten und zu begrüßen sind, insbesondere dass die Systeme dadurch zusammengeführt werden. Die Arbeitsanreize bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und die Sanktionen bei Arbeitsverweigerung werden verstärkt. Es bestehen aber auch, meine Damen und Herren, Unterschiede, die in unserem Gesetzentwurf deutlich besser geeignet erscheinen, um die anstehenden Probleme zu bewältigen.

SPD und Grüne, das haben wir gerade gehört, wollen die neuen Leistungen bei der künftigen Bundesagentur für Arbeit ansiedeln und hierfür den zusätzlichen Einsatz von bis zu 11 800 Beschäftigten vorsehen. Dies würde Mehrkosten in Höhe von 760 Millionen Euro bedeuten. Der Gesetzentwurf der CDU demgegenüber sieht vor, neue Leistungen bei den Kommunen anzusiedeln, wo bereits

- A rund 25 000 qualifizierte und bewährte Mitarbeiter Arbeit bei der Betreuung von Sozialhilfeempfängern leisten.

Über die Frage, in welcher Art und Weise die Arbeitsämter an dieser Aufgabe beteiligt werden, muss im Gesetzgebungsverfahren in der Tat noch ausführlich beraten werden. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf der Union im Gegensatz zum Regierungsentwurf die Einführung eines Niedriglohnssektors vor.

Hamburg, das haben Sie richtig gesehen, stimmt dem Existenzgrundlagegesetz grundsätzlich zu, aber nur unter der Voraussetzung – das haben wir hier auch immer wieder deutlich gemacht –, dass Hamburg finanziell nicht zusätzlich belastet wird. Aus diesem Grunde hat Hamburg einen Änderungsantrag vorbereitet, weil wir auch mit dem hessischen Entwurf nicht in allen Punkten konform gehen können. Hamburg hat noch Vorbehalte bei der Erstattung kommunaler Aufwendungen in Höhe von nur 47 Prozent gegenüber den sonst diskutierten 66,7 Prozent. Hamburg hat ebenfalls Vorbehalte bei einer erhöhten Kostenbelastung von über 500 Millionen Euro, die sich nämlich aus der Verpflichtung der Kommunen ergibt, Arbeitsgelegenheiten für alle Arbeitsfähigen zu schaffen und dauerhaft Lohnsubventionen für den Niedriglohnssektor finanzieren zu müssen.

Das muss erst geklärt sein. Hamburg kommt dem Wunsch nach einer Vorreiterrolle gerne nach, denn genau diese Rolle hat Hamburg bereits durch das sich Einbringen in Gesetzgebungsverfahren eingenommen, schließlich haben wir im Juni genau diesen Antrag hier im Parlament eingebracht, weit bevor Sie sich damit beschäftigen wollten.

B

Unsere Regierung wird sich dieser Verantwortung stellen und wird auch die Lösung mitnichten blockieren. Es wäre allerdings jetzt voreilig, an Ausgestaltungsdetails zu basteln – das habe ich zumindest auch von Frau Dräger vernommen –, obwohl die Rahmenbedingungen noch nicht ausgehandelt sind. Dann kann man hier auch nicht ernsthaft ein Kölner Beispiel benennen, das unter ganz anderen Rahmenbedingungen gesetzt worden ist. Heute geht es um ganz andere Rahmenbedingungen. Ob es so geregelt werden würde, ist eine hypothetische Frage. Wir müssen bei der Ausgestaltung warten, bis die Grundsätze geklärt sind.

Meine Damen und Herren, wir laden Sie herzlich ein, an der zügigen Herbeiführung eines sinnvollen Kompromisses im Bundestag, im Bundesrat und möglicherweise auch im Vermittlungsausschuss kooperativ mitzuwirken. Lassen Sie uns also erst gemeinsam das Haus bauen und dann können wir auch ein Dach draufsetzen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Braak.

Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Was will die GAL uns hinsichtlich der Verwaltung von Arbeitslosigkeit eigentlich mit Ihrem Antrag suggerieren? Herr Kerstan, haben Sie diese Broschüre des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln gelesen?

(Uwe Grund SPD: Das muss man sofort verbrennen! – Erhard Pumm SPD: Das muss man behandeln wie ein Gebetbuch!)

C

– Ich kann ja ein bisschen daraus zitieren, dann werden Sie staunen.

Schon im Vorwort heißt es:

"Der Vorgang lenkt den Blick auf den Monolith Bundesanstalt, der mit rund 70 000 festen sowie 20 000 befristeten und sonstigen Mitarbeitern einen jährlichen Etat von rund 50 Milliarden Euro verwaltet. Die Effizienz, aber auch die Effektivität der Behörde wurde von der Öffentlichkeit infrage gestellt."

Von mir auch.

(Erhard Pumm SPD: Die schreiben doch immer von der Leichtigkeit des Seins!)

"So verwunderte, dass für die eigentliche Aufgabe der Arbeitsämter, nämlich die Vermittlung von Arbeitslosen, nur knapp 10 Prozent der Beschäftigten zur Verfügung standen."

Das ist Ihre hoch gelobte Bundesanstalt für Arbeit.

(Erhard Pumm und Gesine Dräger, beide SPD: Wieso unsere?)

Im letzten Satz Ihres Antrags ist von der Arbeitsmarktkompetenz des Arbeitsamtes die Rede. Es klingt angesichts steigender Arbeitslosenzahlen wie Hohn, ausgerechnet denen das Schicksal Langzeitarbeitsloser aus dem Sozialhilfebereich zusätzlich anzuvertrauen, die nachweislich gerade im Bereich der Arbeitslosen-II-Empfänger und -Empfängerinnen wenig ermutigende Ergebnisse vorlegen können, alles nach dem Motto, wer in der Lage ist, 4,5 Millionen Arbeitslose zu verwalten, der wird auch in der Lage sein, Millionen Sozialhilfeempfänger in ihrer Statistik mit aufzunehmen, so als wollte man endlich wissen, wie viele es denn nun wirklich sind: Seht her, so viel Arbeitswillige haben wir, leider fehlen Arbeitsplätze für die Arbeit Suchenden.

D

(Farid Müller GAL: Wo gibt es die denn?)

Das ist falsch. Es gibt genügend Arbeitsangebote, in die hinein vermittelt werden kann.

(Erhard Pumm SPD: Genau umgekehrt!)

Das Sozialamt zahlt nach dem Hilfefgesetz in besonders schwierigen Fällen das Geld zum Lebensunterhalt hinzu. Sinnvoll ist es, alles denen an die Hand zu geben, die dieses schwere Amt – wenn auch mit unterschiedlichen Ergebnissen – bereits seit Jahrzehnten ausüben. Wir sollten den Behördenmitarbeiter beistehen und Umstrukturierungen gegen deren Willen vermeiden.

Der Gesetzgeber hat bei der Verabschiedung des Hilfefgesetzes Arbeitsallergie nicht als Behinderung erkannt und so das Gesetz auch nur unzureichend auf den Weg gebracht. "Das ist alles nichts für mich, da bleibe ich doch gleich zu Hause". Von diesem Denkansatz müssen wir weg.

Die Politik der vergangenen Jahrzehnte hat die Schamgrenze so gut wie aufgehoben und die Schwelle der Arbeitsverweigerung so niedrig gelegt, dass es eigentlich egal ist, wer diesen Missstand verwaltet.

- A Geld von den Arbeitsämtern gibt es nur deshalb, weil dies durch eine Pflichtversicherung gedeckt ist. Wenn der Versicherungsanspruch erlischt, sollte es nur noch Geld geben, wenn nachweisbar eine Verhinderung zur Arbeitsaufnahme vorliegt, und nicht, weil den Hilfe Suchenden die Arbeit allgemein und im Besonderen nicht gefällt. Die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit, so glauben die Antragsteller, wird bei der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialamt im Job-Center besser als bisher ermöglicht. Das ist der Traum, den Sie bei allen anderen gescheiterten Projekten auch geträumt haben, die ich hier gar nicht alle aufzählen möchte.

(Dr. Verena Lappe GAL: Da würden Sie auch scheitern!)

Sie sind einfach nicht bereit, das Problem, das uns die stetig steigende Arbeitslosigkeit beschert hat, zu erkennen. Es ist nicht so, wie Sie glauben. Es besteht kein Mangel an Bereitschaft, das Angebot an Arbeit zu bündeln, zu zentralisieren und mit dem entsprechenden Know-how an die Bedürftigen heranzutragen. Es ist der Mangel an Bereitschaft, Arbeit anzunehmen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Fünf oder vier Millionen Arbeitsverweigerer in der Bundesrepublik!)

Solange die Ablehnung schon allein damit begründet werden kann, dass der tägliche Rhythmus, den der Hilfe Suchende inzwischen hat, verändert werden muss, nützt keine Einrichtung etwas, die auf freiwillige Arbeitsaufnahme setzt.

(Glocke)

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Müller?

Richard Braak (fortfahrend): Nein.

(Dr. Willfried Maier GAL: Da kommt der Virus, dass die mit einmal alle nicht mehr wollen!)

Auch eine Zusammenlegung könnte nicht das leisten, was ein psychologischer Dienst zu leisten imstande ist. Menschen, die verlernt haben, für sich selbst und für von ihnen Abhängige Verantwortung zu tragen, bedürfen mehr als nur eines Arbeitsangebots. Langzeitarbeitslose darf es eigentlich gar nicht geben. Aber um die handelt es sich in der Regel bei Sozialhilfebeziehern. Wenn ein Arbeitsloser sich nicht selbst helfen kann, muss unsere Gesellschaft helfen. Darüber gibt es keine unterschiedliche Auffassung in diesem Hause. Es ist das Wie, was uns zu unterschiedlichen Auffassungen kommen lässt. Es sind die unwirksamen Mittel, die bisher immer wieder eingesetzt wurden. Ich verweise nochmals auf die Broschüre des Instituts der Deutschen Wirtschaft mit Sitz in Köln, die Sie alle in Ihrem Fach liegen haben.

Allein bei der Bekämpfung von missbräuchlichem Bezug mit der Erkenntnis über das Verhalten arbeitsfähiger Hilfebezieher ist einiges zu Tage getreten: voller Hilfebezug und die Ausübung von Tätigkeiten, die bei Vermittlern wegen der Unzumutbarkeit abgelehnt wurden, anstatt Annahme des unschwerflichen Angebots und zusätzlichen Hilfebezugs oft mit der Bemerkung: Sonst komme ich mit dem Geld nicht aus.

Das stimmt natürlich. Das erste Modell ist wesentlich einträglicher.

Wir sollten mehr darauf achten, dass Illegalität nicht ver- C
harmlos und Anständigkeit nicht, wie bisher mehr und mehr zu beobachten ist, zur Benachteiligung führt. Was hindert uns eigentlich daran, in dieser Frage einheitlich vorzugehen? – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Pauly.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich kann es, glaube ich, kurz machen, denn es ist fast alles gesagt worden. Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe halten auch wir für eine vernünftige Entscheidung. Aus meiner Sicht oder der Sicht der FDP ist es aber völlig daneben, eine neue Superbürokratie aufzubauen, anstatt die Betreuung vor Ort zu lassen. Grundsätzlich begrüßen wir die Zusammenlegung, denn sie geht in Richtung unserer Absicht, das Steuersystem so umzustellen, dass wir ein Bürgergeld einführen können.

Ich halte es im Zusammenhang mit dem GAL-Antrag für völlig verfehlt, dass wir angesichts des Gesetzes-Tohuwabohus, das wir zur Genüge aus Berlin kennen, anfangen sollten zu buddeln – um mit den Worten von Frau Dräger zu sprechen –, obwohl wir noch nicht einmal wissen, wo die Baustelle errichtet wird, denn Herr Kerstan hat keine Vorschläge gemacht, wie wir es finanzieren sollen. Insofern werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei D
Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3322 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer den Antrag aus der Drs. 17/3322 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 26, Senatsantrag, Drs. 17/3280: Kategorisierung der unmittelbaren Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg und der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH; Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens aus der Drs. 17/1894 "Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen".

[Senatsantrag:

Kategorisierung der unmittelbaren Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg und der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH; Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens aus der Drs. 17/1894 "Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen" – Drs. 17/3280 –]

- A Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer begehrt das Wort? – Frau Pauly, Sie haben es.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! 63 öffentliche Unternehmen, die direkten Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg und der HGV, der Beteiligungsgesellschaft, befinden sich im Visier einer ordnungspolitischen Überprüfung. Die wirtschaftliche Betätigung des Staates ist eine der beliebtesten Spielwiesen des staatlichen Führungspersonals, unabhängig von der politischen Farbe. Kein Wunder, denn abseits der direkten parlamentarischen Kontrolle lässt es sich fein mauscheln. Da gibt es schöne Pöstchen, auf die man verdiente oder lästige Kollegen abschieben kann. Gar mancher hat sich dort als Wirtschaftskapitän aufgespielt und die Steuerzahler durften hinterher die Scherben zusammenkehren.

Auch Hamburg kennt solche Beispiele. Sie liegen zwar lange zurück, aber der eine oder andere Kollege hier im Raum wird sich erinnern: Persienpleite, Hadag-Affären oder was es sonst noch alles gab.

Die Stadt hat damals insoweit gelernt, als die gesamte Beteiligungsverwaltung reorganisiert wurde. Es wurden den Unternehmen Ziele vorgegeben und doppelte Kontrollen eingeführt. Zusätzlich zur Fachbehörde bekam die Finanzbehörde die finanzielle Aufsicht über jedes öffentliche Unternehmen.

Naturgemäß entwickelte sich aus doppelter Zuständigkeit auch doppelte Unternehmensverwaltung in der Finanz- und in jeweils anderen Fachbehörden. Heute, wo Verwaltungsverschlingung angesagt ist, wird das zurückgedreht.

- B Ich will das eigentlich nicht kritisieren, wohl aber auf die Gefahr hinweisen, die damit verbunden ist. Natürlich lebt es sich leichter mit der staatlichen Garantie, die den Konkurs ausschließt. Umso wichtiger ist es, eine verantwortliche Aufsicht sicherzustellen. Dagegen wird gern mit der Selbstständigkeit der öffentlichen Unternehmen argumentiert. Mir geht es darum, die Rechte der Eigentümer, der Hamburger Bürger, zu wahren, denn wenn es schief läuft, können sie nicht an der Börse verkaufen, sondern bleiben auf ihren Anteilen sitzen.

Schon deshalb bedarf es auch einer eingehenden parlamentarischen Kontrolle. Uns Liberalen – das ist ja bekannt – waren die öffentlichen Unternehmen immer ein Dorn im ordnungspolitischen Auge, treten sie doch vielfach in Wettbewerb zu den privaten. Dieser Wettbewerb ist alles andere als fair, denn Privatunternehmen tragen das Risiko des Scheiterns, bei öffentlichen ist der Konkurs ausgeschlossen. Nun frage ich Sie: Wie wollen Sie Wettbewerb mit einem Unternehmen machen, das nicht Pleite gehen kann?

Schon deshalb bedarf es auch einer eingehenden parlamentarischen Kontrolle. Uns Liberalen – das ist ja bekannt – waren die öffentlichen Unternehmen immer ein Dorn im ordnungspolitischen Auge, treten sie doch vielfach in Wettbewerb zu den privaten. Dieser Wettbewerb ist alles andere als fair, denn Privatunternehmen tragen das Risiko des Scheiterns, bei öffentlichen ist der Konkurs ausgeschlossen. Nun frage ich Sie: Wie wollen Sie Wettbewerb mit einem Unternehmen machen, das nicht Pleite gehen kann?

Deshalb bleiben Staatsunternehmen ein notwendiges Übel. Sie sind nur soweit akzeptabel, als sie staatliche Aufgaben erfüllen, die nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden und die private Unternehmen nicht besser erledigen können. Die immer wieder gern zitierte Daseinsvorsorge ist für uns kein Kriterium. Dieser Begriff ist dehnbarer als jedes Gummiband. Alles, was der Mensch braucht, kann man unter Daseinsvorsorge schön subsumieren: Versorgung mit Energie, Versorgung mit Wasser, mit Wohnung, Krankenbetten, Alterspflege, Konzert, Theater. Es fehlen nur noch Brot, Kartoffeln und

- C Nudeln. Das Schicksal der DDR hat uns gezeigt, wohin der Weg führt, wenn der Staat sich um alles kümmert.

Andere Kriterien für die Notwendigkeit von öffentlichen Unternehmen sind denkbar und werden vom Senat formuliert: Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, langfristige Sicherung des Wirtschaftsstandorts Hamburg und die strategische Unterstützung fachpolitischer Ziele. Das unterstützen wir vor allem, weil in der Regel eine Beteiligung zwischen 26 Prozent und 51 Prozent ausreicht, also keine 100 Prozent notwendig sind.

Für die ohne HGV 62 unmittelbaren Beteiligungen hat der Senat uns nun eine Kategorisierung nach den obigen Kriterien vorgelegt. Es wird im Fachausschuss zu diskutieren sein, inwieweit wir dieser Einteilung folgen können. Zum Beispiel sind für mich die Staatstheater ein bedeutender Standortfaktor, gehören also eher in die Kategorie 2 als in die Kategorie 3. Andererseits halte ich die P + R-Betriebsgesellschaft für voll privatisierbar, also eher Kategorie 4 und nicht 3.

Was wirklich in diesem Konzept fehlt, ist eine Beurteilung hinsichtlich der mittelbaren Beteiligungen, denn gerade dort verbirgt sich nach unserer Ansicht das große Privatisierungspotenzial weniger finanziell als ordnungspolitisch. Busgesellschaften der Verkehrsbetriebe, Fahrzeugwerkstätten, Gebäudereinigung befinden sich beispielsweise im direkten Wettbewerb mit vielen Privatunternehmen und hängen trotzdem an der finanziellen Nabelschnur der Steuerzahler. Insbesondere, wenn es sich um Töchter solcher öffentlichen Unternehmen handelt, die Hamburg zu 100 Prozent gehören, verlangen wir den ordnungspolitischen Durchgriff in Richtung verkaufen.

Privatisierung ist durch die FDP schon lange ein Thema in Deutschland. Gerade auf Bundesebene haben wir viel zur Privatisierung und zur Deregulierung monopolistischer Märkte beigetragen: Telekommunikation, Post und Bahn. Die staatlichen Monopolisten mussten sich dem Wettbewerb mit privaten Anbietern stellen. Das Ergebnis war: höhere Angebotsvielfalt, bessere Leistung, niedrigere Preise und eine Ausweitung der Beschäftigung im jeweiligen Sektor und nicht im öffentlichen Unternehmen.

Problematisch ist die durch Finanznot inspirierte Privatisierung. Dann geschieht das, was Hamburg seit Mitte der Neunzigerjahre wiederfuhr. Öffentliches Vermögen wurde nach Kassenlage veräußert, der Umfang der Privatisierung entwickelte sich – das ist eine interessante Aufstellung – parallel zum Umfang des Defizits im Betriebshaushalt. Die daraus resultierenden Erlöse verschwanden auch dort, nämlich im Betriebshaushalt.

Die Geldgier war so groß, dass standortpolitische Sicherungen nicht einbezogen wurden. So ging der HEW-Firmensitz verloren. Bei Hein Gas konnte unser Finanzsenator den Firmensitz für die Stadt zwar auch nicht mehr retten,

(Werner Dobritz SPD: Buxtehude!)

aber immerhin für die Metropolregion – das ist ein wichtiger Punkt –, und er konnte viele Hamburger Arbeitsplätze auf Jahre hinaus sichern.

Glücklicherweise geraten die Staatsunternehmen, insbesondere die Monopolisten, zunehmend ins Visier der EU-Wettbewerbsbehörden. So wächst aus Brüssel auch der Privatisierungsdruck. Der Wettbewerb bekommt in vielen Bereichen und sogar im ÖPNV eine Chance.

C

D

- A Wenn der Finanzsenator darüber hinaus weitere Bedingungen oder Ziele mit der Privatisierung verknüpfen kann, umso besser für die Interessen unserer Stadt: Sicherung der Produktqualität zum Beispiel im Bereich Gesundheit, Garantien für Beschäftigung und Steuerkraft, Nutzung innovativer Wachstumspotenziale, Steigerung der Zentralität im Sinne unseres Zieles der wachsenden Stadt, das heißt, Hauptverwaltung in Entscheidungszentralen in Hamburg zu konzentrieren, Förderung selbstständigen Unternehmertums durch Management buy out oder buy in, breite Streuung des Vermögens durch Börsengang oder institutionelle Anlage, Förderung des Wettbewerbs und Erhalt von Aufträgen für die mittelständische Wirtschaft.

Ziel des bürgerschaftlichen Ersuchens war es, die öffentlichen Unternehmen herauszufiltern, die man getrost in die Privatwirtschaft entlassen kann und dies aus ordnungspolitischen Gründen auch tun sollte, die Erlöse tunlichst in Zukunftsinvestitionen stecken, wozu für mich eindeutig der Bildungsbereich gehört, wenn er auch nicht im betriebswirtschaftlich strengen Sinne eine Investition ist.

Mit dem hier vorliegenden Senatsbericht ist ein Anfang gemacht, die öffentlichen Unternehmen hinsichtlich ihres Privatisierungspotenzials zu bewerten und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Wir von der FDP bleiben am Ball.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Pumm hat jetzt das Wort.

(*Ekkehard Rumpf FDP:* Das ist genau der Richtige!)

Erhard Pumm SPD:* Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Herr Ehlers, Sie sind jetzt ausgemacht worden, Sie sind also in diesem Hause das notwendige Übel.

Ich muss Sie da in Schutz nehmen. Ich finde, Sie machen Ihre Aufgabe hervorragend und alle, die bisher in diesem Parlament waren, waren auch immer stolz darauf, dass wir eine so gute Sprinkenhof AG hatten.

Frau Pauly, Sie sollten sich mit Herrn Ehlers einmal darüber unterhalten und vielleicht würden Sie dann auch Ihre Meinung ändern.

Auf der anderen Seite denke ich, Frau Pauly, Sie haben eigentlich gar nicht die Karten der FDP ausgereizt,

(Zurufe)

– Hören Sie mir doch bitte einmal zu.

(*Ekkehard Rumpf FDP:* Wir wissen doch, was Sie erzählen!)

denn für die FDP war der Verkauf öffentlicher Unternehmen immer so etwas wie ein Leib- und Magengericht. Insofern war Ihre Rede im Vergleich zu vieler Ihrer Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auf der Bundesebene, relativ wohltuend. Ich habe daraus entnommen, dass auch die FDP ein Interesse daran hat, in dieser Stadt öffentliche Unternehmen zu haben, zu behalten und nicht alles zu verkaufen. Das ist schon ein großer Fortschritt.

Wir Sozialdemokraten sagen genauso wie Sie, die öffentlichen Unternehmen sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt,

(*Ekkehard Rumpf FDP:* Der ordnungspolitisch heilige Gral!)

die diese Unternehmen über viele Jahrzehnte durch Zahlung ihrer Steuern und durch Arbeit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort geleistet haben, geschaffen haben.

(Erster Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Im Großen und Ganzen sind wir damit gut gefahren. Die Hamburger Senate und auch dieser Senat haben durch diese öffentlichen Unternehmen einen Gestaltungsspielraum, der ohne diese Unternehmen nicht so vorhanden wäre. Deswegen bin ich ein Verfechter dafür, wichtige staatliche Unternehmen auch im Mehrheitsbesitz der Stadt zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Der vom Senat vorgelegte Katalog enthält viele Kategorien, die Sie beschrieben haben. Aber dieser Katalog hat auch bei vielen Menschen Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, die so nicht sein müssen. Deswegen muss vonseiten des Senats schnell Klarheit geschaffen werden.

Die Sozialdemokraten können sich nicht vorstellen, dass öffentliche Unternehmen von großer strategischer Bedeutung für die Stadt mehrheitlich verkauft werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dazu zähle ich

(*Bernd Reinert CDU:* HEW, Hein Gas!)

die HHLA und den LBK. Der LBK ist für die Gesundheitsvorsorge dieser Stadt ein wichtiges strategisches Unternehmen.

(Beifall bei der SPD – *Ekkehard Rumpf FDP:* Haben Sie Herrn Rehaag nicht zugehört?)

Bei der SAGA und der GWG war der Senat schon vorsichtig, indem er diese Unternehmen in die Kategorie 1 eingestuft hat. Aber es stand auch dort ein Hinweis, dass einzelne Wohnungen durchaus verkauft werden könnten. Vor einer Entwicklung, die viele Füße bekommen könnte, kann ich nur warnen. Für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich hohe Mieten nicht leisten können, haben die SAGA und die GWG ganz wichtige Funktionen. Außerdem haben sie eine wichtige Bedeutung für den Mietspiegels in Hamburg.

Dass gute Kultur – das haben Sie, Frau Pauly, dankenswerterweise auch erwähnt – ohne Zuschüsse voraussichtlich nicht auskommen kann, ist für uns klar. Wir brauchen in dieser Stadt eine hervorragende Kulturlandschaft, zu der eine erstklassige Staatsoper und ein Thalia-Theater gehören. Von daher kommt für die Sozialdemokraten ein Verkauf dieser Unternehmen nicht infrage.

Es gibt aber auch Verkaufsabsichten des Senats in Bereichen, die für viele nicht so deutlich erkennbar sind. Ich nenne Ihnen einmal als Beispiel das Berufsförderungswerk – BFW –, in dem Behinderte für den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt qualifiziert werden. Die Hamburger Einrichtung ist sehr groß, sie ist die zweitgrößte in der Bundesrepublik. Der Senat hat jetzt die Idee, diese Ein-

C

D

- A richtung auf die Bundesanstalt für Arbeit zu übertragen. Herr Peiner, ich glaube, das geht schief. Die Bundesanstalt für Arbeit wird dort wahrscheinlich nicht einsteigen wollen. Ich vermute auch, dass die Rentenversicherungsträger dies auch nicht machen werden. Sollten sie dort einsteigen, wäre dieses eine Lösung, über die wir uns unterhalten könnten, denn das BFW wäre dann in guten Händen. Die Stadt selbst ist auch eigentlich gar nicht der richtige Inhaber dieses Unternehmens. Es gibt ein Stammkapital in Höhe von 250 000 DM und die Gebäude wurden überwiegend von der Bundesanstalt für Arbeit und von den Rentenversicherungsträgern finanziert. Insofern hat der Senat zwar offiziell die Hoheit über dieses Unternehmen, aber wir sollten auf keinen Fall den Weg beschreiten, dass sich Private an diesem Unternehmen beteiligen, denn diese wollen nur eines: Sie wollen damit Geld verdienen.

Die Sozialdemokraten werden diese Politik des Hamburger Senats genau beobachten und nicht nur als Verweigerer auftreten, sondern konstruktiv zusammenarbeiten. Wir wollen, dass in diesen Unternehmen die Arbeitsplätze gesichert werden und dass der Senat weiterhin die strategische Führung bei den städtischen Unternehmen behält. Insofern wünsche ich dem Senat eine glückliche Hand bei diesem durchaus schwierigen Geschäft. Herr Peiner, wir werden im Gespräch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

- B **Barbara Ahrons** CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Pumm, bei Ihnen sind wieder das alte Lied und die alten Ideologien hochgekommen. Es gibt doch überhaupt keinen Grund, dass der Staat Busse, Bahnen, Fähren oder Kindergärten selbst bauen oder betreiben muss. Sie kommen immer wieder damit.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Erhard Pumm SPD:* Das sieht Herr Peiner anders!)

– Nein, das sieht Herr Peiner überhaupt nicht anders.

Der Glaube daran, dies tun zu müssen, ist nicht neu. Das Preußische Eisenbahngesetz von 1883 sah vor, dass die Eisenbahnen in Preußen privat betrieben werden. Aber weil diese Gesellschaft mit Gewinn gearbeitet hat, wurde sie nach 40 Jahren vom Staat vereinnahmt. Wir stehen aber heute in Hamburg an einem ganz entscheidenden Wendepunkt. Das haben Sie gesehen und werden dies auch verstehen können.

Über Jahrzehnte haben die SPD-geführten Senate einen Wirtschaftskonzern Hamburg mit über 400 mittelbaren und unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen geformt, der sich nicht an die strengen Veröffentlichungsregelungen einer Aktiengesellschaft oder der öffentlichen Hand halten musste. Er wurde so konstruiert, dass er jederzeit Gewinne aus profitablen Konzerntöchtern mit den Verlusten der leistungsschwachen Töchter – natürlich an der Steuer vorbei – aufrechnen konnte. Es gab öffentliche Handwerksbetriebe, die in Konkurrenz zu den privaten seit über 20 Jahren keinen Gewinn gemacht haben; jedes private Unternehmen wäre längst vom Markt verschwunden.

Die politische Richtung und die katastrophale Haushaltslage zwangen endlich auch die Vorgängersenate in Hamburg in den Neunzigerjahren zum Handeln. Doch anstatt eine konsequente Aufgabenkritik zu betreiben und Aufgaben und Dienstleistungen zu privatisieren, wuchs die Zahl der öffentlichen Unternehmen. Unter dem Deckmantel privater Gesellschaften erweiterte Hamburg kontinuierlich seinen Tätigkeitskreis, erschloss neue Geschäftsfelder und verlor dabei die eigentliche Aufgabe völlig aus dem Auge, nämlich nur die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherzustellen.

Nicht nur ordnungspolitisch war diese Beteiligungspolitik grundsätzlich falsch, sondern sie war auch verheerend für die Privatwirtschaft in der Stadt. Die Unternehmen hatten kein wirtschaftliches Risiko, denn sie hatten als Vollkaskoversicherung die Stadt Hamburg im Hintergrund. Dadurch wurden diese Firmen günstiger refinanziert, teilweise mit erheblichen Steuervorteilen ausgestattet und oftmals auch noch bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich hatte heute Abend schon einmal Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass sich die Zeitung draußen viel besser liest als im Plenarsaal. Frau Abgeordnete, fahren Sie bitte fort.

Barbara Ahrons (fortfahrend): Die Bürger und Steuerzahler auf der einen und leere öffentliche Kassen auf der anderen Seite zwingen Hamburg zu mehr Wirtschaftlichkeit und Kostenbewusstsein. Die Konsequenz kann nur lauten: Die Stadt muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und mit schlanken Verwaltungsstrukturen kostengünstig und leistungsfähig für die Hamburger Bürger als kundenfreundlicher Dienstleister arbeiten.

(*Erhard Pumm SPD:* Zu schlank ist auch nicht gut!)

– Das kommt immer auf das Alter an, Herr Pumm.

Wenn wir heute einen Blick auf die Zahl der Unternehmensbeteiligungen werfen, dann wird deutlich, dass der Senat bereits einen wesentlichen Schritt nach vorn getan hat. Von den einst 400 Unternehmensbeteiligungen sind heute noch insgesamt 63 unmittelbare und 154 mittelbare Beteiligungen geblieben. Diese wurden hinsichtlich der weiteren Vorbereitung auf Privatisierungen in der vorliegenden Senatsdrucksache in vier Kategorien aufgeteilt.

(*Erhard Pumm SPD:* Haben wir gelesen!)

Wir begrüßen nachdrücklich die vom Senat formulierten Grundsätze zur Durchführung der Privatisierung. Unbestritten gibt es Unternehmensbeteiligungen, auf die Hamburg aus strategischen und ordnungspolitischen Erwägungen einen weiterhin lenkenden Einfluss haben sollte. Diese sind den Kategorien 1 und 2 zugeordnet. Ferner hat der Senat in der Kategorie 3 die Unternehmen ausgewiesen, die aus fachspezifischen und politischer Sicht von Bedeutung sind, sodass an diesen zumindest weiterhin eine Minderheitsbeteiligung gehalten werden sollte. Unter die Kategorie 4 fallen die Unternehmen, die letztendlich sofort und ohne Vorbehalt privatisiert werden könnten.

(*Werner Dobritz SPD:* Olympia GmbH!)

- A Die vorgelegte Kategorisierung ist ein wichtiger Schritt. Sie schafft Klarheit und Transparenz, die wir bei Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, immer vermisst haben. Allerdings sollte die Bürgerschaft den Blick auf die Kategorie 3 gerichtet halten. In dieser Kategorie befinden sich einige Grenzfälle, die von der weiteren Entwicklung abhängig sind und sehr wohl Kandidaten für eine vollständige Privatisierung – also für die Kategorie 4 – sein könnten.

(Erhard Pumm SPD: Zum Beispiel?)

Geprüft werden muss auch, ob die gleiche Zielsetzung nicht vertraglich vereinbart werden und damit sowieso überflüssig sein könnte. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass auf der Basis der vorliegenden Senatsdrucksache die Privatisierungskampagne zwar ohne Zeitdruck, aber dafür mit Konsequenz fortgesetzt wird und die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist aber nur ein Schritt. Im zweiten Schritt müssen wir prüfen, welche Aufgaben, die derzeit noch von den Fachbehörden wahrgenommen werden, ebenfalls von privaten Unternehmern übernommen werden können. Alle nicht ministeriellen Aufgaben müssen einmal jährlich ohne Wenn und Aber auf den Prüfstand.

Dazu zählt auch der Wandel im Denken der Behördenmitarbeiter. Personalbestand, Haushaltsmittel und Aufgabenvolumen definieren nicht länger das Aussehen eines Fachamtes und seiner Leitung. Die Devise muss lauten: Weniger ist mehr. Aber wir werden diesen Themenkomplex ausführlich in den Haushaltsberatungen beraten. Die Privatisierung wird uns sicherlich noch viele Jahre beschäftigen.

B

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann erhält der Abgeordnete Silberbach das Wort.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pumm, strategische Unternehmen sollten nicht verkauft werden. Aber denken Sie an die HEW und an Hein Gas, die für Hamburg bestimmt strategisch wichtig waren. Die Ideologie allein nützt nichts, wir werden zum Teil von der Wirklichkeit eingeholt.

(Werner Dobritz SPD: Wie war das mit den Eigenbetrieben?)

Herr Pumm, eines ist natürlich klar: Bei jeder Privatisierung ist es wichtig, dass die Sicherung der Arbeitsplätze auch weiterhin gewährleistet wird.

(Werner Dobritz SPD: Eigenbetriebsgesetz!)

Bei der Veräußerung von öffentlichen Unternehmen, an denen Hamburg beteiligt ist, geht es um mehrere Dinge.

Es geht erstens um die Frage, ob ein Unternehmen einen besonderen strategischen Wert für die Stadt hat.

Zweitens ist zu prüfen, ob die Arbeit des Unternehmens es zwingend erfordert, von einem der Stadt gehörenden Unternehmen wahrgenommen zu werden.

Drittens geht es auch darum, bei einem Verkauf den Erlös für den Haushalt der Stadt zu nutzen.

Nehmen Sie zum Beispiel die Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft. Hier wäre es verhängnisvoll, Anteile an ein Land oder an eine Gesellschaft zu verkaufen, die in direkter Konkurrenz zum Hamburger Hafen steht. Das gleiche gilt auch für die Hamburger Wasserwerke, die emotionell und praktisch für die Versorgung der Hamburger Bevölkerung, aber auch für den Wirtschaftsstandort Hamburg von großer Bedeutung sind.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das hört sich ganz anders an, als bei denen, die vor Ihnen geredet haben!)

Diese Unternehmen nenne ich an erster Stelle, weil sie aus unterschiedlichen Gründen für Hamburg wichtig sind. Sie sind aber vergleichbar, wenn es darum geht, die Bedeutung eines möglichen Verkaufs von Anteilen zu bewerten. Darum sollte Hamburg bei diesen und vergleichbaren Unternehmen, die für die Stadt aus strategischen Gründen herausragend sind, die Mehrheit der Anteile behalten.

Darüber hinaus ist beim Verkauf von Anteilen darauf zu achten, dass nicht nur ordnungspolitische, sondern auch finanzpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Es darf nicht sein, dass die profitablen Teile einer Gesellschaft verkauft werden und die defizitären Bereiche bei der Stadt bleiben. Als Beispiel nenne ich die Hamburger Hochbahn AG, wenn hier die profitablen Strecken verkauft und die Außenbereiche dem Steuerzahler zur Last fallen würden. Das darf nicht geschehen.

Bei diesen und anderen staatlichen Monopolunternehmen ist eines von grundsätzlicher Bedeutung: Sie dürfen sich durch ihre Stellung nicht dazu verleiten lassen – vereinfacht gesagt –, ihr Monopol durch schlechten Service und überhöhte Preise auszunutzen. Darum sind solche Unternehmen mit vergleichbarer Infrastruktur laufend mit anderen Unternehmen zu vergleichen, um bei einem Missmanagement sofort eingreifen zu können.

Die Wohnungsvergorgung durch die SAGA und die GWG ist für die nicht so betuchte Hamburger Bevölkerung unabdingbar. Darum ist das Vorgehen des Senats richtig, die Wohnungen nur an die Mieter zu verkaufen, die in den Wohnungen leben, damit diese nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden können. Ich hoffe, dass damit endlich auch das von der Opposition verbreitete Märchen aus der Welt geschafft wird, dass die Stadt die SAGA und die GWG verkaufen will und die Mieter daher mit Mieterhöhungen zu rechnen haben.

Alle Einrichtungen, bei denen bewiesen werden kann, dass sie privatwirtschaftlich genauso gut oder besser geführt werden können, müssen auf den Prüfstand. Bei den Bildungseinrichtungen sollte auch in Zukunft der Staat grundsätzlich die Verantwortung tragen. Die Mitglieder der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive werden sich im Rahmen des Koalitionsabkommens bei allen diesen Entscheidungen nicht nur von ordnungspolitischen Gesichtspunkten leiten lassen, sondern die Interessen der Hamburger Bürger in den Vordergrund stellen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

C

D

- A **Dr. Willfried Maier** GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben unter der Überschrift einer ordnungspolitischen Sortierung eigentlich mehr eine Offerte, eine Angebotsliste vorgelegt bekommen, dass dies und das möglicherweise verkauft wird. Darum glaube ich auch der Botschaft nicht so ganz, dass es in Wirklichkeit hauptsächlich ordnungspolitische Gründe seien, die den Senat zum Handeln bewegen. Ich sehe die Haushaltslage der Stadt, ich sehe auch Ihre Nöte damit und ich weiß, im Wesentlichen ist in den letzten Jahren – auch von Ihnen – nicht aus ordnungspolitischen Gründen verkauft worden, sondern weil der Betriebshaushalt der Stadt ausgeglichen werden musste. Das war schlicht der Umstand.

(*Ekkehard Rumpf* FDP: Aber uns glauben Sie das doch, Herr Maier?)

Das sollte man auch nicht verleugnen, indem man jetzt solche Kategorisierungen bildet. Wenn man diese schon bildet, dann fehlt nach meiner Ansicht eine Kategorie: Unternehmen, die zu 100 Prozent bei der Stadt bleiben müssen. Ich will Ihnen das anhand einer Erfahrung demonstrieren, die wir in den Koalitionsverhandlungen 1993 gemacht haben.

Es ging damals um die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie, die wir aus der Anti-Atombewegung heraus vorgetragen haben. Hamburg besaß damals 75 Prozent an der HEW in verschiedenen Stückelungen, hatte sogar die Mehrheit, Satzungen zu ändern und deswegen in die HEW-Satzung ausstiegsfördernde Schritte hineingeschrieben. Als wir nun forderten, in Hamburg eine stufenweise Stilllegung der Atomkraftwerke vorzusehen, bekamen wir unter anwaltlicher Begleitung und aufgrund von Gutachten die Antwort: Nein, das geht nicht, weil daneben die Minderheit der Aktienbesitzer das Recht hat, ihr Shareholdervalue beachtet zu finden. Die Ertragssituation würde verletzt, wenn entgegen den Renditegesichtspunkten aus allgemeinen Sicherheitsgesichtspunkten eine Stilllegung betrieben würde.

Nun muss man unsere damaligen Gesichtspunkte nicht teilen, aber dieses Renditeargument wird immer wieder aufkommen, auch von Minderheitsaktionären. Zumindest bei einem Betrieb darf es nicht benutzt werden: bei den Wasserwerken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bei den Wasserwerken muss es möglich sein, auch gegen die Ertragsinteressen der Minderheitseigner – die diese über ein Gericht einbringen könnten – durchzuhalten, um eine Garantie der Wasserqualität zu sichern, die vielleicht höher und besser ist als die, die vom Gesetzgeber normiert wird.

Darum gehört – wenn man schon diese Kategorien bildet – zwingend eine Hundertprozentkategorie dazu. Meiner Ansicht nach sind die Wasserwerke der erste Kandidat für eine solche Hundertprozentkategorie. Ansonsten habe ich nichts dagegen, wenn überlegt wird, ob das überall so sein muss. Ich habe umgekehrt auch die Wahrnehmung, dass die zeitweilige Euphorie bei der Privatisierung, wie sie beispielsweise in Großbritannien bei der Eisenbahn geherrscht hat, aber zu verhältnismäßig vielen Unfällen führte, gegenwärtig gedämpft klingen.

(*Farid Müller* GAL: Bei den Krankenhäusern auch!)

Es wird heute gesagt, dass es dort bei der Bahn öffentliches Eigentum an der Infrastruktur und keine Privatisierungen mehr geben dürfe. Diese Privatisierung hat in den Unsinn geführt. Darum wäre die Stadt gut beraten, eine solche Hundertprozentkategorie aufzunehmen und sich gleichzeitig klar zu machen: Wenn wir hier verkaufen, tun wir es tatsächlich in vielen Fällen aus wirtschaftlichem Zwang. Wir sollten diese Verkäufe nicht als eine großartige wirtschafts- und ordnungspolitische Maßnahme aufrüsten, die sie in den meisten Fällen nicht ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Dr. Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beantworten ein bürgerschaftliches Ersuchen mit der Bitte, die unmittelbaren öffentlichen Beteiligungen Hamburgs einzuordnen und zu kategorisieren.

Man wird bei näherer Betrachtung des Themas feststellen, dass sich die Rolle des Staates im Laufe der letzten Jahrzehnte verändert hat. Diese Entwicklung zu mehr Eigenverantwortung, zu mehr privatem Unternehmertum erleben wir sowohl beim Bund, bei den Ländern als auch bei den Kommunen. Wir erleben in großem Maße, dass immer mehr Unternehmen, die früher einmal von staatlicher Seite geführt worden sind, heute in private Hände gehen. Gerade der Bund ist in diesem Zusammenhang mit der Post, der Telekom, der Lufthansa und mit der Bahn und vielen weiteren Gesellschaften in einer Vorreitorsituation.

Dabei spielte gerade in Deutschland ein historischer Begriff – der auch schon von Frau Pauly erwähnt wurde – eine Rolle: die Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge ist ein Begriff, auf den letztlich viele deutsche Länder und Kommunen aufbauen, wenn es um öffentliche Unternehmen geht. Wir stellen auch hier fest, dass uns dieser Begriff in der europäischen Diskussion große Sorgen macht. Er ist so unbestimmt, dass er noch nicht einmal in eine andere europäische Sprache übersetzbar ist. Das zeigt schon, dass wir in diesem Prozess in Deutschland wahrscheinlich stärker umdenken müssen, als dieses in anderen Ländern notwendig ist.

Dabei ist es wichtig – wenn wir uns von dem Begriff Daseinsvorsorge verabschieden –, dass wir klare Vorstellungen haben, nach welchen Kategorien wir privatisieren und dass wir uns möglicherweise von unternehmerischen Aktivitäten trennen. Ich bleibe bei meiner Grundaussage: Weder darf die Kassenlage allein noch insgesamt das einzige oder maßgebliche Kriterium sein.

Herr Pumm, ich habe sehr wohl gehört, dass es sich die Sozialdemokraten nicht vorstellen können, die Mehrheit an strategisch wichtigen Unternehmen zu verkaufen. Das ist eine wirklich gute Aussage. Aber ich frage mich: Wo waren Sie bei den HEW? Wo waren Sie bei Hein Gas?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das sind die entscheidenden Fragen. Herr Maier, ich kann natürlich verstehen, wenn Sie sagen, dass man bestimmte energiepolitische Diskussionen nicht führen kann, wenn man nicht auch der hundertprozentige Eigentümer bestimmter Unternehmen ist. Ich frage: Wo waren

- A Sie alle beim Verkauf der HEW? Wir haben diese Potenziale zu dem Zeitpunkt verkauft, an dem wir sie im Grunde genommen gebraucht hätten. Das ist für uns der Grund, warum die Bürger in Hamburg, die Mitarbeiter der Betriebe und auch die Geschäftsführungen der Unternehmen einen Anspruch haben, zu wissen, was in der Zukunft auf sie zukommt.

Deswegen prüfen wir die Unternehmen auf klare ordnungs- und beteiligungspolitische Grundsätze. Wir richten uns nicht nach abstrakten Begriffen aus – die sich überlebt haben – wie die Daseinsvorsorge oder die Kassenlage, sondern richten uns an Kriterien aus wie die Sicherung des Standortes Hamburg, seine Arbeitsplätze und seine Steuerkraft.

(Christian Maaß GAL: Glaube ich nicht!)

Wir richten uns aus an der Sicherung der Dienstleistung, an der Steigerung der Zentralität Hamburgs und der Sicherung von Hauptverwaltungsfunktionen. Wir sichern uns Wachstumspotenziale und Wettbewerb auch durch Einbindung der Interessen der mittelständischen Wirtschaft.

Das ist der Grund, warum wir diese Kategorien geschaffen haben. Bei Unternehmen der ersten Kategorie ist die Bewahrung eines beherrschenden öffentlichen Einflusses regelmäßig geboten. Das kann, Herr Maier, auch bis zu 100 Prozent gehen. Aber auch hier frage ich: Wo waren Sie, als zum Beispiel 49 Prozent einschließlich aller Optionen der Flughafen GmbH verkauft worden sind? Das wäre möglicherweise ein solcher Kandidat gewesen.

- B (Dr. Willfried Maier GAL: Das ist kein 100-Prozent-Kandidat! Da hab' ich kein hundertprozentiges Interesse!)

Aber genau von diesem Unternehmen sind von Ihnen 49 Prozent verkauft worden. Aufgrund dieser typischen Beispiele sage ich, dass wir heute eine klare Linie brauchen. Deswegen gehören zur Kategorie 1 die Unternehmen wie der Flughafen, die Wasserwerke und die Infrastrukturbereiche der Verkehrsunternehmen. Dazu zählen auch die SAGA und die GWG. Ich komme nachher noch einmal auf diese beiden Unternehmen zurück.

Bei der zweiten Kategorie ist es wichtig, dass wir standortsichernde Anteile behalten müssen. Dazu gehören zum Beispiel ganz zentral die HSH Nordbank, die Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft, aber auch der künftig privatisierte Landesbetrieb Krankenhäuser, wo es uns darauf ankommt, langfristig den Standort dieses Unternehmens an uns zu binden und ein Nukleus für ein blühendes Unternehmen in dieser Branche mit Marktbedeutung für Deutschland zu schaffen. Wir wollen aber eben nicht selbst der Betreiber von Krankenhäusern sein.

Das Dritte sind die fachpolitischen Ziele öffentlicher Unternehmen; darüber haben wir gesprochen. Deswegen müssen wir auch bereit sein, uns von der vierten Kategorie, nämlich den Unternehmen, die nicht unter die ersten drei Kategorien fallen, zu trennen.

Wir haben die mittelbaren Beteiligungen nicht kategorisiert; Frau Pauly hatte das angesprochen. Das hat auch durchaus seinen Grund: Es handelt sich vielfach um Tochter- und Enkelgesellschaften, auf die wir bei Aktiengesellschaften zum Beispiel gar keinen unmittelbaren Durchgriff haben. Wir müssen darum andere Kategorien aufstellen, wenn wir uns diesen nähern wollen. Deswe-

gen ist dies ein Sonderthema, das wir sicher noch in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden.

Eines ist mir auch wichtig: Diese Liste der Kategorisierung – diese klare Aussage haben wir in allen Gremien und in der Öffentlichkeit getroffen – ist keine Verkaufsliste; das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen. Sie ist ein langfristig ausgerichtetes beteiligungspolitisches Prüfraster, um die Privatisierung der Unternehmen anhand von klaren Maßstäben zu steuern. Zum Thema SAGA und GWG sage ich darum noch einmal klar: Dieser Senat hat erklärt und erklärt es heute noch einmal, dass er keine Anteile an der SAGA und der GWG verkauft.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wenn es zu diesem Thema Unsicherheit gibt, dann gibt es sie nur, weil sie absichtlich geschürt wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Deswegen meine herzliche Bitte: Hören Sie die klare Aussage und kommunizieren Sie diese Aussage mit. Wir alle haben die Aufgabe, uns hierzu klar zu äußern. Dieses dient auch dem Vertrauen zwischen diesem Parlament und der Öffentlichkeit.

Die Kategorisierung in dieser Drucksache bietet eine klare Chance für die Stadt, für die Mitarbeiter und für die Geschäftsführung, sich auszurichten und sich auf die Zukunft einzustellen. Ich glaube, dass wir hierüber eine gute Diskussion in den Ausschüssen führen werden. Wir haben endlich eine Grundlage, sodass wir uns nicht ausschließlich von Finanzinteressen leiten lassen müssen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Wunschgemäß bekommt der Abgeordnete Dr. Maier das Wort.

(Glocke)

An den Abgeordneten Neumann richte ich die gleiche Bitte, die ich vorhin an zwei andere Kollegen gerichtet habe.

Dr. Willfried Maier GAL: – Ich lese auch manchmal Zeitung, das muss ich zugeben.

Herr Senator, an der Flughafen AG hat die GAL nie ein hundertprozentiges Interesse formuliert, weil wir nicht der Auffassung sind, dass hier ein heftiger Konflikt mit den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens ausgetragen werden muss.

Ich habe das Beispiel HEW genannt, weil wir dort erlebt haben, dass wir dort einen Eingriff vorhatten, der im engeren wirtschaftlichen Sinne nicht zu rechtfertigen war. Dieser Eingriff wäre auch mit 75 Prozent nicht möglich gewesen. Denn wenn uns nicht einmal ein Anteil von 75 Prozent nutzt, dann spricht auch nicht sehr viel dafür, diese 75 Prozent zu behalten, wenn wir in einer Finanzklemme sind. Wo waren Sie denn, als die restlichen 25 Prozent verkauft wurden? Die haben Sie doch verkauft. Wir hatten die Option ausgehandelt, aber den Verkauf der Tranche haben Sie gemacht. Das hätten Sie nicht machen müssen, wenn Sie ein solches strategisches Interesse daran gehabt haben.

A (Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Michael Freytag CDU*: Die hat der alte Senat verkauft!)

Ich möchte ein Argument vortragen, das mir hinsichtlich der Kategorisierung schwierig erscheint. Wenn Sie über diese Kategorisierung sprechen, höre ich, dass es Hindernisse für den Verkauf geben könnte. Wenn Frau Ahrons darüber spricht, höre ich, was man alles verkaufen kann. Ich befürchte deshalb, dass in Wirklichkeit der Senat eine Offerte macht und zeigt, was die anlagefreundige Wirtschaft alles erwerben kann. Demgegenüber ist mir der Gesichtspunkt lieber, zu sagen: Wir sind in Haushaltsnöten und das ist der Rahmen, innerhalb dessen sich das bewegt. Ich habe nichts dagegen, wenn bremsende Gesichtspunkte dabei sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dr. Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Lieber Herr Maier, damit Legendenbildungen vermieden werden: Das Restpaket von 25,1 Prozent an der HEW war praktisch veroptioniert. Es gab keinen Handlungsspielraum mehr, weder in Bezug auf den Erwerber, noch auf den Preis. Es gab einen einzigen Grund, warum der Verkauf noch nicht vollzogen war, und das war die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen, das heißt, es war ein rein steuerlicher Grund. Unser Handlungsspielraum dabei war null.

Was mich damals bewogen hat, die Verhandlungen mit Vattenfall erneut zu führen, war, dass das alte Paket, das verhandelt war, keine Beschäftigungssicherungselemente vorgesehen hat, weder was den Standort, noch was die Beschäftigung, noch was Ausbildungsplätze, noch was das Kompetenzzentrum betraf. Uns ist es hier gelungen, aus einer nahezu ausweglosen Situation ohne Rechte, nur weil Vattenfall sozusagen zwei Bräute hatte, eine in Hamburg und eine in Berlin, zusätzlich Beschäftigungsinteressen für Hamburg zu sichern; Spielraum hatten wir überhaupt nicht mehr. Ich bin gerne bereit, Ihnen noch einmal die Verträge zu zeigen. Es war das Traurige, dass der damalige Senat nur auf Geld geguckt hat und nicht auf Beschäftigungssicherung und Standortsicherung. Dass es uns gelungen ist, dieses nachträglich noch durchzusetzen, darauf sind wir allerdings stolz.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3280 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 46 auf, Drs. 17/3212, Antrag der SPD-Fraktion: Zukunft der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen.

[Antrag der Fraktion der SPD: Zukunft der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (HÖB) – Drs. 17/3212 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, hierzu keine Debatte zu führen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3212

an den Kulturausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 47 auf, Drs. 17/3213 in der Neufassung, Antrag der Koalitionsfraktionen: Für eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft.

[Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP: Für eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft – Drs. 17/3213 (Neufassung) –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, hierzu keine Debatte zu führen. Wir kommen sogleich zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3213 in der Neufassung an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drs. 17/3213 in der Neufassung annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist mehrheitlich so beschlossen.

Die FDP-Fraktion hat eine nachträgliche Überweisung an den Haushaltsausschuss beantragt. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Es ist gut zu wissen, dass wir uns alle morgen hier schon wieder sehen werden. Genießen Sie den Rest dieses Abends. Einen guten und sicheren Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.34 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren alle Abgeordneten anwesend.

Anlage

Zu Punkt 42

(Seite 2717 C)

Namentliche Abstimmung**über die Drs. 17/3201, Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode**

| <u>Name</u> | <u>Abstimmungsergebnis</u> |
|---|-----------------------------------|
| Adolphi, Bodo Theodor Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Adolphi, Friedrich Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Ahrns, Barbara CDU | Nein |
| Barth-Völkel, Wolfgang Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Bauer, Frank-Michael Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Bestmann, Tanja SPD | Ja |
| Beuß, Wolfgang CDU | Nein |
| Böwer, Thomas SPD | Ja |
| Braak, Richard Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Brandes, Christian Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Brinkmann, Petra SPD | Ja |
| Brüning, Dr. Barbara SPD | Ja |
| Buss, Wilfried SPD | Ja |
| Butenschön, Gunnar Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Christier, Dr. Holger SPD | Ja |
| Cords, Ingrid SPD | Ja |
| Dobritz, Werner SPD | Ja |
| Dose, Michael SPD | Ja |
| Dräger, Gesine SPD | Ja |
| Drews, Wolfgang CDU | Nein |
| Duden, Barbara SPD | Ja |
| Egloff, Ingo SPD | Ja |
| Ehlers, Jan SPD | Ja |
| Ehlers, Karl-Heinz CDU | Nein |
| Engels, Hartmut CDU | Nein |
| Ernst, Britta SPD | Ja |
| Fiedler, Luisa SPD | Ja |
| Frank, Günter SPD | Ja |
| Franz, Wolfgang SPD | Ja |
| Freudenberg, Dr. Dorothee Freudenberg GAL | Ja |
| Freund, Katrin Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Freytag, Dr. Michael CDU | Nein |
| Frühauf, Norbert Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Fuchs, Michael CDU | Nein |
| Gienow, Hanna CDU | Nein |
| Goetsch, Christa GAL | Ja |

| | |
|---|------|
| Gonska, Andre Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Grund, Uwe SPD | Ja |
| Hardenberg Gerd Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Harlinghausen, Rolf CDU | Nein |
| Hesse, Klaus-Peter CDU | Nein |
| Hilgers, Dr. Andrea SPD | Ja |
| Jannusch, Andreas Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Kahlbohm, Holger SPD | Ja |
| Kasdepke, Ilona Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Kerlin, Simone SPD | Ja |
| Kerstan, Jens GAL | Ja |
| Kiausch, Elisabeth SPD | Ja |
| Kienscherf, Dirk SPD | Ja |
| Kleist, Ingo SPD | Ja |
| Klooß, Rolf-Dieter SPD | Ja |
| Koop, Karen CDU | Nein |
| Kraxner, Stefan CDU | Nein |
| Kruse, Rolf CDU | Nein |
| Kruse, Rüdiger CDU | Nein |
| Lappe, Dr. Verena GAL | Ja |
| Lenders, Joachim CDU | Nein |
| Lorkowski Peter Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Lüdemann, Carsten CDU | Nein |
| Lühmann, Jörg GAL | Ja |
| Maaß, Christian GAL | Ja |
| Maier, Dr. Willfried GAL | Ja |
| Mandel, Doris SPD | Ja |
| Mattner, Dr. Andreas CDU | Nein |
| Möller, Antje GAL | Ja |
| Müller, Farid GAL | Ja |
| Müller, Peter Paul Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Müller, Stephan Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Müller-Sönksen, Burkhardt FDP | Nein |
| Neumann, Michael SPD | Ja |
| Niedmers, Ralf CDU | Nein |
| Okun, Volker CDU | Nein |
| Opitz, Heike GAL | Ja |
| Özoguz, Aydan SPD | Ja |
| Pauly, Rose-Felicitas FDP | Nein |
| Pawlowski, Bettina CDU | Nein |
| Petersen, Dr. Mathias SPD | Ja |
| Ploog, Wolfhard CDU | Nein |
| Polle, Rolf SPD | Ja |

| | |
|--|------|
| Pramann, Jens Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Pumm, Erhard SPD | Ja |
| Quast, Jan SPD | Ja |
| Reinert, Bernd CDU | Nein |
| Röder, Berndt CDU | Nein |
| Rogalski-Beeck, Karin SPD | Ja |
| Roock, Hans-Detlef CDU | Nein |
| Rosenfeldt, Jenspeter SPD | Ja |
| Rumpf, Ekkehard FDP | Nein |
| Rusche, Dietrich CDU | Nein |
| Rutter, Rolf Gerhard Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Schaal, Dr. Monika SPD | Ja |
| Schade, Renate SPD | Ja |
| Schäfer, Dr. Martin SPD | Ja |
| Schaube, Reinhold J. W. Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Schenk, Robin Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Scherweit-Müller, Heidemarie SPD | Ja |
| Scheurell, Wolf-Dieter SPD | Ja |
| Schill, Ronald Barnabas Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Schinnenburg, Dr. Wieland FDP | Nein |
| Schira, Frank-Thorsten CDU | Nein |
| Schmidt, Jürgen SPD | Ja |
| Schrader, Leif FDP | Nein |
| Schulz, Rüdiger SPD | Ja |
| Silberbach, Manfred Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Spethmann, Viviane CDU | Nein |
| Stapelfeldt, Dr. Dorothee SPD | Ja |
| Steffen, Sabine GAL | Ja |
| Stehr, Dr. Diethelm CDU | Nein |
| Stöckl, Dr. Ingrid SPD | Ja |
| Tants, Henning CDU | Nein |
| Thomas, Elke CDU | Nein |
| Wagner, Eugen SPD | Ja |
| Warnholz, Karl-Heinz CDU | Nein |
| Weber, Karina Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Wehnert, Wolf-Gerhard SPD | Ja |
| Weinberg, Marcus CDU | Nein |
| Wersich, Dietrich CDU | Nein |
| Winkler, Karl-Heinz Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |
| Woestmeyer, Martin FDP | Nein |
| Zuckerer, Walter SPD | Ja |
| Zwengel, Horst Partei Rechtsstaatlicher Offensive | Nein |